

# In diesem Heft

## Editorial

## Essay

PETER JACOBS

Der Trotzki-Streit zu Rostock. Zum Verhältnis  
zwischen Peter Weiss und Hanns Anselm Perten 5

## Kulturforum der PDS

SABINE ANDERT

Zum Geleit 9

DIETRICH MÜHLBERG

Was heißt hier Arbeit? 11

KARL BIRKHÖLZER, JUDITH DELLHEIM, ANNETTE FLADE,

RAINER LAND, MILANA MÜLLER, MATTHIAS PRIL

Diskussion I »Hans im Glück« 30

HANS-JOACHIM MAAZ, EDDA SEIFERT, WOLF WAGNER

Diskussion II »Arbeit und Glück« 41

HORST GROSCHOPP

Keine Kultur ohne Dienstboten 49

ANDRÉ BRIE, FRANK CASTORF, GREGOR GYSI,

HELENO SAÑA, EDDA SEIFERT

Diskussion III »Leben ohne Arbeit?« 56

REINHOLD ANDERT, HEINRICH FINK, CUNO FÜSSEL

Diskussion IV »Heimkehr ins Paradies« 66

## Konferenzen & Veranstaltungen

ARNOLD SCHÖLZEL

»Crossover«-Tagung in Hannover am 13. April 1997 78

## Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau 84

## Bücher & Zeitschriften

Ernst Lohoff:

Der dritte Weg in den Bürgerkrieg – Jugoslawien und  
das Ende der nachholenden Modernisierung,

Horlemann-Verlag 1996

(GERD BEDSZENT)

86

Jürgen Kuczynski:

Vom Zickzack der Geschichte.

Letzte Gedanken zu Wirtschaft und Kultur seit der Antike,

PapyRossa Verlag Köln 1996

(ARNDT HOPFMANN)

88

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf:

Grenzen der Globalisierung.

Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft,

Westfälisches Dampfboot Münster 1996

(REINHARD GRIENIG)

90

Sylvia Pintarits:

Macht, Demokratie und Regionen in Europa:

Analysen und Szenarien der Integration und Desintegration,

Metropolis-Verlag Marburg 1996

(ULRICH BUSCH)

94

Impressum

Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren

96

# Editorial

*Im Frühsommer 1989 kam ein Kollege auf mich zu und meinte: »Du, wir laufen im falschen Stadion.« Das war nicht neu; aber es war das richtige Bild. Die DDR war nicht nur wirtschaftlich und politisch gescheitert, die SED-Führung hatte auch eine eigenständige, auf demokratischer Teilhabe gegründete Kultur verhindert und statt dessen – zugegeben: aus Ratlosigkeit – der durchkapitalisierten Massenkultur des Westens den Weg in den Osten geebnet.*

*»Aber was in der DDR an Geld für Kunst und Kultur eingesetzt wurde. Schauen Sie sich doch bloß an, was in diesem Staat hier los ist!« Mit dieser Argumentation (kostenlose Bildung, billige Bücher und Eintrittskarten usw.) läßt sich im Osten nicht nur spielend die Luftkammer über den Stammtischen erobern – Kultur wird auch sonst vorwiegend als Subventionsproblem diskutiert. Das Maß fast aller Betrachtung ist dabei der Grad der Subventionswilligkeit.*

*Die Frage nach den Zielen der SED-Kulturpolitik, nach dem, was und warum subventioniert wurde und was nicht, kann so erst gar nicht aufkommen, und – so oft mein Eindruck – sie soll auch nicht gestellt werden. Denn in der Kulturpolitik zeigt sich besonders deutlich, daß die SED in der Arbeiterbewegung der Jahrhundertwende und im Stalinismus steckenblieb. Neben den auch heute noch aktuellen Zielen: essen, kleiden, wohnen zu bezahlbaren Tarifen sollten »die Massen« an die »Hochkultur« geführt werden – ein paternalistisches Konzept, das, mangels Alternativen, um 1900 wahrscheinlich sogar seine Berechtigung hatte.*

*Doch dieses Verständnis von Kultur als »Geschenk durch Erziehung« wurde durch das ganze Jahrhundert hindurch prolongiert, obwohl sich schon in den zwanziger Jahren neue Perspektiven abzuzeichnen begannen. Schallplatte, Illustrierte, Film, Rundfunk boten auf einmal für eine endlose Reproduzierbarkeit von Kunstwerken die technischen Möglichkeiten. Sie und der Übergang zur industriellen, d.h. verbilligten Konsumgüterherstellung, der die Unterschichten in Käufergruppen verwandelte, sowie das Anwachsen der verfügbaren Freizeit, bedingt durch die zunehmende Intensität der Arbeit und den daraus entstehenden Zwang zu längeren Reproduktionszeiten, schufen die Grundlagen für die heutige kapitalistische Massenkultur mit ihren beiden Säulen Fernsehen und Automobil.*

*An Versuchen, diese Entwicklungen für die Emanzipation der Unterschichten produktiv zu machen, hat es bei den Linken nicht gemangelt, ja sie waren oft die Vorreiter. Heartfields Bildmontagen,*

die Herzfeldes Malik-Verlag und mehr noch Münzenbergs »AIZ« ein gleichermaßen unverbrauchtes wie provokatives Gesicht verliehen, Brechts »Kuhle Wampe« ebenso wie sein experimentelles Theater, die Arbeiter-Radio-Bewegung, Gramscis und vor allem Kracauers sowie (Walter) Benjamins Reflexionen waren mehr als zaghafte Ansätze. Nicht allein der Nationalsozialismus, der die für ihn brauchbaren Elemente virtuos aufgriff, mit Riten der traditionellen Arbeiterbewegungskultur verbandelte und erfolgreich seiner rassistischen Blut- und Boden-Mystik dienstbar machte, zerstörte diesen kulturevolutionären Aufbruch. »Nachhaltigkeit« erlangte dieser Sieg der Konterrevolution erst durch den Stalinismus, denn das, was sich da an emanzipatorischer, auf Selbstbetätigung und Selbstverwirklichung gerichteter Massenkultur zu entwickeln begonnen hatte, war unvereinbar mit der »führenden Rolle der Arbeiterklasse«, verstanden als Diktat einer Parteibükratie. Peter Weiss hat diese Austreibung der Moderne literarisch gestaltet; etwas Gleichwertiges aus wissenschaftlicher Feder steht aus.

Die deutschen Stalinisten folgten Shdanows – als »Kulturpolitik« drapiert – Machtpolitik. Lenins Zimmerwalder Gefährten Münzenberg erklärten sie zum Agenten, sein Leichnam verweste in südfranzösischer Sonne; ausgerechnet Heartfield wurde als »Formalist« angeklagt, sein Werk bis 1957 in der DDR unterdrückt; sein Bruder Wieland flog 1951 aus der SED; Benjamin blieb bis 1984 verfermt; ähnlich erging es Kracauer. Nur Brecht erwies sich als hinreichend überlebensfähig; er hatte Glück – und die entsprechende Chuzpe. An der Lage änderte das nichts: Er hat Vorschläge gemacht, sie wurden nicht angenommen.

Lukács' Stigmatisierung der Moderne als Dekadenz, die dem Faschismus den Boden bereitet habe, mußte selbst da noch erhalten, als seine Schriften auf den Index gewandert waren. Kulturpolitik in der DDR war das Wanken zwischen Formalismus-»Debatte«, kurzzeitiger Liberalisierung, »Bitterfelder Weg«, erneuter Liberalisierung, II. Plenum, Schein-Liberalisierung, Biermann-Ausbürgerung und einer langen Agonie. Fürs Volk gab es »Hochkultur«, zu der man nur demütig aufblicken konnte, und »Volkskunstschaffen« – doch nur, so lange es nicht politisch gefährlich wurde. Der Kulturgewinn für die Unterschichten war trotzdem enorm; zu einer selbstbestimmten Kultur führte er jedoch nicht – und sollte er auch nicht führen.

Wohin die Entwicklung der Massenkultur ging, überließ man Amerika und seinem deutschen Juniorpartner. Als deren billige Attraktion auf die DDR-Bevölkerung übermächtig wurde, versuchte man sich in der Kopie. 1990 wählte die Mehrheit das Original.

Im Sinne einer »nachholenden Modernisierung« ist die PDS auf ihrem langen Weg aus dem Sumpf der stalinistischen Reaktion, sei es in der Demokratiefrage, der Ökologie, der Gleichstellung, der Wirtschaftskonzepte, bisher vielfach den ausgetretenen Pfaden der linken Sozialdemokratie, der Grünen und der (ehemaligen?) Frauenbewegung gefolgt. Das »Kulturforum« vom Dezember letzten Jahres läßt auf eigenständige Innovationen hoffen. Deshalb dokumentieren wir es im vorliegenden Heft.

JÖRN SCHÜTRUMPF

PETER JACOBS

## Der Trotzki-Streit zu Rostock. Zum Verhältnis zwischen Peter Weiss und Hanns Anselm Perten

Sie waren Künstlerfreunde fürs Leben. Sie tauschten Briefe über die Ostsee, erkundigten sich nach dem Wohl ihrer Gattinnen und verabredeten sich in Rostock, Stockholm oder Paris. Sie redeten sich an als Genossen, und sie pflegten – jeder auf seine Weise – ihre Träume von einer gerechten Gesellschaft.

Den Dramatiker, Erzähler und Filmautor Peter Weiss (1916-1982) nannte das Literaturlexikon der DDR »einen um sozialistisches Weltbild ringenden Schriftsteller«. Kein Wunder: Weiss schrieb szenische Dokumentationen, die schon im Titel dem guten alten Agitprop-Theater nahezustehen schienen: *Die Ermittlung* (zum Auschwitz-Prozeß in Frankfurt am Main), *Viet Nam Diskurs* oder auch den *Gesang vom Lusitanischen Popanz* (über die portugiesische Kolonialherrschaft in Afrika).

Der Intendant des Rostocker Volkstheaters, Hanns Anselm Perten (1917-1985) galt für einen Teil der DDR-Szene als einer, der seine Spielplanpolitik bis an den Rand des ideologischen Risikos trieb. Rolf Hochhuth, der bei Perten so ziemlich alles unterbekam, vom *Stellvertreter* bis zu *Lysistrate* und *die NATO*, war des Lobes übervoll: *Seit Piscator verstummte, ist es allein Perten, der in beiden Teilen Deutschlands nicht nur, sondern im deutschsprachigen Raum ... uns Autoren des politischen Theaters die Sicherheit gibt, für unsere Arbeit eine repräsentative Bühne zu finden.*

Das hätte Weiss aus der Distanz seines Exillandes Schweden, das ihm zu neuen Heimat geworden war, wohl nicht so vollmundig geschrieben. 16 Briefe aus dem Nachlaß Pertens, die jetzt von der Akademie der Künste in Berlin ersteigert worden sind, ergeben Aufschluß, daß ihr Verhältnis gelegentlich getrübt war von Taktieren, Versteckspiel und Bitterkeit.

Der Stein des Anstoßes hieß *Trotzki im Exil*. Im Mai 1969 teilt Weiss seinem Freund mit, daß er ein Stück geschrieben habe, welches sich mit der *Entwicklung der internationalen sozialistischen Revolution* befasse. Der Verräter, der Volksfeind, der politische Sündenbock, der Satan in der sowjetischen Geschichtsklitterung auf die deutsche Bühne! Für den sonst so aufs Politische in der modernen Dramatik fixierten Bühnenpolterer Perten ein Sakrileg. Er teilt seine Bestürzung mit. Der *liebe Freund* in Linanäs, der für den devisenknappen Intendanten in Rostock schon mal Bücher beim Suhrkamp-Verlag ordert, antwortet erschüttert: *Und Ihr habt das Stück noch nicht einmal gelesen.*

Es ist die Zeit der abgeebbten Studentenrevolten in Westeuropa,

Peter Jacobs – Jg. 1938, Studium der Journalistik in Leipzig, Redakteur für Außenpolitik – ab 1961 bei der »Berliner Zeitung« und 1975 bei der »Neuen Berliner Illustrierten«, von 1995 bis zur Einstellung der Zeitschrift 1997 bei der »Wochenpost«. Autor zahlreicher Reportagebücher, Bildbände (alle mit dem Fotografen Thomas Billhardt) und Kinderbücher. Lebt als freiberuflicher Journalist in Berlin.

des noch nicht ganz ausgebluteten Prager Frühlings und des anhaltenden Vietnamkriegs. Hochhuth, Walser und Antonio Buero Vallejo aus dem Westen, Claus Hammel und andere aus dem Osten liefern Zeitstücke, die dank Perten gerade in Rostock Furore machen. Weiss, bekennendes Mitglied der schwedischen Linkspartei-Kommunisten, will die Wahrheit auf die Bühne befördern, und nichts als die Wahrheit. Da sieht er in der Figur Trotzki's Nachholebedarf: *Wie sehr ist dieser ›Volksfeind‹ und ›Verräter‹ doch zu einem Begriff geworden, während gleichzeitig alle historischen Einzelheiten über ihn unbekannt bleiben.*

Dies schreibt er in seinem zweiten Brief, datiert vom 13. Juni 1969 aus Paris, und es ist schon ein Rechtfertigungsversuch. Den ersten hat er am 31. Mai aus Stockholm geschickt. Da ist er noch überzeugt, daß es *ein großes Stück geworden ist, die starke Dramatik eher an Marat erinnernd, doch nichts von Singspiel, keine Verse, Chöre – sondern realistischer Dialog.* Blauäugig ist er nicht, er kennt seine realsozialistischen Ostseerainer, ahnt, daß dieses Stück *zur Zeit in der DDR nicht aufgeführt werden kann.* Aber er fände es doch richtig, wenn Du (Perten) es von Volkstheater aus bei Suhrkamp anfordern würdest, um es zu lesen, und – vor allem – um mir Deine Sicht zu diesem Thema mitzuteilen.

Um so größer die Enttäuschung über die eisige Ablehnung in Rostock. Konsterniert schreibt Weiss aus Paris: *Was ich möchte, ist nur: Trotzki an den Platz stellen, der ihm historisch zukommt.* Und in düsterer Ahnung: *Dass dieses Stück zu heftigen Reaktionen von seiten vieler Genossen führen wird, dessen bin ich sicher, und das muß ich in Kauf nehmen. Mein Marxismus läßt sich deswegen nicht trüben.* Und fast flehentlich: *Liebe Genossen, ich glaube nicht, daß ihr an meiner Haltung zweifeln könnt, dazu haben wir viel zu lange und viel zu eng freundschaftlich zusammengearbeitet. Auch dieses Stück ist für mich ein Frontalangriff auf die kapitalistisch-imperialistische Welt.*

Freilich nicht für die Wahrer der reinen Ideologie, die auch bestimmen, was auf dem Feld der Kultur dem Volk und der Partei vorzuenthalten ist. Am 28. Oktober wendet sich Weiss an den Kulturminister Klaus Gysi und verlangt eine *kritische Analyse.* Er habe bisher keine marxistisch-leninistische Literatur finden können, *aus der Überzeugendes über Trotzki zu erfahren* gewesen wäre. Maliziös fügt er hinzu, *die Ausmerzung des Namens in den Annalen der Revolution* und die fortgesetzte Diffamierung Trotzki's als *übelsten Feind des Leninismus* habe ihn, Weiss, davon *abgehalten, zu Beginn der Arbeit Ratschläge von Euch einzuholen.*

Im Trotzki-Streit kann sich der Intendant des Volkstheaters Rostock freilich keinen Spielraum erlauben. Er ist selbst Mitglied der SED-Bezirksleitung und fest eingebunden in die sozialistische Kulturpolitik. Zum 25. Bühnenjubiläum dankt ihm Ideologiechef Kurt Hager *für unermüdliches kulturpolitisches Wirken.* Zum 50. Geburtstag, auf dem er den Professorentitel empfängt, lobt der damalige Bezirksparteichef Harry Tisch *die Einheit von künstlerischer Leistung und politischer Aussage.* Fünf Jahre später freut sich das Schauspielensemble kollektiv, *daß wir zum*

VIII. *Parteitag einen eigenen Delegierten entsenden dürfen, »unseren« Professor.*

Dem Durchschlag des Briefes von Peter Weiss an den Kulturminister, der sich in Pertens Nachlaß fand, liegt der Entwurf einer Antwort bei, die geschrieben ist in einem hohltonenden parteichinesisch. *Objektiv ein durch und durch antisowjetisches Stück, wie es seit Jahren und Jahrzehnten nicht eindeutiger geschrieben worden ist, präjudiziert Perten. Der Doppelsinn des Titels unterstelle, der Trotzismus sei eine zeitgemäße Form des Marxismus, diese These sei nicht nur falsch ..., sondern in ihrer Konsequenz auch feindlich.*

Der Theatermann macht sich zum moralischen und intellektuellen Tiefflieger und seinen Stückeschreiber zum Klippsschüler. *Du weißt, daß ich Dir keine Böswilligkeit unterstelle, sondern von der Annahme ausgehe, daß Du subjektiv um Klärungsprozesse bemüht bist,* stetzt er und empfiehlt Weiss, die Dialoge mit den Beschlüssen der Moskauer Weltkonferenz zu vergleichen. Die unverrückbare Lehrmeinung über Trotzki fügt er vorsichtshalber gleich bei: in Form einer Abschrift aus der *Geschichte der KPdSU* Bd. 1, Vorwort, S. 32/33. Der Text läßt noch immer die Handschrift des kaukasischen Ayatollah erkennen. Perten will sich natürlich nicht vor Weiss zu einem stalinistischen Narren degradieren und beugt weiteren Diskussionen lieber vor: *Die räumliche Entfernung und die vielfältigen Aufgaben* ließen leider keine persönlichen Gespräche zu. *Deshalb habe ich mich verpflichtet (!) gefühlt, Dir diesen Brief zu schreiben.*

Vermutlich ist der Perten-Text in dieser Form mit dem Zentralkomitee abgestimmt worden. Hagersche Kulanz waltete immer nur in Nebensächlichkeiten. Wo die Machtkontinuität der herrschenden Politjunta hätte infrage stehen können, fiel der eiserne Vorhang ideologischer Disziplin. Da half es auch nicht, daß Weiss einen Zusatztext schreiben wollte, *um alle Mißverständnisse abzuwehren* und sich darauf berief, daß man *beim Lesen der Protokolle über die Zusammenkünfte der Bolschewiki* erkennen könne, *wie rücksichtslos, hart und oft beleidigend der Ton der alten Kämpfer war, und daß sie dies einander nicht übel nahmen.* Der Text wurde nur im Westen gedruckt. Perten kam offenbar nie wieder darauf zurück.

Sieben Jahre später aber so etwas wie ein Reueakt. Weiss hat seinen dreiteiligen Roman »Ästhetik des Widerstands« fertig und stößt wieder auf schroffe Ablehnung bei der offiziellen DDR-Kulturpolitik. Sein Freund in Rostock dagegen nennt es *ein Jahrhundertbuch, das in den goldenen Fonds der Literatur der kommunistischen Weltbewegung eingehen wird.* Er äußert *Bitternis* über die *pure politische Dummheit und Feigheit* und teilt Weiss am 14. April 1976 mit, daß er bei Hager interveniert habe wegen des *grotesken Zustands, daß ein für ein sozialistisches Land geschriebenes Buch nur im Kapitalismus verkauft wird.*

Doch es ist zu spät. Für das Politbüro ist der kurze Kulturfrühling der ersten Honecker-Jahre schon zu Ende. Sieben Monate danach wird Wolf Biermann ausgebürgert. Erst sieben Jahre nach der Fertigstellung des Manuskripts kommt die »Ästhetik des Widerstands«

im Henschel-Verlag heraus. Weiss hat es nicht mehr erlebt. Aber er hat wenige Tage vor seinem plötzlichen Tod am 10. Mai 1982 dem Freund einen Brief geschrieben mit *Dank für Deinen Mut, Deine Ausdauer, Deine unbestechlichen künstlerischen Sinn-Eigenschaften... Sei herzlich umarmt von Deinem Mitarbeiter und Genossen. Dein Peter.*

Perten starb drei Jahre später.



SABINE ANDERT

## Kulturforum der PDS

am 7./8. Dezember 1996 in Berlin.

### Zum Geleit

Schon in der Vorbereitung des ersten PDS-Kulturforums sorgte dessen Thema »Leben ohne Arbeit?« für einige Verwirrung. Stand nicht auf unseren Wahlplakaten »Arbeit her!«? Beteiligt sich die PDS denn nicht auch an den Überlegungen aller, wie man die knapp fünf Millionen Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot kriegt?

Es brauchte einige Zeit, bis klar war, worin der Charakter solch eines Kulturforums besteht. Es ist eine Denk-Werkstatt, besser Vor-Denk-Werkstatt, die frei ist von Entscheidungszwängen der Tagespolitik. In ihr treffen sich Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen. Ihre Erfahrungen äußern sie mit den unterschiedlichsten Methoden.

Das Thema Arbeit schien uns für das erste Kulturforum das wichtigste zu sein. Zwei Tage lang ging es darum, was Arbeit ist, welche Rolle sie im menschlichen Leben spielt, ob und wie weit ihr Fehlen sogar eine Chance sein könnte. Das alles wurde sinnlich und rational betrieben, durch Vorträge, in Diskussionsrunden, durch Filme, Fotografien, Installationen, Skulpturen, Musik ...

Kultur ist, wie die Menschen leben, also wie sie fühlen, denken, feiern, arbeiten, lieben, wie sie mit anderen Menschen umgehen, was sie suchen, was sie meiden, welche Interessen sie haben.

Die PDS: eine Kulturpartei.

Wir haben mehr Fragen als Antworten und stehen dazu. Das ist ein sehr sympathischer Zug an der PDS. Aber die unmittelbaren Entscheidungszwänge, die Tagespolitik so mit sich bringt, lassen kaum Raum für Nachdenklichkeit, für Mut zu neuen Herangehensweisen, für das Aufspüren von potentiellen Verbündeten.

Wenn die PDS sich wirklich weiter erneuern will, muß sie die althergebrachten, eingeübten oder auch übernommenen politischen Denkweisen verlassen, eine produktivere und sinnlichere Auseinandersetzungskultur entwickeln und sich dennoch mit den drängendsten politischen Themen beschäftigen.

Ein sehr schwieriges Ansinnen. Aber wir werden nicht umhinkommen, wenn wir nicht irgendwann phantasie- und ergebnislos als sektiererisches Häuflein in der Ecke schmollen oder angepaßt wie unsere ursprünglich linken Vorgänger gefügte Erfüllungsgelhilfen der Herrschenden werden wollen.

Reibung an Intellektuellen und Künstlern, an Leuten, die völlig anders an Problemlösungen herangehen, die »aus dem Tritt« bringen, wäre eine Chance. Wir haben bisher Intellektuelle und Künstler in der PDS eher abgestoßen als angezogen. Das Kultur-

Sabine Andert – Jg. 1950, Cellistin an der Komischen Oper Berlin. Mitglied des Parteivorstandes der PDS 1995/96.

Initiatorin des Kulturforums.

UTOPIE kreativ hat das Kulturforum bereits mit mehreren Beiträgen begleitet: mit dem Abdruck einer Anzeige mit nachfragenden Gedanken im Heft 73/74 (November/Dezember 1996) und einem von Stefan Sikora verfaßten und mit Fotos von Ulrich Burchert versehenen ersten Bericht über die Diskussionsveranstaltung im Heft 77 (März 1997).

Nummehr liegt eine Gesamtdokumentation des Kulturforums vor. Die Fotos stammen von Christina Kurby.

forum ist ein Neuanfang. Der Bundesvorstand hat im Herbst 1996 beschlossen, es als ständige Institution einzurichten.

Zwei große thematische Veranstaltungen soll es jährlich geben, in denen das Nachdenken über Zukunft gemeinsam mit Intellektuellen aus Wissenschaft und Kunst, aus den Gewerkschaften, der Kirche, den anderen Parteien und Bewegungen öffentlich gemacht wird.

Dieser Beschluß war mutig und weise. Ihn umzusetzen, erfordert besonderen ideellen und finanziellen Einsatz. Wie sehr er ihm am Herzen liegt, werden wir bei jeder folgenden Veranstaltung erkennen können. Wie sehr er ihn zum Anliegen der gesamten PDS und ihrer (auch potentiellen) SympathiesantInnen machen kann, wird der Einsatz aller Vorstandsmitglieder, vom Vorsitzenden bis zum Schatzmeister, zeigen.

»Leben ohne Arbeit?« war der erste Versuch – die Resonanz innerhalb und außerhalb der PDS war ermutigend.

Muße und Wohleben sind  
unerläßliche Voraussetzungen  
aller Kultur.  
Max Frisch (1911-1991)

## DIETRICH MÜHLBERG

### Was heißt hier Arbeit?

Von der Arbeit war auf dem Kulturforum die Rede und die Veranstalterin hatte sich gedacht, vielleicht könnte dazu ein Kulturhistoriker etwas Einleitendes sagen. Obwohl die vorgeschlagene Überschrift mich in Verlegenheit brachte, habe ich sie akzeptiert. Man könnte sie berlinisch mit ironischem Unterton lesen: Was heißt hier Arbeit? und meint: wo isse denn jeblieben! Von der enormen Arbeitslosigkeit und den zukünftigen Chancen auf Arbeit wäre dann die Rede. Das halte ich eher für ein wirtschaftswissenschaftliches oder soziologisches Thema. Und dann ist selbstverständlich die Politik dafür zuständig – wenn sich auch nirgendwo ein durchsetzungsfähiges Konzept zu Überwindung der mißlichen Lage zeigt.

Man kann an der Frage »Was heißt hier Arbeit?« aber auch das »hier« betonen – was heißt hier, also: bei uns, in unserem Verständnis Arbeit? So käme man auf die Unterschiede zu anderen Regionen und zu früheren Zeiten, und bei solchem vergleichenden Interesse könnte auch ein Kulturwissenschaftler darüber mitdiskutieren, warum gerade wir uns kein Leben ohne Arbeit vorstellen oder wünschen mögen. Ist doch Arbeit die Mitte unseres Lebens und seine Grundlage – für den Lebensstandard ebenso wie für das Selbstwertgefühl.

#### *Politiker reden von Kultur verschieden*

Soll Arbeit solcherart als Sinnstiftung unseres Lebens, also in ihrer kulturellen Seite gesehen werden, muß ich auf dieser politischen Kulturveranstaltung mit Mißverständnissen rechnen. Deutsche Politiker und Parteien reden von Kultur auf verschiedene Weise und selten hat das was mit der Erwerbsarbeit zu tun, die fällt in andere Ressorts. Abgesehen von den ganz großen Gesten, mit denen hierzulande die Kultur angerufen wird, wenn es irgendwie um kulturelle Errungenschaften, um die eigentlichen menschlichen Werte, um jenes heilige Kulturgut geht, von dem sich Politik letzten Endes leiten lassen muß, ist die Kultur jenseits davon ein Ressort, für das die Kulturpolitiker zuständig sind. Da verleiht der Bundesinnenminister Filmpreise, auf der Landesebene dagegen steht die Ausstattung von Opernhäusern, Museen und Kirchen zur Debatte. Auf kommunaler Ebene geht es um die Alimentierung des kleineren Kunstbetriebs und der sogenannten Soziokultur. Das ist in keiner Partei ein gesuchtes Politikfeld, jedenfalls wird es von karrierebewußten Profis gemieden.

In einer dritten Bedeutung kommt Kultur ins Spiel, wenn in Parteibüros über Mitgliederschwund und Wählerpotential nach-

Dietrich Mühlberg – Jg. 1936,  
Kulturwissenschaftler,  
Berlin.

Arbeit um der Arbeit willen  
ist gegen die Natur.  
John Locke (1632-1704)

gedacht wird. Dann ist von Wertewandel und Lebensorientierungen, von kulturellen Milieus und Subkulturen usw. die Rede. Forschungsinstitute werden bemüht, die Veränderungen in der Alltagskultur so zu erforschen, daß das politische Marketing mit richtigen Angeboten reagieren kann. Diesem Interesse begegnen wir schubweise, meist ist es die erste Tat eines gekürten Wahlkampfleiters, ein Wickert-, sinus- oder polis-Institut zu beauftragen, weil Politiker heutzutage weder mit Bodenständigkeit noch mit Feeling die Erwartungen ihrer Klientel treffen können, sondern dazu analytisch den Wandel der Alltagskulturen und die Ausbildung kultureller Milieus verfolgen müssen. Ich muß nicht betonen, daß die Bewertung der Arbeitsmarktsituation durch die Wähler dabei eine der zentralen Fragen ist.

Um diese dritte Variante des politischen Kulturverständnisses dürfte es gehen, wenn auf dem heutigen Kulturforum gefragt wird, ob und wie ein Leben ohne Arbeit möglich wäre. Für mich ist das keine rhetorische Frage, deren Antwort getreu dem Luther-Wort schon feststeht, daß der Mensch eben zum Arbeiten geboren ist »wie der Vogel zum Fliegen«. Recht unklar ist die Zukunft der Erwerbsarbeit heutigen Typs, unklar auch, wie aktuelle Wandlungen der Arbeitswelt von den Betroffenen erfahren werden, wie sie darauf reagieren, welche Strategien sie dabei entwickeln und welches politische Handeln damit verbunden sein kann.

Wen das interessiert, der sollte sich auch mit den einschlägigen Traditionen deutscher Gesellschaften beschäftigen, ist doch Arbeit seit mehreren Jahrhunderten der strukturbestimmende Kern ihrer Kultur. Doch zuvor sei kurz angedeutet, unter welchen aktuellen Bedingungen wir heute hier über Arbeit reden.

### *Die offensichtliche Krise der Erwerbsarbeit*

Der auf diesem Forum entfaltete Klärungsbedarf folgt aus einer prekären Situation jenseits kultureller Sphären. Allen gut bekannte ökonomische und politische Tatbestände beeinflussen unser aktuelles Verhältnis zur Arbeit.

Die arbeitsorientierten Ostdeutschen verschlug es in die westdeutsche Marktwirtschaft ausgerechnet in dem Moment, als dort die Arbeit schon deutlich knapper wurde und das arbeitsabhängige soziale Sicherungssystem seine Schwächen zu zeigen begann. Doch da sie ganz mit den radikalen Umstellungen im eigenen Lebensbereich beschäftigt waren und sind – 70 Prozent haben in den letzten sechs Jahren ihren Beruf gewechselt –, interessierten sie sich kaum für wirtschaftspolitische Debatten über Rationalisierungsschübe oder über die sogenannten ökonomischen Zwänge der Globalisierung und ihre sozialen Folgen. Sie hatten zwar beim Anschluß an den Westen den größeren Teil ihrer Besitzstände verloren, doch der Sozialstaat fing das ab, und da sie aus kleinen Verhältnissen kamen, waren sie es noch ganz zufrieden. Zwar sahen sie sich beim Aufrechnen ihrer Lebensleistung weit hinter ihren Brüdern und Schwestern im Westen veranschlagt und real plaziert, doch – Glück im Unglück – deren berechnete Ängste vor drohenden Verlusten müssen sie nun nicht mehr haben. Sie treten in die Verteilungs- und Besitzstandskämpfe mit anderen ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen ein.

Soweit die Ost-West-Differenz in den Realien, doch auch über den Sinn von Arbeit dürfte unterschiedlich nachgedacht werden. Im Osten haben die weitgehende Deindustrialisierung, die scharfe Rationalisierung, die völlige Verdrängung der Funktionseliten, die Verarmung der öffentlichen Auftraggeber, die unfreiwilligen Versetzungen in den Vorruhestand, haben die offene und die verdeckte Arbeitslosigkeit das Bangen um den Arbeitsplatz zu einer traumatischen Massenerfahrung gemacht. Da zugleich die forcierte Leistungsgesellschaft propagiert wird, breitet sich bei anhaltendem Abschwung unter ihnen eher Ratlosigkeit aus. Verheißene Vollbeschäftigung liegt für sie in ebenso weiter Ferne wie einst kommunistische Paradiese: sie selbst wird es nicht mehr betreffen. Und auch die Zukunftsaussichten ihrer Kinder sehen mehr als 80 Prozent der Ostdeutschen als eher schlecht an (Leipziger Institut für Marktforschung). Sie haben sich anständig gezeigt, haben umgelernt, sich – wo nötig – dumm gestellt und sind größtenteils voller Tatendrang – doch sie spüren die Gefahr andauernder Deklassierung und verbinden sie mit der erfahrenen Entwertung ihres meist einzigen Besitzstandes: ihres Arbeitsvermögens.

Sechs Stunden sind genug für die Arbeit. Die anderen Stunden sagen zum Menschen: lebe!  
Lukian (um 120-180 n.Chr.)

Abstiegsängste westdeutscher Mittelschichten sind ihnen fremd. Wenn sie davon hören, daß nun die Arbeitsgesellschaft am Ende sein soll, so klingt das für sie recht einleuchtend. Doch sie haben dabei kaum die Bilder vor Augen, wie sie westliche Autoren in den Darstellungen dieses sozialen und kulturellen Wandels zeichnen. Auch die Neigung zu Grundsatzdebatten über Arbeit und Leben ist in dieser Lage kaum anzutreffen – was soll das schon bringen? –, eher finden wir die praktische Absicht, alle Möglichkeiten zu nutzen und aus dieser Lage das Beste zu machen.

Für Westdeutsche sind Arbeitslosigkeit und Entwertung beruflicher Fähigkeiten durch Veränderungen der Arbeitswelt schon geläufiger, doch die damit verbundenen Wandlungen in der Sozialstruktur wurden bei ihnen noch kaum so deutlich wie in jenen anderen Ländern des Westens, in denen die Neoliberalen schon früher ungehindert den Ton angaben und eine soziale Differenzierung vorantrieben, wie wir sie im Film über die Suche nach dem Generaldirektor von General Motors gesehen haben. Man blickte wohl eher erstaunt auf amerikanische Verhältnisse. In den fetten Jahren und im Schutze der Mauer wurde die schleichende soziale Desintegration im eigenen Lande eher als eine »Pluralisierung der Lebenswelten« wahrgenommen. Solange für gut zwei Drittel die Welt ziemlich in Ordnung war, schien der Zug eher in eine Erlebnisgesellschaft abzugehen, in der die Risiken des eigenen Lebenslaufes den eigentlichen Kick abgeben. Als die Inbesitznahme des Ostens die schon erkalteten Überlegenheitsgefühle wieder anwärmte und vor allem Arbeit und Pfründe brachte, überdeckte auch dies noch einmal kurzfristig die Ökonomisierung der Politik, die inzwischen mit aller Härte weiter durchgesetzt werden soll.

Was in Ost und West vielleicht ähnlich besorgt (und in der PDS zuweilen unangemessen hämisch) gefragt wird: kann die Erwerbsarbeit auch in nächster Zukunft diese Gesellschaft und ihr soziales Sicherungssystem halbwegs stabil halten? Kann es wieder – und zu welchen Bedingungen – Vollbeschäftigung geben? Kann soziale Integration weiterhin über Erwerbsarbeit erfolgen? Was wäre zu tun, wenn auch zukünftig große Gruppen von Arbeitsfähigen für längere Zeit oder gar gänzlich außerhalb der traditionellen Erwerbsgesellschaft leben werden? Was geschieht, wenn sich demnächst auch die Familie nicht mehr als stabile soziale Reserve erweist, die den Rückzug des Staates aus der Vorsorge abzufangen vermag?

Wie wir mit solchen möglichen Situationen umgehen, das hängt auch von unserer kulturellen Prägung ab. Unserer kulturellen Tradition verdanken wir zwei gegensätzliche Orientierungshilfen unterschiedlicher Intensität: die starke Liebe zur Arbeit und den (merkwürdigerweise) viel schwächeren Hang zur Beschäftigung mit uns selbst und zum süßen Nichtstun. Wie es dazu kommen konnte, sollen einige Andeutungen zur Geschichte des Arbeitsbegriffs erhellen.

### *Zur Geschichte des Arbeitsbegriffs*

Wenn Deutsche ankündigen, über Arbeit und Kultur reden zu wollen, ist Schlimmes zu befürchten. Handelt es sich doch dabei um ihre heiligsten und abstraktesten Begriffe, um die Zentralkategorien fast aller sozialer Lager und Bewegungen der jüngeren deut-

Viele kleine Leute, an vielen kleinen Orten, die viele Dinge tun, werden das Antlitz dieser Erde verändern.  
Afrikanisches Sprichwort

schen Geschichte. In der Wertschätzung von Arbeit und Kultur sind sie allen anderen Völkern voraus, wie sie stolz meinen.

Aus der DDR-Geschichte ist bekannt, was alles zu Arbeit werden konnte, von der Partei- über die Pionier- bis zur Kulturarbeit. Der Anschluß an den Westen hat das Repertoire noch beträchtlich erweitert: Stadtteilarbeit, Trauerarbeit, Traumarbeit, Beziehungsarbeit, Konsensarbeit usw. Es gibt auch keinen in der Gesellschaft, der nicht irgendwie arbeitet und das auch für sich reklamiert. Fast alles kann inzwischen Gegenstand, Objekt von Arbeit werden, fast alles auch ihr Subjekt. Es gibt kaum noch die Möglichkeit zur Abgrenzung von Nichtarbeit – wahrscheinlich ist sie inzwischen auch zur Freizeitarbeit geworden. So entstand der Eindruck, als sei Arbeit eine Art anthropologischer Universalie.

Das hat einmal anders angefangen. In germanisch-bäuerlicher Tradition war mühseliges Arbeiten der selbstverständliche Alltag (wie danach und in allen bäuerlichen Gesellschaften). Die geschichtlich überkommenen Meldungen lassen noch nicht auf Arbeitsenthusiasmus und Leistungsfreude schließen. Bei den frühen Griechen war es der Bauerdichter Hesiod, der Achtung einfordernd, behauptete, Arbeit schände nicht, sie sei keine Schande. Er mußte offenbar schon Dünkel erfahren haben, den Aristoteles später theoretisch formuliert hat: Arbeit macht banausisch, sie deformiert den Menschen.

Nach den geläufigen Interpretationen jüdisch-christlicher Mythologie waren Arbeit und Kinds mühen die Strafen für den Vorwitz von Eva und Adam; offenbar war die Arbeit begründungspflichtig geworden. Auf Paulus geht das Bibel-Wort zurück »So jemand will nicht arbeiten, der soll auch nicht essen«. Eine Wendung gegen müßige Eliten oder die Ermahnung derjenigen Christen, die allein kontemplativ, in kultischer Versenkung das nahe Weltende erwarteten? Dies Wort ist später vielfältig benutzt worden und in der Neuzeit wendeten es sogar Arbeiter (mit stolzem Hinweis auf ihre Arbeitsleistung) gegen die Besitzenden: Die Müßiggänger schiebt beiseite, diese Welt soll unser sein! Nüchterner gesprochen: Wenn wir erst bestimmen, dann wird Arbeit zur freudigen Pflicht für alle!

In unserem Kulturkreis wurde das Thema »Leben ohne Arbeit?« wohl erstmals von Benedikt, dem Begründer des mittelalterlichen Mönchswesens, aufgeworfen und zugleich dauerhaft gültig behandelt. Er sprach nicht wie Paulus von Arbeit und Essen, sondern von Arbeit und Kultur. Seine bekannte Grundformel von 527 lautet: ora et labora. Die Betonung lag auf dem Und. Für ihn hieß das: außerdem und zusammen. Denn nach dem Ende des Römischen Reiches sollten die vielen Bindungslosen, sollten umherschweifende Mönche, die sich allein betend auf die ewige Seligkeit vorbereiteten, in das irdische Feudalsystem ortsfest integriert werden und eben auch arbeiten. Und dies nach einem Zeitplan, der dem sehr nahekam, den die II. Internationale später zum Kampfprogramm machte und den der Reformier Ernst Abbe zu Beginn unseres Jahrhunderts für menschlich-angemessen hielt: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Mensch sein. Max Weber meinte in den durch die Benediktinischen Klosterregeln disziplinierten Mönchen die ersten Europäer erkennen zu müssen, die ihr

Nur auf dem Boden  
harter Arbeit bereitet  
sich normalerweise der  
Einfall vor.  
Max Weber (1864-1920)

Leben rational führten und für einen höheren Lebenszweck nicht nur den Kultus pflegten, sondern für die Erlangung ewiger Seligkeit eben auch ganz irdisch arbeiteten. Diese Bindung mönchischer Arbeit an ihren christlichen Erwartungs-Kultus hat zu einer folgeschweren Umdeutung geführt. War es bis dahin völlig klar, daß alle Anstrengungen und Mühen dem Überleben der Gemeinschaft in fetten und mageren Jahren dienten, hieß es nun umgekehrt: Der Mensch lebt auf Erden, um zu arbeiten. Und irgendwie entsprach das ja auch der Alltagserfahrung arbeitender Menschen.

Durch die deutsche Sprachgeschichte könnten wir den kulturellen Erfolg dieses Erklärungsmusters verfolgen. Im Althochdeutschen war *arbeit* ein doppeldeutiges Wort: Es meinte sowohl die eigene Aktivität, sich mühen und anstrengen als auch die passiv zu ertragende Drangsal und Last. In dieser doppelten Bedeutung – sich abmühen und fronden wie auch Plage, Leid und Qual ertragen – ist es dem slawischen *rabota* verwandt, das Sklaverei und Knechtschaft bezeichnet und das auch Karel Capeks weltweit angennommener Neubildung *Roboter* zugrunde lag (»W.U.R. Werstands universal Robots« von 1920).

In der ständischen Gesellschaft des Mittelalters hatte ja jeder Stand sein vor Gott und der Standessitte zu verantwortendes Tun, seine Arbeit, wie es bald hieß. So bekam unser Wort angenehmere Akzente, als auch die Aktivitäten der frühesten Beamten, der Ritter und Ministerialen, die Turniere und Kämpfe, nun eine »ritterliche Arbeit« genannt wurden. Dann trug auch das Selbstbewußtsein des zünftigen Handwerks zur Aufwertung von Arbeit bei. So konnte schließlich so gut wie alles *arbeit* heißen, Gottes Tun wie das des Teufels, die Tat des Kaisers ebenso wie das Werkeln der Handwerker. Bei Luther finden wir die Rede von der fröhlichen Arbeit der Bauern, Knechte und Mägde, von der großen und gefährlichen Arbeit des Adels und von der sorgenreichen Arbeit der Bürger.

Und immer war *arbeit* gleichzeitig die Last (auch als jeweilige Standespflicht) und das Handeln, das Tätigsein, das Werk. Vergleichbares bieten andere europäische Sprachen, doch früh bildete sich eine Besonderheit des Deutschen: Es ist auffällig arm an Bezeichnungen für das speziell gekonnte Tun – immer wird es gleich Arbeit genannt.

So bekam das Wort langsam positive Tönungen und die Verkeh- rung von Zweck und Mittel gewann an Plausibilität: Der Mensch lebt auf Erden, um zu arbeiten. Max Weber hat, gegen Karl Marx argumentierend, auf die große Bedeutung der protestantischen Arbeitsethik für die Entstehung des Kapitalismus hingewiesen. Er sah in Luther den eigentlichen Veranlasser für die Trennung der Arbeit von der Sicherstellung sozialer Reproduktion: »Arbeite nicht aus Not, sondern aus Gottes Gebot.«

Zweifellos brachte die Reformation eine moralische Aufwertung der Arbeit und zugleich die Begründungen für ihre folgenreiche Entgrenzung: Nun sollte sie über das Notwendige hinausgehen. Calvin hat dem noch eine »theologisch sanktionierte Anweisung zum Reichwerden beige- stellt« (Hund) und fertig war – nach Weber – die protestantische Ethik, aus der sich der Geist des Kapitalismus speiste.

Arbeit und deren Verteilung waren zweifellos eines der zentralen



Themen jener Zeit. Über eine gerechtere Verteilung der Lasten und Freiheiten wurde gestritten – im Bauernkrieg handfest, in den Utopien von Morus und Winstanley mehr intellektuell. Auch bei Luther finden sich dazu viele Äußerungen. »Denn daß die Ungleichheit auch in der Welt gefunden wird, daß der Herr im Haus mehr Güter hatt denn sein Knecht, und doch der Knecht mehr arbeiten muß denn der Herr, ... Das will Gott also haben« – ironischer Vorwurf oder die Bestätigung selbstverständlicher sozialer Differenzierung?

### *Die Ökonomisierung der Arbeitsauffassung*

Doch die Dinge nahmen eine andere Wendung: Die negativen Folgen sozialer Ungleichheit sollten anders vermieden werden: (seit Bacon) durch die technisch optimale Beherrschung der Natur; sie steigert die Ergiebigkeit der Arbeit. Zugleich wurde der Gegensatz von Armut und Reichtum durch beider Ökonomisierung transformiert: Sie traten sich nun als Arbeitskraft und Kapital auf neue Weise gegenüber und bewirkten in geschichtlicher Stufenfolge gemeinsam die Vermehrung des Reichtums auf der einen und der jeweiligen Armut auf der anderen Seite (Fahrstuhl-Effekt). Allerdings war nun die Armut, die den Arbeiter zum Arbeiten zwingt, keine persönliche Eigenschaft mehr, sondern eine soziale Struktur: Er gehörte zur Klasse der Lohnarbeiter.

Als eine solche soziologische Kategorie bestimmten schon Ricardo und Smith die Arbeit und entdeckten in ihr zugleich die Quelle von Reichtum und Kultur, freilich mit notwendig unterschiedlichen Zugriffsmöglichkeiten. Diese Reichtumsproduktion durch (industrielle) Arbeit wird in der Folgezeit nicht angezweifelt, wohl aber die Verteilung der Arbeit wie die ihrer Resultate.

Für Marx war dann klar, daß die ökonomische Verfassung »Lohnarbeit« den Arbeiter daran hindert, die Arbeit überhaupt und auch seine eigene als »die Quelle allen Reichtums und aller Kultur« zu begreifen. Marx hat diesen bekannten Satz aus dem Gothaer Parteiprogramm zwar relativiert und auf die Natur als Ressource verwiesen, doch selbst hat er immer die produktive Arbeit in der materiellen Produktion vor Augen gehabt. Den umfassenderen Begriff der Lebensproduktion, mit dem er einmal alle menschlichen Aktivitäten zusammenschloß, die für das Fortbestehen menschlicher Gesellschaften unerlässlich sind, hat er nicht weiter ausgeführt. Er verweist zwar auf Hausarbeit, Kinderkriegen, Altenpflege, Sex, geselligen Verkehr, Gemeinwesenarbeit, Spiel usw., doch das bleibt alles weit jenseits seiner Beschäftigung mit Arbeit. Und da der (tote) Marx mit Sicherheit der einflußreichste Wissenschaftler war, hatte dies Folgen bis in die vergangene sozialistische Gegenwart.

Zwar haben Philosophen und Kulturtheoretiker aus den Marxschen Frühschriften wie aus den »Grundrissen« das überaus reiche Material zur individuellen Subjektivität herausgeholt, doch die politische Praxis, die sich auf Marx berief, blieb davon unberührt. Auch in den sozialistischen Gesellschaften wurde der Mensch wesentlich als eine Funktion seiner Arbeitsleistung gesehen, alle seine übrigen Lebensäußerungen in ihrer Beziehung darauf. Man sprach von der Arbeit und dem »übrigen Leben«. Als Sartre 1960 dem zeitgenössischen Marxismus »nichtvorhandenes Verständnis

Es ist der Sinn der Ideale, daß sie nicht verwirklicht werden können.  
Theodor Fontane  
(1819-1898)

menschlicher Realität« vorwarf, verwies er auf Plakate, die er 1949 in Warschau gesehen hatte: »Die Tuberkulose hemmt die Produktion.« Vielleicht ein etwas krasses Beispiel, und man mag sich damit trösten, daß dies nun auch ein zwingendes bot, etwas gegen die Tuberkulose zu tun. Aber es ist die falsche Denkrichtung, nach der der gesunde Mensch gebraucht wird, weil »sein Arbeitsplatz sein Kampfplatz!« ist. Es muß nicht erläutert werden, daß diese Kritik der Tuberkulose sich nicht von der Feststellung unterscheidet, daß allzuviel Tuberkulose die Lohnnebenkosten erhöht (und das Kapital unlustig macht, hiesige Arbeit zu verwerten).

Vielleicht besteht im Arbeitsverständnis ein kultureller Zusammenhang zwischen Luther, Calvin, Smith, Marx, Realsozialisten und den »Verwertungsinteressen des Kapitals«? Vielleicht ist ihr Blick auf den arbeitenden Menschen gar nicht so verschieden? Wir sollten uns da selbst prüfen, was wir von Menschen halten, die gar nicht arbeiten wollen. Was geht uns durch den Kopf, wenn uns an der Ecke ein gesunder Jungmensch anhaut: »Haste mal 'ne Mark, Alter?« Wie das – meine Mark habe ich mir doch schwer erarbeitet?

Mich hat schon früh überrascht, daß eine (zugegeben schwache) Traditionslinie des Sozialismus zu keiner Zeit irgendwelche Geltung erlangen konnte. Nur Spezialisten wissen, daß Fourier vorhatte, die notwendige Arbeit vergnüglich und damit auch attraktiv für alle zu machen; sie sollte nicht nur Reichtum produzieren, sondern durch den Wechsel der Arbeit auch die Bedürfnisse allseitig entwickeln. Marx hielt das (den sogenannten »Schmetterlingstrieb«) für »grisettenhaft naiv« und meinte, Arbeit könne nicht zum Spiel werden, das bleibe immer ein Reich der Notwendigkeit und die freie Kraftentfaltung liege jenseits davon (hatte er Schiller im Ohre: der Mensch ist nur dort ganz Mensch, wo er spielt?). Jedenfalls war für ihn damit Schluß der Debatte. Allerdings wagte sein eigener Schwiegersohn (Paul Lafargue) zu schreiben: »O Faulheit, Mutter der Künste und der edlen Tugenden, sei du der Balsam für die Schmerzen der Menschen.« Dafür hätte der Privatmann Marx ja noch Verständnis gehabt. Doch Lafargue ging die Sache grundsätzlicher an: »Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Kultur herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht.«

Kirche, Schule, Militär, Fabrik und Markt haben die Besitzlosen (und nicht nur die) zum Aufgeben der traditionellen Genügsamkeit und simplen Genußorientierung verführt und sie dazu bewogen, Müßiggang und Faulheit zu verachten. Ihre positiven Werte wurden Fleiß, Strebsamkeit, Disziplin und Pflichterfüllung, sie betreiben ihre Arbeit so (schrieb Weber), »als ob sie absoluter Selbstzweck – ›Beruf‹ – wäre. Eine solche Gesinnung (und das hat Weber wohl richtig gesehen, d. A.) ist nichts Naturgegebenes. Sie kann auch weder durch hohe noch durch niedrige Löhne unmittelbar hervorgebracht werden, sondern nur das Produkt eines langandauernden Erziehungsprozesses sein.« (Weber)

Tatsächlich wurde die Arbeit zum allgemein anerkannten Grad-

messer für den Wert des einzelnen, sie bestimmte seinen Platz in der Gesellschaft, entschied über seine Geltung, Arbeit war so oder so für jeden die haltgebende Struktur seines Lebens. Doch seit Max Weber hat sich einiges geändert. Im Arbeitsleben verschwanden mehr und mehr die lebenslangen Berufe und festen Anstellungen. Zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse nahmen zu, und berufliche Qualifikationen veralten inzwischen recht schnell. Jenseits der Krisenzyklen scheinen die Arbeitsplätze auf den ersten Blick sogar weniger zu werden, keiner kann sich mehr sicher sein. Die heutigen Gesellschaftsanalytiker sehen die soziale Geltung durch Arbeit verfallen und vermuten, daß die Wertschätzung des einzelnen inzwischen stärker von seiner Kultur abhängt.

Sollte es tatsächlich so sein, daß die Mitte des Lebens für viele inzwischen jenseits der Arbeit liegt? Zeitlich/räumlich von ihr getrennt? In der Freizeit etwa? Wie wir uns erinnern, hatte solche Erwartungen selbst der arbeitsfixierte Marx, die verbesserte »Maschinerie« sollte uns mehr disposable time bringen.

#### *Gewinn an freier Zeit gleich Freizeitgesellschaft?*

Das war in der Mitte des vorigen Jahrhunderts reine Zukunftsmusik, war doch die Arbeitszeit gerade erst enorm ausgedehnt worden. Hatte die Arbeitszeit der vorindustriellen Gesellschaft mit dem jahreszeitlichen Wechsel geschwankt und war sie in den Städten als Zunftarbeit auf etwa 36 Wochenstunden begrenzt, so wurde das mit der kapitalistischen Lohnarbeit schlagartig anders. Herausgerissen aus dörflichen oder zünftigen Versorgungszusammenhängen mußten die Besitzlosen es hinnehmen, daß die Mehrarbeitszeit soweit wie möglich ausgedehnt wurde. Wochenarbeitszeiten von über 80 Stunden waren keine Seltenheit – das ganze Leben war so zur Arbeit geworden, der moderne Arbeiter geboren. Mit der Zunahme anspruchsvoller Maschinenarbeit mußte und konnte die extensive Ausbeutung aufgegeben werden, und die durchschnittliche Arbeitszeit sank von Jahrzehnt zu Jahrzehnt und kam schließlich sogar in die Nähe vorindustrieller Zeitbudgets.

Das entsprach Prognosen des vorigen Jahrhunderts. Engels hatte die von Fourier angestrebte Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle Gesellschaftsmitglieder rückblickend für unsinnig gehalten: Privilegierte und Eliten mußten notwendig davon frei sein, um die »gemeinsamen Geschäfte« der Gesellschaft zu besorgen. Mit der erwarteten »ungeheuren Steigerung der Produktivkräfte« aber sah er enorme Dispositionsmöglichkeiten für alle voraus, so daß ihnen »hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft – theoretischen wie praktischen – zu beteiligen.«

Marx hat erwartet, daß die Maschine als apparatgewordene Wissenschaft die lebendige Arbeit immer mehr verdrängen würde und dadurch die Mehrarbeit der großen Masse als Bedingung der Reichthumsproduktion überflüssig werde. Zugleich sah er darin die Chance gründlich veränderter Arbeitsanforderungen, die schließlich selbst das »reiche Individuum« hervorbrächten.

Doch was geschah? Kamen um 1885 auf eine Stunde Erwerbsarbeit gut zehn Minuten freie Zeit, so hat sich das Verhältnis inzwischen so stark verändert, daß auf eine Arbeitsstunde zwei Stunden

Eine der schauerlichsten Folgen der Arbeitslosigkeit ist wohl die, daß Arbeit als Gnade vergeben wird. Es ist wie im Kriege: Wer die Butter hat wird frech. Kurt Tucholsky (1890-1935)

freier Zeit kommen (ohne Schlafenszeit). Von den 8.760 Stunden des Jahres werden nur noch 1.700 (19 Prozent) gearbeitet, der Rest von gut 7.000 Stunden muß selbst verwaltet werden. Ganz offenbar zieht schon rein quantitativ die Freizeit mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen auf sich als die Arbeitszeit. Können nun auch alle Werktätigen in das von Marx prophezeite Reich der Freiheit wechseln?

Schon als vor gut zwanzig Jahren in den Statistiken die absinkende Kurve der Arbeitszeit die aufsteigende Kurve der Freizeit kreuzte, kam im Westen die Frage auf, ob die moderne Gesellschaft überhaupt noch als Arbeitsgesellschaft zu verstehen sei. Mit Hinweis auf den gleichzeitigen Anstieg des Lebensstandards der abhängig Beschäftigten und auf die hohe Aufmerksamkeit, die der Konsum der nun massenhaft verfügbaren Güter und Dienstleistungen verlangte, wurde vermutet, daß vor allem bei den nachwachsenden Generationen die Arbeit nicht mehr die Mitte des Lebens ausmachen werde. Es werde die Tendenz zunehmen, die Arbeit als einen Job abzumachen, der möglichst einträglich ist und eine erlebnisreiche Freizeit finanziere.

Das war die Zeit, als mit der erstaunlichen Zunahme der Freizeitberufe auch eine eigene Freizeit-Wissenschaft entstand. Sie fragte, wie mit den Lasten und Pflichten der Muße umzugehen sei. Schnell war herausgefunden, daß die Menschen schlecht dafür gerüstet sind, ihnen Freizeit-Kompetenz fehle, der »Unterforderungslangeweile« in der Arbeit entspreche eine »Überforderungslangeweile« in der Freizeit (Bernd Guggenberger). Horst W. Opaschowski wies die Angst vor der Leere nach, denn der Wohlstandsbürger lebe in einer »Verpaß-Kultur« mit einer Konsumsteigerung bis zum Überdruß.

Die Arbeitsdressur habe jede Fähigkeit zur Muße getötet, Faulheit und Schlendrian unmöglich gemacht und der neue Reichtum an Gütern und Zeit werde nicht hedonistisch ausgekostet. Konsum von Zeit und Gütern wird als Anstrengung betrieben und erfahren: als gestaltende Arbeit am Körper, an der Persönlichkeit, am Lebensstil, an der Wohnung – alles in den jeweils modischen Trends liegend. Das Leben wurde zur Formfrage (was Udos noch immer nicht begriffen haben) – und dies keineswegs beschränkt auf die sogenannten Mittelschichten.

Etwas anders akzentuiert waren ähnliche Diskussionen im Osten. Von der Automatisierung und der WTR (wissenschaftlich-technischer Revolution) war Anfang der 60er begeistert die Rede, und es ging um die Chancen, die sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen körperlich und geistig Arbeitenden aufzuheben. Begeistert lasen wir Norbert Wieners Bericht, wie aus der Radartechnik die Kybernetik entstanden war, die nun völlig neue Dimensionen der industriellen Automatisierung eröffnete. Der Mensch konnte jetzt erst wirklich (in unserem Sinne) neben die Produktion treten, statt ihr Hauptagent zu sein. Unverständlich waren uns Wieners Ängste, diese neue Technologie könnte den arbeitenden Menschen abwerten und die zu erwartende große Freizeit etwa falsch genutzt werden. Überhaupt erschien uns die technikfeindliche konservative Kulturkritik im Westen unendlich altväterlich-verstaubt, doch im »forum« hieß die von Rudi Bahro damals redigierte Folge

kesser Bekenntnisse zum technischen Fortschritt nicht (wie geplant) »Dämon Technik – bei uns kein Problem!«, sondern dann doch etwas vorsichtiger »Dämon Technik – bei uns ein Problem?«

Kybernetik war das Zauberwort, auch Walter Ulbricht und seine Berater dachten plötzlich in Regelkreisen, inputs und outputs und wollten die Gesellschaft als Großsystem vernetzter Teilsysteme regulieren. Dies freilich im Handbetrieb und so zeigte sich, daß der technische Fortschritt dann doch unser Problem werden sollte, weil die »Ersetzung lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit« in vielen Produktions- und Dienstleistungsbereichen zwar stattfand, insgesamt aber viel zu langsam erfolgte und die von Norbert Wiener befürchtete Entwertung von menschlicher Arbeitskompetenz im Massenumfang gar nicht stattfand. Allerdings geschah das auch im Westen erst 25 Jahre später und unter dem Einsatz einer Kapitalkraft, die jenseits aller Möglichkeiten der DDR lag.

In der DDR hat aber etwas stattgefunden, was zweifellos zu ihrem Ruin beigetragen hat, in der jetzigen Situation aber des Erinnerns wert ist. Einsparung an lebendiger Arbeit wurde zum Teil dadurch aufgezehrt, daß der betrieblichen Arbeit Tätigkeiten angelagert wurden, die die strenge Rationalität effizienter Produktion relativierten und die Aufmerksamkeit in eine sozial-kommunikative Richtung lenkten. Auch übernahmen die arbeitsorganisatorischen Einheiten (Betriebe, Dienststellen, Institute usw.) eine Vielzahl unspezifischer Aufgaben (im sozialen, kulturellen und politischen Bereich), die sie von ihrer eigentlichen Aufgabe ablenkten. Wo Betriebe nach 1990 weiterbestanden, ist das selbstverständlich sofort wegrationalisiert worden. Aber Ostdeutsche haben noch die Erinnerung daran, daß es zwischen Arbeit und übrigen Leben keine scharfen Grenzen geben muß, daß da Übergänge möglich sind und es sinnvoll sein kann, sich auch jenseits der geforderten Leistungsbereitschaft in der Arbeit zu engagieren.

Man muß nicht darüber spekulieren, ob diese Art von Betriebsverbundenheit, bei der größere Bereiche des Alltagslebens an die notwendige Arbeit angelagert werden, kulturell vorteilhaft war. Kulturwissenschaftler hielten das schon länger für einen anfangs zwar notwendigen, dann aber immer schädlicheren Rückgriff auf vormoderne Kooperations- und Abhängigkeitsformen. Ähnliche Bindungen an den Betrieb hat es nach 1945 auch im Westen gegeben. Als Stammebelegschaften vorteilhaft waren, sind sie auch von der Unternehmenseite gefördert worden (etwa durch das umfangreiche Kulturwerk bei Siemens). Doch beide Seiten wollen das inzwischen längst nicht mehr. Arbeitnehmer wollen kein Deputat, auch kein kulturelles, sondern Geld (um selbst entscheiden zu können), Arbeitgebern vertrieb der schnelle Wechsel der Technologien die Lust auf anhängliche Stammebelegschaften.

Die Beschränkung individueller Entscheidungsmöglichkeiten ist übrigens ein Merkmal aller engeren Verbindungen des übrigen Lebens mit der Erwerbsarbeit. Das muß nicht als Bedrückung empfunden werden und kann sogar gesucht werden. Im Rückblick mögen solche Abhängigkeiten vielen Ostdeutschen fehlen. Und selbstverständlich verfügen sie über langjährig gebildete Erfahrungen, wie mit den für sie ungünstigen Seiten solcher Arbeitsge-

meinschaften umzugehen ist. Das dürfte sie ganz gut für Team-Arbeit und genossenschaftliches Zusammenwirken konditioniert haben. Sie finden leichter zu solchen genossenschaftlichen Formen, in denen Kapitalmangel durch gemeinsame Selbstausbeutung wettgemacht werden muß, wie auch zu jenen, die als gesinnungsgeleitete alternative Wirtschafts- und Lebensform betrieben werden. Allerdings wird in beiden Varianten die individuelle Zeitautonomie stark eingeschränkt.

### *Warum eigentlich arbeiten?*

Bevor gefragt wird, was in der neuen Situation nach 1990 hinsichtlich der Erwerbsarbeit politisch sinnvoll zu fordern wäre, sollten wir uns noch einmal selbst versichern, warum wir es tun und uns ganz simpel fragen: Warum wollen wir eigentlich arbeiten?

Die erste Antwort ist selbstverständlich ganz einfach: Wenn wir über keine anderen Ressourcen für unser Leben verfügen, müssen wir es. Das betreffe gleich uns alle anderen Nichtbesitzenden, wohl 95 Prozent der Weltbevölkerung, wenn sie denn überhaupt Gelegenheit zur Erwerbsarbeit hätten. Auch von den restlichen fünf Prozent, die es nicht nötig hätten, arbeiten viele intensiv oder irgendwie, weil es in den modernen Industriegesellschaften eine kulturelle Norm ist, der sich selbst megareiche Müßiggänger unterwerfen.

Bleiben wir bei denen, die durch ihre soziale Stellung zur Erwerbsarbeit gezwungen sind. Brauchen sie die Arbeit über den Broterwerb hinaus? Offenbar sind sie kulturell so trainiert. Das wird deutlich, wenn wir nachschauen, was mit ihnen geschieht, wenn sie die Arbeit verlieren und dem Erwerbszwang nicht nachkommen können. Schon die erste große (immer wieder zitierte und durch viele weitere Studien bekräftigte) Untersuchung über die Arbeitslosen von Marienthal (1933) von Marie Jahoda und Paul Lazarsfeld kam zu zwei Ergebnissen:

*Erstens* gibt es, wenn unfreiwillig Arbeitslose ihre Situation als bedrückend empfinden, so gut wie keine Chance, sie umzustimmen. Ihre Erwerbsarbeit hatte für sie Funktionen, die durch keine andere soziale Beziehung ersetzbar sind. Alle Angebote, aus der arbeitsfreien Situation etwas zu machen, sie als Chance zu sehen, werden ausgeschlagen. Die habituell ausgeprägte Arbeitsauffassung ist von Bestand und kann nicht ausgelöscht werden.

*Zweitens* hängt diese Unersetzbarkeit mit den bestätigenden Erfahrungen in der Arbeitssphäre zusammen. Marie Jahoda nannte 1984 fünf grundlegende Erlebnisse in der Arbeitswelt, die – ungeachtet aller spezifischen Arbeitserfahrungen – unsere Subjektivität so strukturiert haben, daß wir mit der neuen Situation nicht mehr zurechtkommen können.

*Erstens:* Mit industrieller Arbeit ist ein charakteristisches Zeit-Erlebnis verbunden, das unseren Lebensrhythmus dauerhaft prägt.

*Zweitens:* Arbeit erweitert den sozialen Horizont (über Familie, Freunde, Nachbarschaft), ermöglicht Wissen über die Welt.

*Drittens:* Arbeitsteilige Kooperation macht Zusammenhänge bewußt; ermöglicht die Erfahrung kollektiver Kraftsteigerung.

Politik ist die Kunst, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht.  
Paul Valéry (1871-1945)



*Viertens:* Arbeit bestimmt viele andere Lebenschancen, konstituiert die soziale Identität.

*Fünftens:* Erwerbsarbeit erzwingt »regelmäßige, systematische Tätigkeit, deren Zweck über persönliche Zwecke hinausgeht und den Arbeitenden an die soziale Realität bindet«.

Vielleicht kann weitgreifender behauptet werden, daß in unserer Gesellschaft die Arbeit das entscheidende Mittel gesicherter Teilhabe am allgemeinen Lebensstandard (das meint alle Seiten des Lebens!) ist. Ob Arbeit als ein »anthropologisches Grundbedürfnis« (also aller Menschen) anzusehen ist, dürfte fragwürdig bleiben. Für einen Kulturhistoriker steht es außer Zweifel, daß dieses Bedürfnis sozialisationsbedingt ist. Der Anteil derer, die Arbeit unbedingt brauchen, weil sie darin ihren Lebensinhalt sehen, ist unter den Deutschen relativ groß (vermuten mehrere Autoren, Zahlen gibt es nicht). Die meisten können dem Arbeitszwang nicht entkommen, Arbeit ist ihnen offenbar Bürde und Lebensgerüst zugleich – aber: eine Verkürzung der Arbeitszeit dürfte für sie kein unüberwindbares Problem sein.

*Rückgang der notwendigen Arbeit – was ist zu tun?*

»Die Menschen werden in Zukunft weniger Arbeit und mehr Zeit haben. Wenn der Übergang freilich halbwegs gelingen soll, erfordert dies eine große kulturelle und politische Leistung.« (Warnfried Dettling) Mit dem Rückgang des Bedarfs an lebendiger Arbeit entstand ein gesamtgesellschaftliches Steuerungsproblem, das von einer Wirtschaftspolitik, die voll und ganz auf die Regulierungskräfte des Marktes setzt, eher ignoriert wird: die Sicherung und die Ausweitung von Beschäftigung durch Erschließung neuer Arbeitsfelder. Das ist unerlässlich, weil bezahlte berufliche Tätigkeit – Erwerbsarbeit – für die Mehrzahl der Menschen in diesem Lande die Voraussetzung für ein Leben nach den hier üblichen kulturellen Normen ist.

Vollbeschäftigung ist ein ideales Ziel. Es dürfte nach heutiger Vorstellung von Erwerbsarbeit aus vielen Gründen (technologischer Fortschritt, Dynamik des Wirtschaftslebens usw.) nicht erreicht werden. Über die wirklichen Ursachen für ausgrenzende Erwerbslosigkeit kann gestritten werden, aber als gesichert gilt, daß sie allemal nicht individueller Natur sind und darum nur gesamtgesellschaftlich behoben werden können. Durch ein sofort wirksames Ausgleichssystem und durch eine weitergreifende Strukturpolitik.

Wir sehen diesen unmittelbar wirksamen sozialen Ausgleichsapparat – der vor hundert Jahren zur Sicherung des inneren sozialen Friedens entwickelt worden ist – in einer Krise. Er setzt ja die florierende Erwerbstätigkeit voraus, und gerade diese Bindung des sozialen Ausgleichs an die Arbeitsleistung ist fragwürdig geworden. Eine über Steuern finanzierte soziale Grundversorgung könnte angemessener und gerechter sein. Vielleicht verschwände dadurch auch ein Teil der entwürdigenden Bürokratie heutiger Sozialhilfe (aber dann sind dort Arbeitsplätze in Gefahr!).

Geht es um weitergreifende Strukturpolitik, so verlangt das Ziel Vollbeschäftigung zuerst die Erschließung neuer Beschäftigungs-

Geschichte und Erfahrung lehren, daß die Kräfte der Menschen und ganzer Geschlechter schwinden, wenn sie dahingebacht werden, zu glauben, es sorge jemand ohne ihr Zutun an Leib und Seele für sie.

Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827)

felder im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich. Das ist keine neue Erkenntnis, schon vor einem Jahrzehnt hat Bernd Guggenberger die in diese Richtung gehenden Befunde zusammengefaßt: »Die Arbeitsgesellschaft hält die falsche Arbeit fest. Sie hat die Natur zerstört und das Soziale enteignet. Statt, wie bisher, die Arbeitslosigkeit einfach zu finanzieren, sollten wir endlich neue, noch nicht marktfähige Arbeit – vor allem in Umwelt und Sozialwelt – erschließen.«

Welche vernachlässigten Gebiete es dabei gibt, muß hier nicht aufgelistet werden. Die Investitionen dafür sind sicher nicht gering zu veranschlagen, doch sie liegen weit unter denen in der Wirtschaft. Es heißt, in den trendbestimmenden High-Tech-Industrien koste ein konkurrenzfähiger Arbeitsplatz inzwischen eine Million DM an Sachkapital-Ausstattung. Er ist hochproduktiv und entwertet viele andere.

Alle gegen die jetzige Regierungspolitik gerichteten Reformprogramme enthalten recht plausible Vorschläge für neue Arbeit. Sie können auf eine Reihe von Vorteilen verweisen, die die neue Arbeit bietet. Sie sagen,

*erstens* wie wichtig es ist, die sozialen Gefährdungen von Langzeitarbeitslosen und anderer von völliger Ausgrenzung bedrohter Gruppen durch neuartige Arbeitsangebote abzuwenden,

*zweitens* daß auf diese Weise gleich zwei Probleme (Arbeitslosigkeit und vernachlässigte Kultur-, Umwelt- usw. Arbeit) zu lösen wären,

*drittens* wie vorteilhaft es ist, damit eher wachstumsneutrale Arbeitsfelder auszubauen,

*viertens* daß dies den überlasteten Kommunen Handlungsspielräume gibt,

*fünftens* daß damit ein Typus von Arbeit gefördert wird, der anschaulich dem Gemeinwesen und der Wohlfahrt aller dient und geeignet ist, soziale Bindungen zu fördern.

Zur Erschließung neuer Betätigungsfelder gehört es, auch die Sozialpolitik als eine Zeitpolitik zu begreifen und sich stärker in der Ausbildung zu engagieren, die Arbeitszeit also arbeitsbezogen zu verkürzen. Letztlich sind ja auch die heutigen Massenuniversitäten – wie die Bundeswehr – arbeitsmarktpolitische Maßnahmen großen Stils. Nützlich wäre der weitere Ausbau der Universitäten, die ja einen beträchtlichen Teil der ins Erwerbsleben drängenden Jugend erst einmal mit Bildungsarbeit beschäftigten. Ich kenne keine Bilanz, aber sehr wahrscheinlich ist es für die öffentliche Hand kostengünstig, lange Studienzeiten zu honorieren und ein lebenslanges Studieren zu propagieren, das von einigen Phasen der Erwerbsarbeit unterbrochen wird. Aber jenseits solcher noch unwahrscheinlichen Lösungen wissen wir, daß es zunächst viel elementarer darum geht, mehr Ausbildungsplätze für junge Leute zu schaffen; erlangen sie keinen, sind sie in eine lebenslange Armut abgeschoben. Im Osten betrifft das gegenwärtig ein Drittel des Jahrgangs. Doch sollte sich dabei niemand von der gängigen Vollbeschäftigungsrhetorik täuschen lassen. Erwerbsarbeit für alle dürfte es nur geben, wenn die zentrale Lebensfunktion gerade dieser Erwerbsarbeit relativiert wird. Für jeden einzelnen wird es zu



einer neuen Mischung der Lebensphasen Ausbildung, Arbeit und Ruhezeit kommen. Dieter Kramer meint, wir müßten uns von dem trennen, was die künftige »Elastizität der Lebensweisen« behindert.

Unstrittig ist also, daß sofort eine Umverteilung von Arbeit nötig ist, vor allem durch massive Arbeitszeitverkürzung. Dabei geht es im Kern vielleicht darum, Zeit und Geld konvertierbar zu machen. Und gerade dagegen wirken kulturelle Widerstände, vor allem der hohe Druck inzwischen selbstverständlich gewordener konsumtiver Bedürfnisse. Diese konsumtiven Gewohnheiten lassen viele Erwerbstätige den individuellen Wert eines Zeitgewinns deutlich geringer veranschlagen, als sie den damit wohl zwangsläufig verbundenen für sie hohen Verlust an Kaufkraft bewerten. Zu solcher Verlustpolitik möchte sich öffentlich kein Politiker so recht bekennen, doch der Tausch von Zeit gegen Geld ist wohl unumgänglich.

Damit soll nicht den gegenwärtigen Sparpaketen das Wort geredet werden. Denn selbstverständlich ist es nicht einleuchtend, warum die heute noch Erwerbstätigen die Reduzierung ihrer Arbeitszeit mit einer Kaufkraftsenkung bezahlen sollen. Solche Forderung kann schon angesichts wachsenden Reichtums auf der Kapitaleseite nicht einleuchten.

Die kulturell kritische Situation liegt darin, daß sich freie Zeiten zwar wachsender Wertschätzung erfreuen, deren forcierte Kommerzialisierung jedoch die Freizeit immer teurer werden ließ – und dafür muß eben viel gearbeitet werden. Wenn Politik diesem fatalen Aufschaukeln aus ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Erwägungen gegensteuern wollte, dann müßte sie solches Freizeitverhalten attraktiv machen, das diesem Verteuerungstrend nicht unterliegt. In der Diskussion ist da die Förderung von Aktivitäten, die es alle schon gibt, wenn teils auch erst im Ansatz. Davon möchte ich zum Abschluß einige nennen.

An erster Stelle steht wohl das, was vielfach ohnehin zuerst geschieht, wenn die gewohnte Zeit-Mittel-Relation sich verschiebt: die Suche nach einer sogenannten einkommenssubstitutiven Freizeitnutzung. Diese informelle Arbeit ist den Ostdeutschen ja als Notlösung (vielleicht nur vermeintliche?) gut bekannt: Bau-Instandhaltungs-, Reparatur- und Erweiterungsarbeiten in der Wohnung, in Haus und Garten, an Auto und Garage. Das könnte durch Steuervorteile und Subventionen stärker begünstigt werden und so zur Arbeitszeitverkürzung anreizen.

Was Ostdeutsche meist nicht wissen: der Umfang dieser Arbeiten nach der Arbeit war in den vergleichbaren Sozialmilieus des Westens nicht unbedingt geringer. Das liegt sicher auch daran, daß informelle Arbeit in einigen Arbeitermilieus eine lange Tradition hat. Im Osten ist mit dieser Schattenwirtschaft ökonomisch wohl gerechnet worden, doch sozialwissenschaftlich wurde sie nicht untersucht. Im Westen (Oldenburg in Oldenburg) hat Siebel vor zehn Jahren dazu einen Forschungsbericht vorgelegt. (»Versorgungsstrategien von Arbeiterhaushalten in städtischen und ländlichen Lebenssituationen – Empirische Untersuchung zur informellen Ökonomie«) Verblüffend daran war für mich, wie ähnlich die Formen und Bedingungen außerbetrieblicher Arbeit denen in der DDR waren:

Es gibt Wichtigeres im Leben, als beständig dessen Geschwindigkeit zu erhöhen.  
Mahatma Gandhi  
(1869-1948)

- der Rückgriff auf soziale Netze, vor allem auf diejenigen, die durch den Betrieb gestiftet sind; aber auch: Verwandtschaft, Nachbarschaft, Vereinsbeziehungen;
- die Nutzung der betrieblichen Ressourcen an Werkzeugen, Maschinen, Material, technischen Fertigkeiten und Informationen
- und der Betrieb ist selbstverständlich auch die Einkommensquelle, die alle diese Aktivitäten erst ermöglicht (von Hausbesitz bis Materialkosten).

Schwerlich kann man darum außerbetriebliche Eigenarbeit den Arbeitslosen zum Ausgleich empfehlen! Und diese letzte Bedingung (ein festes Einkommen) warnt auch davor, andere Arbeit dieser Art als Ansatzpunkt einer tragenden Alternativökonomie zu sehen. Aber alles dies bedacht, dürfte sie neben einer zeitlich eingeschränkten formellen Erwerbsarbeit an Umfang und Bedeutung zunehmen.

Abgesehen von den Einsprüchen der Handwerkskammern (aus wirtschaftlichen Gründen), ist auch die kulturelle Bewertung dieser meist handwerklichen Tätigkeiten strittig. Favorisiert man eine verfeinerte Arbeitsteilung, die Expertenkultur, den technologischen Fortschritt, die ökonomische Rationalität oder den Sieg der proletarischen Revolution, so ist diese Schattenarbeit nichts anderes als kleinbürgerliche Eigentumsbindung, Handwerkelei, Notlösung, kulturelle Rückständigkeit. (Der in diesem Kontext aufgekommene Slogan »Selbstentfaltung durch Selbermachen« ist recht euphemistisch und paßt dann auch auf eine Einladung des städtischen Kommunikationszentrums zur Weihnachtsbäckerei).

Es kann dabei aber auch an Fouriers Schmetterlingstrieb gedacht werden oder an Marxens Version vom Wechsel der Arbeit: nacheinander Baumeister, Fischer, Jäger und kritischer Kritiker zu sein. Es kann die sozial-kommunikative Funktion hervorgehoben werden, die ja bis zum formellen Leistungstausch getrieben werden kann.

Ein zweites, eng mit der handwerklichen Haus- und Hofarbeit verbundenes, ausdehnbares Betätigungsfeld ist das Leben in der Familie, mit den Partnern und den Kindern. Um im Jargon der Arbeitsgesellschaft zu bleiben: die Beziehungs- und Erziehungsarbeit. Oder: der von der Marxschen Theorie vernachlässigte Bereich der Lebensproduktion. In einer Zeit, da es Frauen schwerer geworden ist, sich im Berufsleben zu behaupten, wage ich es kaum, von einer Aufwertung dieses Teils unserer Lebenszeit zu sprechen, weil dahinter schnell sexistische Absichten vermutet werden könnten. Es kann selbstverständlich nicht darum gehen, den zwangsweise arbeitslosen Frauen nun die Schönheiten des Hausfrauendaseins zu preisen. Es geht um befriedigende und erfüllende Tätigkeiten für Frauen und Männer unter der Voraussetzung, daß für alle sich die Zeiten für Erwerbsarbeit verkürzen. Auch preise ich die Familie nicht, weil ich etwa glaube, daß sie geeignet wäre, die Schicksalsschläge der Risikogesellschaft abzufangen. Darum müssen alle Vorstöße zu solchen neuen/alten Tätigkeitsfeldern mit den rechtlichen, finanziellen und anderen Absicherungen solcher Rückzüge aus dem Erwerbsleben beginnen und dürften auf keinen Fall bei ihrer moralischen Aufwertung stehen bleiben.

Die Freiheit ist ein Luxus,  
den sich nicht jedermann  
gestatten kann.  
Otto von Bismarck  
(1815-1898)

Für den dritten Bereich jenseits der Erwerbsarbeit muß das auch gelten – für die Ehrenämter. In der DDR waren ja etliche bezahlte Tätigkeiten ihrer Natur nach ganz oder teilweise das, was damals gesellschaftliche Arbeit hieß; bornierte Kritiker des Realsozialismus nennen das heute eine »verdeckte Arbeitslosigkeit« und können darin Zukunftsweisendes nicht einmal vermuten. Gegenwärtig sind im Osten wie im Westen ähnlich viele Menschen in Vereinen, Organisationen und freien Initiativen tätig und leisten dort wichtige Arbeiten, obwohl das alles selbstverständlich zu den Freizeitaktivitäten gezählt werden muß.

Häufig sind gerade diese Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit für den einzelnen bedeutsam. Sie geben ihm öffentliches Ansehen, ermöglichen soziale Kontakte, verlangen nicht nur eine entsprechende Kompetenz, sondern auch eine kontinuierliche Bindung und – was vielleicht am wichtigsten ist – hier kann der einzelne in freier Wahl etwas Unverwechselbares leisten und sein. Solche Aktivitäten sollten gleichfalls als neue Arbeitsform verstanden und entsprechend honoriert werden. Im Zusammenhang mit dem Bürgergeld wird das ja diskutiert, mehrere PolitikerInnen haben dafür Rentenansprüche gefordert.

Viertens und letztens die Kultur. Hier aber droht mein Bericht auszufern, weil es mich selbstverständlich dazu drängt, von den Segnungen aller Arten von Kulturarbeit zu schwärmen, zu denen die Verminderung der Erwerbsbelastungen uns Gelegenheit bieten würde. Das wäre für den hier versammelten Kreis jedoch nichts Neues, und so möchte ich nur meine Verwunderung über eine geradezu gegenläufige und kontraproduktive Politik ausdrücken, die allenthalben an der Kultur sparen will. Auf die Krise der Erwerbsarbeit wäre doch mit einer schnellen und starken Erhöhung der Kulturausgaben zu reagieren. Ich meine damit nicht, daß die sogenannten Highlights der Elitenkultur unbedingt mehr Unterstützung brauchen. Eher wäre das vielgestaltige Korps jener zu vergrößern, das uns zum spielerischen Genuß der frei gewordenen Zeit animieren können und uns in neue Gemeinschaftsbeziehungen einzubinden vermögen. Das ist eine schwierige Kunst, sie verlangt hohe Professionalität des einzelnen und ist nur als Gesamtwirkung eines reich differenzierten Kulturlebens denkbar. Wie wir aus der Statistik wissen, ist das von allen Humandienstleistungen die billigste, was da heute im Durchschnitt verdient wird, liegt noch unter der gerade diskutierten sozialen Mindestversorgung.

Leben – es gibt nichts  
Selteneres auf der Welt.  
Die meisten Menschen  
existieren, weiter nichts.  
Oscar Wilde (1854-1900)

#### *Versuch eines Resümées mit Ausblick*

Ich will ein Resümee versuchen: Was also wäre zu tun, um neue Arbeit zu schaffen und neues Arbeitsdenken anzuregen? *Erstens* wäre das Arbeitsvermögen auf dringend zu erledigende soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben zu lenken. *Zweitens* muß die Ausbildung für alle gesichert werden; die Bildungszeiten wären zu verlängern. *Drittens* sollten soziales Engagement und die Ehrenämter gefördert werden. *Viertens* sind Arbeit und Zeit umzuverteilen, und es müßte auch die Zeit zur Leistungsverrechnung herangezogen werden. *Fünftens* sollten mehr Zeit-Räume jenseits von Fremdbestimmung und Verwertungszwang geschaffen werden

– Gelegenheiten für Müßiggang und Spiel, für soziales Engagement und nützliches Tun. Und *sechstens* schließlich müßten wir alle selber umlernen. Wissenschaftler gehören meist zu den freiwilligen Vielarbeitern, und schon darum liegt es mir fern, die Arbeits-Hochleistung in Frage zu stellen. Dennoch sollten wir häufiger jenseits davon Muße erproben. Unserer Skepsis, ob dies denn zusammenpasse, steht eine kulturgeschichtliche Erfahrung entgegen. Überall dort, wo Menschen ihr Leben selbst in Regie nehmen konnten, haben sie sich überwiegend für einen wechselnden Rhythmus entschieden. Sie ließen auf Phasen harter Anstrengung, von Hochleistung und strenger Zeitökonomie dann Zeiten süßen Nichtstuns, passiven Genießens und entlastenden Spiels folgen.

Ob wir dazu schon fähig sind? Ein Kriterium der Selbstprüfung könnte sein, wie wir uns zu jenen verhalten, die – aus welchen Gründen immer – sich nicht mehr in die Leistungsgesellschaft integrieren wollen oder können. Selten sind sie freiwillig in die Lage von Stadtstreichern, Obdachlosen, Nichtseßhaften geraten, aber: Sie wollen keinen Arbeitsplatz beanspruchen, widerstehen den Konsumzwängen, wollen von wechselnden Moden nichts wissen und zwingen uns durch ihr demonstratives Aussteigen, über den Sinn von Arbeitsethos und Konsumgier nachzudenken. Wir sehen sie schnell als bedauernswerte Opfer des unmenschlichen kapitalistischen Systems. Dabei übersehen wir leicht, daß wir in diesem Urteil mit den Protagonisten dieser Gesellschafts-Unordnung durchaus übereinstimmen: Diese Menschen passen in die konsumorientierte Leistungsgesellschaft ebensowenig hinein, wie die Autonomen und die Fixer von ihr akzeptiert werden können. Gerade die Ostdeutschen begegnen solchen Elendsgestalten mit Angst und Abscheu, symbolisieren sie doch die Gefahren ihrer neuen Lebenssituation. Diese kulturelle Distanzierung ist durchaus verständlich. Fragt aber ein Kulturforum danach, ob und wie ein Leben ohne Arbeit möglich wäre, sollte auch an die kulturelle Tradition der Verweigerer, Anarchisten, Vagabunden, Wanderprediger, Arbeits- und Obdachlosen erinnert werden. Rechte wie linke Saubermänner denken über sie ganz ähnlich, schon die eher harmlosen Wagenburgler wurden mit dem Hinweis verjagt, sie machten sich auf Kosten der Steuerzahler ein buntes Leben und stellten überdies eine Gefahr dar! Hausbesetzer werden rausgeschmissen, weil eine deutsche Hauptstadt nur von Menschen bewohnt werden darf, die tüchtig, leistungsbereit, ordnungsliebend und sauber sind.

Aber müßte zeitgemäße Arbeitsmarktpolitik nicht umgekehrt alle realen und symbolischen Formen von Leistungs- und Konsumverweigerung öffentlich honorieren? Sollten die Stadtverwaltungen nicht vor allen Bürokratenpalästen, Banken und Konsumtempeln der Stadt beheizte Bänke und Buffets für Stadtstreicher und andere Verweigerer aufstellen – als einladende Geste, als ständige Mahnung für uns und meinetwegen auch zum Ruhme des Sozialstaats?

Allerdings dürften solche Signale kaum ausreichen, geht es doch um ein neues Kulturverständnis, in dem die Lebenschancen ausgedrückt werden, die wir der enormen Produktivitätssteigerung verdanken. Aber eine neue Lebenskultur bildet sich erst in den tatsächlichen Wandlungen der Lebensweise, bei Förderung lokaler

Arbeit ist eines der Verfahren, durch die A dem B Eigentum erwirbt.  
Ambrose Bierce  
(1842-1914)

Ökonomien, mit neuen Formen der Arbeitsteilung und des Leistungsaustauschs, durch Erneuerung der Demokratie von unten, durch fürsorgliche Kommunen, die Bürgerengagement sinnvoll werden lassen und die Wiederaneignung des Sozialen wie der Kultur zulassen.

Die Trends laufen in die Gegenrichtung. Die Wirtschaft scheint sich wenig um die Bedürfnisse des Volkes zu scheren. Vergeblich mahnen Politiker die Sozialpflichtigkeit des Kapitals an. Die Neoliberalen geben den Ton an und wollen ohne Rücksicht ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen. Vielleicht ist es auf die Dauer nicht sehr erfolgreich, dagegen die alten Formen des Sozialstaats bewahren zu wollen. Vielleicht muß mit einer »Politik der Lebensführung« (Anthony Giddens) geantwortet werden, die damit rechnet, daß immer weniger Menschen die überkommenen und scheinbar festen Institutionen einfach akzeptieren und immer mehr sich sozial reflexiv verhalten, überlegen, auswählen, mitwirken wollen und sich nicht einfach unterordnen.

Für solchen Lebenswandel bringen die arbeitsamen, ordnungsliebenden und auf Sicherheit bedachten Ostdeutschen vielleicht sogar einige günstige Eigenschaften mit. Neben ihren aktuellen Erfahrungen mit der Vorläufigkeit scheinbar fester Institutionen, könnten das ihre solidarische Grundhaltung und ihr basisdemokratisches Reformdenken sein. Und hatte nicht das breite Spektrum sozialer und kultureller Zuwendungen in der DDR auch den Zusammenhang von Leistung und Anspruch mitunter etwas verwischt? Können sie darum die heutige Gesellschaft nur schwer als ein Profitsystem verstehen? Hätten sie sie darum lieber als eine soziale und kulturelle Gemeinschaft? Es bleibt abzuwarten, ob sie das eher untüchtig im Lebenskampf macht oder ob es schneller die Balance finden läßt zwischen individueller Autonomie und gegenseitiger Abhängigkeit, ob sie die eigene Emanzipation und die Verantwortung für andere leichter in ein ausgewogenes Verhältnis bringen werden.

KARL BIRKHÖLZER, JUDITH DELLHEIM,  
ANNETTE FLADE, RAINER LAND,  
MILANA MÜLLER, MATTHIAS PRIL  
Diskussion I »Hans im Glück«

Ein Typ Industriegesellschaft ist in die Krise geraten. Die Polarisierung von Reichtum und Armut schreitet voran. Sozialökonomische Differenzierungsprozesse sind verbunden mit Deindustrialisierung sowie Zerstörung ökonomischer und natürlicher Ressourcen. Sie führen zur Reproduktionsunfähigkeit des Ortes. Fragen der Selbsthilfe Betroffener, der Restrukturierung von Krisenregionen, der Wiederherstellung funktionierender Wirtschafts- und Sozialbeziehungen am Ort und in der Region sind aufgeworfen. Damit verbinden sich Fragen der Veränderung der herrschenden Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise.

Eine Konzentration auf die vorhandenen Ressourcen ist zwingend notwendig. »Local work for local people – using local resources« heißt die Herausforderung. Vereinfacht gesagt: Die Menschen in den vom Weltmarkt vergessenen Regionen sollen ihres eigenen Glückes Schmied werden.

Ob und wie das zu machen ist, darüber diskutierte *Judith Dellheim* mit *Karl Birkhölzer*, Sozialwissenschaftler und Sprecher der Interdisziplinären Forschungsgruppe Lokale Ökonomie an der TU Berlin, *Milana Müller*, Chemikerin und in der Umweltbildung in der Ökohofkommune Tharandt tätig, *Matthias Pril* vom Ginsterhof in Brandenburg, der Potsdamer Ausländerseelsorgerin *Annette Flade* und dem Berliner Ökonomen *Rainer Land*. Die Überschrift lautete: »Hans im Glück«

JUDITH DELLHEIM: Sich in der Krise eine Chance suchen und schaffen, kann man so lokale Ökonomie verstehen, Karl Birkhölzer?

KARL BIRKHÖLZER: Wir erleben heute einen Konzentrationsprozeß von Kapital und Ressourcen in immer enger werdenden Räumen, die dort immer weiter wachsen. Aber gleichzeitig erfolgt ein Entleerungsprozeß aus anderen Räumen. Ressourcen werden von einem Raum in einen anderen geschafft. Eine Entwicklung, die wir im Verhältnis Nord/Süd oder Erste Welt/Dritte Welt schon länger kennen, und die inzwischen die Industriestaaten eingeholt hat, die sich nun unmittelbar vor unseren Augen vollzieht. Die großen Städte in Europa, und zwar alle – auch Berlin –, zeichnen sich durch eine innerstädtische Differenzierung aus, in der es kleine Wohlstandsinseln gibt, kapitalorientierte Zentren und drum herum mehr oder weniger große Krisengebiete. Das ist in dem Sinne eine neue historische Situation.

Eine gespaltene ökonomische Entwicklung bedeutet ebenfalls, daß die allgemeinen politischen Konzepte, die darauf ausgerichtet sind, weiteres wirtschaftliches Wachstum zu betreiben, diesen Krisenregionen nicht helfen. Im Gegenteil, sie helfen die Krise zu verschärfen. Das ist ein europaweiter Prozeß. Da es in Europa Krisenregionen schon seit längerer Zeit gibt, zum Beispiel an seinen Rändern in Irland, Schottland, Italien oder Frankreich, haben sich in diesen Regionen auch Gegenbewegungen gebildet.

Gegenbewegungen, die auf ökonomische Selbsthilfe setzen, weil Hilfe anderswo nicht herkommt. Aus diesen Bewegungen heraus ist das entstanden, was wir heute lokale Ökonomien nennen.

JUDITH DELLHEIM: Was ist lokale Ökonomie konkret?

KARL BIRKHÖLZER: Sie ist zunächst einmal eine Praxis. Eine Praxis von Gemeinden, von Individuen, von Menschengruppen, die sich selbst helfen und die diese Selbsthilfe auf ihre lokale Entwicklung, auf den Ort, an dem sie leben, beziehen. Sie ist über diese Praxis hinaus inzwischen eine soziale Bewegung für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung, die sich auch europaweit eigene Institutionen, Verbände und Zusammenschlüsse schafft. Unter anderem ein europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung, das inzwischen in fast allen Ländern Europas verbreitet ist und solche Gruppen und Initiativen zusammenfaßt. Das Netzwerk ist aber nicht das einzige. Es gibt darüber hinaus eine Fülle anderer, ähnlicher Initiativen.

Noch einmal zusammengefaßt: Lokale Ökonomie ist

1. eine Praxis
2. eine soziale Bewegung
3. inzwischen eine wissenschaftliche Disziplin geworden. Das heißt, irgendwann haben Betroffene, zu denen auch ich gehört habe, angefangen, diese Dinge wissenschaftlich zu betrachten. Und sie ist
4. über diese wissenschaftliche Disziplin hinaus so etwas geworden wie eine Theorie – ein neuer Entwurf für eine neue Ökonomie. Eine Ökonomie, die nicht von sich behauptet, daß sie die gesamten Probleme der Welt lösen will. Sie ist zunächst einmal eine Theorie für den Wiederaufbau und die Rekonstruktion von solchen Krisengebieten, und zwar im wesentlichen aus eigener Kraft, weil Hilfe anderswoher nicht kommt.

Das beste Beispiel dafür ist die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern. Ich hatte 1990 Gelegenheit, vor Kommunalpolitikern im Bauhaus Dessau über die möglichen Szenarien einer wirtschaftlichen Entwicklung im Osten Deutschlands zu reden. Das war damals noch weitgehend Vorausschau. Im Nachhinein betrachtet, kann man sagen, daß das im wesentlichen so eingetroffen ist.

Es gab vier Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung. Das eine war der »Umbau von oben« durch die Treuhänder. Im Grunde genommen war er eine Fortsetzung der alten DDR-Ökonomie unter westlichem Vorzeichen. Nämlich ein zentralistischer Umbau von oben, der entsprechend dem historischen Vorbild schiefge-

Die Fähigkeit zur sozialen Kooperation in der Reproduktion des eigenen Lebens, die restlos an die Kapitalmaschine vergeben worden ist, gilt es zurückzuerobern: Selbstbestimmte sinnvolle Tätigkeit statt kapitalistische »Arbeit«, Verwandlung der mikroelektronischen Produktivkräfte in Muße statt in Konkurrenzhetze und »Arbeitslosigkeit«, autonome Selbstverwaltung statt Staatsapparat, bewußte Selbstverständigung der Produzenten statt subjektlose »Marktgesetze«. Diese Träume sind neu zu gewinnen gegen die bleiernde Traumlosigkeit des untergehenden politischen Zeitalters. Robert Kurz, freier Publizist, im »Freitag« 16/97



gangen ist: Es fand eine Konzentration wirtschaftlicher Restbestände in einigen Räumen statt, in den übrigen Räumen flächen-deckende Deindustrialisierung.

Zweites Szenario, das heute noch fast überall gültig ist: Die Hoffnung auf »Investition von außen«. Das heißt der Versuch, irgendeinen berühmten Investor anzulocken und ihn zu verleiten, daß er an einem bestimmten Standort irgend etwas macht und damit Arbeitsplätze schafft. Es war absehbar, daß dieses Konzept scheitern mußte, und zwar deshalb, weil es eigentlich nichts zu investieren gibt. Die Vorstellung von der Ansiedlung von Investoren setzt voraus, daß es dort ständig expandierende Märkte geben würde, die man nur zu bedienen braucht. Aber wir wissen natürlich aus der Ökonomie, daß die Sache ganz anders läuft: Immer kleinere Einheiten mit immer größerer Kapitalkonzentration sind in der Lage, immer größere Mengen von Produkten zu erzeugen und damit ganze Märkte zu beliefern. Insofern war historisch gesehen klar, daß die westdeutsche Industrie in der Lage sein würde, den gesamten ostdeutschen Markt allein zu bedienen. Es gab bereits 1989 unausgelastete Kapazitäten. Insofern hat die westdeutsche Industrie einfach nur die Chance ergriffen, ihre Kapazitäten auszulasten und die Konkurrenz vom Markt zu fegen. »Hoffnung auf Investitionen von außen war und ist ein zum Scheitern verurteiltes Konzept.

Das dritte Szenario hieß »passive Sanierung«. Das heißt, man macht nichts und überläßt den Prozeß sich selbst. Das Ergebnis ist, daß die Menschen aus dem Gebiet wegziehen, weil sie am Ort nicht mehr leben können. Auch das ist massenhaft passiert und geschieht noch immer.

Dann gibt es das vierte Szenario, das der »denkbaren und möglichen eigenständigen Entwicklung von unten aus eigenen Kräften«. Wir haben dieses Szenario anhand von Beispielen aus Westeuropa vorgestellt, aber es erwies sich bedauerlicherweise in den meisten Fällen als nicht interessant oder attraktiv genug. Es ist in nur ganz wenigen Fällen wirklich aufgegriffen worden in den neuen Ländern. Eines dieser Beispiele ist die Gemeinde Wulkow in der Nähe von Frankfurt/Oder. Das ist ein erfolgreiches Beispiel, der eine oder andere wird es kennen, das belegt, daß dieser Weg wirklich machbar und gangbar ist. Aber man muß bedauerlicherweise sagen, daß es offensichtlich zu fremd oder zu weit weg schien, um es in größerem Umfang aufzugreifen. Die Mehrheit der Kommunen hat es nicht getan. Das heißt, wir stehen immer wieder und immer noch an demselben Punkt.

JUDITH DELLHEIM: Wie kann man dieses vierte Szenario nun vielleicht für die Zukunft zum Leben bringen?

KARL BIRKHÖLZER: Grundsätzlich gibt es fünf Kriterien, in denen ein Umdenken stattfinden müßte, ein Perspektivwechsel, um sich überhaupt einem solchen Entwicklungspfad zu nähern.

Der erste Punkt ist, daß der Begriff Ökonomie, der eigentlich Wirtschaft heißt, neu gedacht und begriffen werden muß. Es ist bedauerlicherweise so, daß alle Dinge, die mit der Reproduktion zu

Muße und Wohleben sind unerläßliche Voraussetzungen aller Kultur.  
Max Frisch (1911-1991)



tun haben, mit der Reproduktion von Menschen, der Umwelt, der Kultur, aus unserem Denken, aus dem Wirtschaftsbegriff vollkommen verschwunden sind. Wirtschaft scheint eine Produktionsmaschine zu sein, eine unendliche Produktion und Anhäufung von Gütern und Dienstleistungen, aber die Reproduktion der Produktionsgrundlagen selbst ist völlig aus dem Blickfeld geraten. Genau hier ist eigentlich unser Ansatzpunkt – im Bereich der Reproduktion. Es muß wieder ins Bewußtsein kommen, daß Ökonomie etwas Umfassenderes ist als reine Geldwirtschaft und daß der Begriff Arbeit bekanntlich einen Doppelcharakter hat. Daß er nicht nur Lohnarbeit, sondern auch immer konkret nützliche Tätigkeit gewesen ist.

Das zweite Kriterium betrifft die Frage der Investitionen. Wir haben uns in der Ökonomie angewöhnt, unter Investitionen ausschließlich die Investition von Geld oder Kapital zu verstehen. In Zeiten, in denen eben Geld und Kapital knapp sind, ist es sinnlos, danach zu rufen. Bleibt die Frage, was hätten wir statt dessen zu investieren? Da kommen wir natürlich auf den ungeheuren Reichtum an Arbeit. Irgendwie haben wir vergessen, daß wirtschaftlicher Erfolg aus Arbeit kommt, und daß die Nichtbeschäftigung von Arbeit wirtschaftlich gesehen das Dümme ist, was man tun kann. Das heißt, wir haben genügend Arbeit zur Verfügung, qualifizierte Arbeit mit Fähigkeiten und Kenntnissen.

Der dritte Punkt hängt mit dem zweiten zusammen: Wir haben uns angewöhnt, Arbeitslosigkeit zu finanzieren, haben dafür soziale Sicherungssysteme. Bei den Größenordnungen, die die Arbeitslosigkeit zur Zeit annimmt, ist es jedoch absehbar, wann auch der stärkste Sozialstaat nicht mehr in der Lage sein wird, die Kosten der Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das heißt, der Staat geht eigentlich an den Kosten der Arbeitslosigkeit zugrunde.

In der Öffentlichkeit wird jedoch das Gegenteil behauptet: Wir könnten Arbeit nicht finanzieren. Man müßte genau diesen Satz auf den Kopf stellen: Wir können Arbeitslosigkeit nicht finanzieren, muß es heißen. Unsere eigentliche Aufgabe besteht darin, daß die ja vorhandene Arbeit, die sich anbietet, so bezahlt, so finanziert werden kann, daß sie getan wird. An Arbeit ist kein Mangel. Wenn wir insbesondere an den Bereich der Reproduktion denken, dort gibt es unendlich viel notwendige Arbeit, die nicht getan wird. Und wir haben auf der anderen Seite immer mehr Menschen, die nichts tun dürfen. Das ist ein absurder Zustand. Die Aufgabe der Wirtschaft oder der Wirtschaftswissenschaft heute müßte darin bestehen, diese beiden Dinge wieder zusammenzubringen: das Angebot an Arbeitskräften und die Nachfrage nach notwendiger Arbeit.

JUDITH DELLHEIM: Da kommt dann aber gleich die Frage nach der Finanzierbarkeit.

KARL BIRKHÖLZER: Das ist finanzierbar. Nur nicht zu gewissen Bedingungen, an die sich die klassische Ökonomie gewöhnt hat, wonach die gesellschaftlich notwendige Arbeit in aller Regel nicht profitabel zu vermarkten ist. Nichtsdestoweniger wäre es aber denkbar, diese Arbeit auf sozialer Ebene zu organisieren. Wir

müßten dazu nur eine neue Form von Unternehmenskultur entwickeln, die sich von traditionellen Formen des Unternehmertums unterscheidet und verabschiedet. Wir nennen das »soziales«, »nicht gewinnorientiertes Unternehmertum«, das es eigentlich längst gibt. Es ist derjenige Bereich, in dem Arbeit künftig organisiert und auch finanziert werden kann.

Der vierte Punkt betrifft die Orientierung auf die Märkte. Die bisherige Ökonomie orientiert sich am sogenannten Weltmarkt. An dem, was international auf den Märkten angeboten und vertrieben werden kann. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit findet aber hauptsächlich lokal statt. Sie befindet sich auf lokalen Märkten. Dort, wo überhaupt Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, ist nicht im Bereich der Weltökonomie – dort ist der Markt in der Tat verteilt –, die Märkte, die entwickelt und geschaffen werden können, liegen auf der lokalen und regionalen Ebene. Dort wären lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe zu rekonstruieren. In diesem Bereich ist das Schaffen von Arbeitsplätzen möglich.

Ein letztes Kriterium: die nachhaltige Entwicklung. Das ist ein neues Verständnis von Wirtschaften, das davon ausgeht, möglichst nicht mehr an Ressourcen zu verbrauchen, als reproduziert werden können. Also wiederum eine kreislaufförmige Wirtschaft, die am ehesten auf lokaler, regionaler Ebene zu verwirklichen ist. 1992 wurde dazu auf der Welt-Umweltkonferenz in Rio die Lokale Agenda 21 verabschiedet. Dennoch hat man oft das Gefühl, das Ganze ist nur plakativ. Es wird nur vor sich hergetragen und nicht wirklich in die Tat umgesetzt.

JUDITH DELLHEIM: Sind die Praktikerinnen und Praktiker mit diesen Ausführungen wissenschaftlicher Art einverstanden? Welche Erfahrungen, Annette Flade, gibt es aus lokaler Ökonomie und alternativer Lebensweise als Selbsthilfe und soziale Bewegung?

ANNETTE FLADE: Wir sind in Babelsberg eine Gruppe, die etwa seit 1983 über den gemeindegkirchlichen Rahmen hinaus zusammenarbeitet. Seit 1990 haben sich in unserem Stadtteil gravierende Veränderungen vollzogen. Wir Frauen haben das gespürt. Die ersten von uns wurden arbeitslos. Die ersten alleinerziehenden Frauen hatten plötzlich Schwierigkeiten, ihre Wohnung zu bezahlen. Das war die Praxis, von der Karl Birkhölzer sprach.

Aus der eigenen Betroffenheit heraus fragten wir uns selbst: Wollen wir dieser Entwicklung zusehen? Um uns herum veränderte sich das Leben, Wohnen und Arbeiten der Menschen im Stadtteil. Plötzlich tauchten Herren auf, die versuchten, den dort Wohnenden die alten Häuser für »'nen Appel und 'n Ei« abzukaufen. Sie versprachen, die Häuser schnell zu sanieren. Aber wir merkten schnell, daß diese dann nicht mehr für die Babelsberger sein würden, weil die Wohnungen dann nicht mehr bezahlbar sind. So beschlossen wir, eine Initiative zu gründen. Wir nannten sie »Leben, Wohnen und Arbeiten im Weberviertel«. Damals war es noch recht unkompliziert, sich über Arbeitsfördermaßnahmen auch die Finanzierung zu organisieren. Eine Gruppe von vier Frauen stellte das Projekt innerhalb eines Jahres konzeptionell und finanziell auf die Beine. Während dieser Zeit richteten wir einen Dritte-Welt-Laden ein auf ehrenamtlicher Basis. Wir gründeten die Initiative »Bosnienhilfe«. Das war deshalb wichtig, weil wir versuchen, über diese Aktivitäten Arbeitsplätze zu schaffen. Der Stadtteilverein »Förderkreis Böhmisches Dorf« wurde ins Leben gerufen, der auch den Babelsbergern über den kirchlichen Rahmen hinaus Möglichkeiten des Engagements bieten sollte.

Unser Ansatz war von Anfang an kleinteilig und sehr konkret, was die Menschen befähigt hat, selbst initiativ zu werden, ihre Ressourcen wieder zu entdecken. Mit Hilfe des Technologienetzwerkes nahmen wir Kontakt mit den Berlinern auf. Die halfen uns, eine Stadtteilanalyse durchzuführen, nach dem Verfahren »Planning for real«, das es in anderen europäischen Ländern schon seit Jahren gibt. Ein Vierteljahr lang gingen wir dann Woche für Woche auf die Straße mit einem Modell, das Babelsberger gebaut hatten. Wir fragten die Menschen: Was könnt ihr euch vorstellen, davon mit euren eigenen Möglichkeiten umzusetzen. Die Ergebnisse dieser Stadtteilanalyse von unten waren überwältigend. Daraus entstanden weitere Initiativen. Eine trägt den Namen »Behindertengerechtes Babelsberg«, in der wir versuchen, gemeinsam mit Rollstuhlfahrern den Stadtteil für alle Menschen zugänglich zu machen. Es gibt eine Tauschbörse – einen praktisch bargeldlosen Handel von Tätigkeit gegen Tätigkeit.

Inzwischen haben wir unseren Solidario-Laden – oder Dritte-Welt-Laden – so etabliert, daß wir dort eine erste Arbeitskraft beschäftigen können. Auch bei der Bosnienhilfe gibt es zwei ABM-Stellen. Und – das war der eigentliche Schwerpunkt über zwei Jahre hinweg – wir haben Frauen qualifiziert im Baubereich, speziell in der Lehmbauweise. Viele Häuser in Babelsberg, die vor 150 Jahren entstanden, sind in dieser Technik gebaut worden. Inzwischen hat diese Projektgruppe, die aus 21 Personen besteht, ein Haus der Kirchengemeinde rekonstruiert. Die Gemeinde hat dafür das Haus für soziale Initiativen zur Verfügung gestellt – mit einem 25jährigen Nutzungsvertrag. Vielleicht ist gerade das ein praktisches Beispiel dafür, was Karl Birkhölzer theoretisch umschrieben hat mit einem Zusammenführen unterschiedlicher Bedürfnisse und Ressourcen im lokalen Bereich.

Müller ist das Realität. Warum geht eine studierte Chemikerin, die in ihrem Beruf vielleicht Karriere hätte machen können, auf einen Ökohof?

MILANA MÜLLER: Weil sie ihrer Berufung nachgehen wollte, etwas zu tun, was ihr wichtig ist, anderen ökologische Bildung zu vermitteln. Wir haben vor vier Jahren in Tharandt nahe Dresden ein Haus gekauft für die Grüne Liga, in dem wir unseren Ökohof eingerichtet haben. Hier leben jetzt acht Leute, die das Projekt betreiben, in dem ein Bestandteil die Umweltbildung ist, der zweite: die Selbstversorgung. Wir haben acht Ziegen, drei Bienenvölker, bauen im Garten Obst und Gemüse an. In die Rekonstruktion des Hauses haben wir selbst sehr viel Arbeit reingesteckt und zahlen dementsprechend wenig Miete. Das ermöglicht uns ein recht billiges Leben. Das heißt, wir sind nicht gezwungen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, die unheimlich viel Geld bringt. Ich gehe zum Beispiel einen Tag in der Woche arbeiten, um Geld zu verdienen, bei den anderen ist das ähnlich. Dadurch sind wir in der Lage, mit weniger fremdbestimmter Arbeit zu leben, können uns den Tätigkeiten widmen, die uns wichtig sind und uns ebenfalls Spaß machen.

Das versuchen wir u. a. auch in der Umweltbildung zu vermitteln. Zu den Veranstaltungen kommen vor allem Schüler oder ganze Schulklassen. In diesem Jahr wollen wir zum Beispiel mit den Schülern Zukunftswerkstätten organisieren zu den Themen »andere Lebensformen« und »ökologische Lebensweise«.

Inzwischen suchen wir auch die Zusammenarbeit mit den Bewohnern Tharandts. Wir wollen einen regionalen Markt organisieren, wo Bauern der Umgebung ihre Produkte verkaufen, wo die Töpferin am Ort ihre Waren anbietet usw., also wo Leute, die am Ort etwas produzieren, das wiederum dort verkaufen können. Das ist bei den Bürgern von Tharandt auf großes Interesse gestoßen.

JUDITH DELLHEIM: Die Berufung über den Beruf zu stellen, die Vielfalt der Arbeit genießen, alternativ wohnen, leben, arbeiten, ist das auch die Vorstellung des Ginsterhofprojektes?

MATTHIAS PRIL: Ich komme aus Berlin, bin hier groß geworden, arbeite auch hier. Ich könnte es mir bequem machen, mich einordnen in die »Arbeitsgesellschaft«, nach dem Motto: Mit dem Ellenbogenprinzip könnte man sicherlich etwas erreichen. Aber das ist nicht das, was ich möchte. Ein Job, mit dem man sich nicht identifizieren kann, Arbeit nur als Mittel zum Gelderwerb, das ist nicht meine Sache. Ich denke, man muß Zukunft schaffen. Man muß Möglichkeiten suchen, die eine gewisse Zukunftsperspektive bieten. So kam ich zum Ginsterhofverein.

Der Verein hat seinen Sitz in der Niederlausitz, im einstigen Braunkohlentagebauggebiet, in dem nach der Wende viele Menschen ihre Arbeit verloren haben, die ihr Lebensinhalt war, der ihnen nun verloren gegangen ist. So hatten wir mit dem Verein die Idee, etwas zu schaffen, womit die Leute auch etwas anfangen können. Viele Dörfer stehen durch den Tagebau leer. Wir haben uns eines ausgesucht und wollen es revitalisieren. In diesem Dorf gibt

es einen Hof mit einer schönen Gastwirtschaft mit einem großen Tanzsaal, mit Scheunen und Wohnraum. Wir wollen dieses Dorf wiederbeleben in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht.

Ursprünglich wollten wir auch nur gemeinsam wohnen, arbeiten und leben mit einer Selbstversorgung, soweit wie möglich. Doch dann haben wir uns viele Häuser angeschaut, und die Idee wurde immer größer, so daß wir schließlich meinten, nicht mehr nur für uns leben zu wollen, sondern auch die Leute aus der Umgebung mit einzubeziehen. Wir eröffneten die Gastwirtschaft, machen dort ab und an Kinoveranstaltungen oder Musik und anderes mehr. Unser Problem ist jedoch die Eigentumsfrage. Der Hof gehört uns nicht. Wir möchten ihn privat kaufen, aber die verwaltende Gesellschaft spielt mit verdeckten Karten. Dazu wurde eine Spendenaktion ins Leben gerufen. Jeder, der unseren Hof unterstützen möchte, kann symbolisch einen Quadratmeter zum Preis von 18 DM kaufen. So kamen in etwa anderthalb Monaten 20.000 Mark zusammen. Das hat uns großen Mut gemacht, das Projekt weiterzuverfolgen.

JUDITH DELLHEIM: Sieht sich Karl Birkhölzer durch die hier dargestellten konkreten Erfahrungen in seiner wissenschaftlichen Auffassung bestätigt? Inwiefern sind diese Erfahrungen verallgemeinerungswürdig? Und – kann lokale Ökonomie Massenarbeitslosigkeit beseitigen?

KARL BIRKHÖLZER: Es gibt bei der wirtschaftlichen Entwicklung von Krisenregionen keine Alternative zur Selbsthilfe. Und wenn wir hier nur von kleineren Beispielen gehört haben, sollten wir uns nicht täuschen lassen, daß das nicht auch in größerem Stil gemacht wird und gemacht werden kann.

Es gibt jedoch einen Unterschied zwischen dem Konzept von Lebensgemeinschaften und der lokalen Ökonomie. Letztere geht vom Ort aus, mit all seinen Menschen, die dort wohnen. Lebensgemeinschaftskonzepte setzten immer voraus, daß man sich versteht, verträgt, und dann bildet sich irgendwo eine Landkommune. Das ist eine Möglichkeit. Nur die lokale Ökonomie sucht Lösungen für alle Menschen am Ort. Insofern steht der Ort im Mittelpunkt des ökonomischen Handelns. Und Orte sind mehr als Standorte. Sie haben wenigstens drei Dimensionen: eine soziale, d. h. sie sind der Lebensmittelpunkt einer ganz bestimmten Bevölkerung, die sich an diesem Ort reproduzieren will. Der Ort befindet sich in einer ganz bestimmten natürlichen Umgebung, das ist die ökologische Dimension. Und jeder Ort hat eine ganz bestimmte Geschichte, die kulturelle Dimension. Alle drei Dimensionen unterliegen der Reproduktionsaufgabe, die durch die lokale Ökonomie geleistet werden soll. Dennoch bedeutet ortsbezogene Entwicklung, daß jeder Ort seine eigene Lösung finden muß, aus den Bedingungen, die er bei sich vorfindet.

Dann müssen die Menschen des Ortes überhaupt erst mal mobilisiert werden. Normalerweise gehen sie davon aus, daß es nicht ihre Verantwortung ist, daß andere etwas tun müssen. Insofern ist es wichtig, Verfahren zu entwickeln, die die Menschen erreichen.

Unsere Leistungsgesellschaft ist nicht nur eine Gesellschaft, in der nur Leistung gilt, sondern eine, welche bestimmt, was Leistung ist und wer sie leisten darf.  
Gerhard Uhlenbruck  
(geb. 1929)

Da ist das Babelberger Modell eine sehr erfolgreiche Strategie.

Zur Frage, ist lokale Ökonomie Ansatzpunkt, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen? Natürlich nicht. Sie kann Massenarbeitslosigkeit hier und heute nicht mit einem Schlag aus der Welt schaffen. Es sind aber die vielen kleinen Dinge, die Arbeitsplätze schaffen. Denn viele kleine Baustände bringen letztlich mehr Arbeit als ein Großbetrieb. Nur ein Beispiel dazu: Im Berliner Wedding ist aufgrund einer Defizitanalyse, die wir in einem Straßenblock, der drei Straßenzüge umfaßt, gemacht haben, ein Arbeitsplatzpotential von etwa 240 Plätzen sichtbar geworden, die dort geschaffen werden könnten, nur zum Zwecke der Versorgung der örtlichen Bevölkerung. Das zeigt, was für ein Potential darin steckt.

Was sind die Felder, wo es viel zu tun gibt? Das sind der ganze Bereich Ernährung und Wohnen, dezentrale technische Systeme für Ver- und Entsorgung, für Energie und Verkehr, das sind gemeindenahere Dienstleistungen, soziale Dienstleistungen, das ist lokale Kultur, der ganze Bereich der Infrastruktur und letztlich ist das die ökologische Reparatur von Stadt und Gemeinden. Alle diese Dinge zusammen haben ein Arbeitsplatzpotential, was unsere gegenwärtig vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland ohne weiteres beschäftigen könnte.

RAINER LAND: Letzteres kann ich nur unterstreichen. Analysen, die wir zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland gemacht haben, besagen: Wenn ich eine Million Mark in ein Großprojekt stecke, werden dafür im Durchschnitt zehn Prozent der Arbeitsplätze weg-rationalisiert. Wenn ich aber eine Million in lokale und regionale Projekte stecken würde, würden dadurch Arbeitsplätze geschaffen.

Sicherlich ist es auch wichtig festzustellen, daß es zur Selbsthilfe keine Alternative gibt und von Markt und Staat nichts kommen wird und nichts erwartet werden sollte. Ich meine aber, es gibt Möglichkeiten, Wirtschaft und Märkte und auch Staat anders zu verfassen, als es jetzt der Fall ist, so daß eine selbsttragende Entwicklung solcher integrierter regionaler Projekte möglich wird.

Welche andere Verfassung von Wirtschaft und Staat brauchen wir, damit solche Entwicklungen beginnen können? Wir brauchen Strukturen, die die ökonomische Rationalität auf die Bereiche begrenzen, wo sie einen bestimmten Sinn haben, die auf der anderen Seite jenen Bereichen individueller und organisierter Eigenarbeit, unbezahlter Gemeinschaftsarbeit die entsprechenden Freiräume schaffen. Wir brauchen Strukturen, die verhindern, daß ökonomische Rationalität, Kapitalverwertung und Geld zunehmend auch diese Bereiche der Eigenarbeit okkupieren. Also: ökonomische Rationalität begrenzen und Raum für die lebensweltlichen Bereiche schaffen. Will man das erreichen, muß man neben anderen Dingen auch über die Idee eines Grundeinkommens für alle weiter diskutieren. Ein Grundeinkommen, was flexibel und disponierbar ist, wo ich eine bestimmte Zeit, in der ich ein Erwerbseinkommen habe, dieses Grundeinkommen ansparen kann, um dann auch mal über längere Zeit z.B. Projekte zu machen, für die ich nicht bezahlt werde, die mich aber interessieren.

Dazu gehört ebenfalls, die Rahmenbedingungen, die wirtschaftspolitischen Zielstellungen so zu verändern, daß auf solche regionalen Integrationen gesetzt wird, sowohl auf Einzelprojekte als auch auf die Integration in regionalen Verbänden, die dann besser und auf Dauer zu einer selbsttragenden Entwicklung kommen. Da gibt es Ansätze. Es gründen sich Regionalforen, sicherlich manchmal auch mit ganz großen Projekten, die fragwürdig sind, aber oft haben sie auch Raum für bestimmte kleinere Dinge, z.B. im Raum Halle-Leipzig, in Thüringen, ländliche Kerne in Mecklenburg-Vorpommern... Diese Entwicklungen müssen wir sehen, müssen fragen, was können wir fordern, ebenfalls von seiten der Politik, in dieser Richtung Wirtschaftsförderung zu betreiben.



# HANS-JOACHIM MAAZ, EDDA SEIFERT, WOLF WAGNER

## Diskussion II »Arbeit und Glück«

Kultur nicht nur als ein enges Ressort zu betrachten, sondern viele Themen, Bereiche und Sichtweisen zueinander in Beziehung setzen, Widersprüche erzeugen und produktiv werden lassen, war Anliegen des Kulturforums, dessen Überschrift »Leben ohne Arbeit?« zwangsläufig auch die Verbindung zwischen Glück/Zufriedenheit und Arbeit zutage förderte. Was hat Arbeit mit Glück zu tun? Braucht der Mensch Arbeit, um glücklich zu sein oder findet er sein Glück ganz woanders? *Edda Seifert*, kulturpolitische Sprecherin des PDS-Bundesvorstandes hatte sich dazu zwei kompetente Gesprächspartner aufs Podium geholt: *Prof. Wolf Wagner*, Politologe, Privatdozent an der FU Berlin und zur Zeit Professor für Sozialwesen an der Fachhochschule Erfurt sowie den Arzt *Dr. Hans-Joachim Maaz* vom Diakoniewerk in Halle.

EDDA SEIFERT: Über Arbeit haben wir in den anderen Runden schon sehr viel gehört. Deshalb meine erste Frage: Was ist Glück?

WOLF WAGNER: Es gibt in der Sozialwissenschaft eine sehr umfangreiche Forschung über Glück und Zufriedenheit. Glück und Zufriedenheit sind jedoch keinesfalls ein und dasselbe, wir müssen sie deshalb auseinanderhalten: Zufriedenheit entsteht immer aus einem Vergleich. Es ist auffällig, daß die Reicheren zufriedener als die Ärmeren sind. Aber sie sind nicht notwendigerweise glücklicher. Glück entsteht aus einem Selbstbezug, aus einem Bezug zu einer Tätigkeit, aus einem Bezug zu anderen Menschen. Das Wort Selbstwertgefühl, was wir so häufig in bezug auf Arbeit gebrauchen – hängt eng mit dem Vergleich zusammen und damit mit der Zufriedenheit.

Was macht dahingegen nun das Glück aus? Der Bulgare T. Michailow, der dazu umfangreiche Untersuchungen betrieben hat, definierte Glück als ein Gefühl von Hingabe an eine Tätigkeit, an eine Situation, in der man das Zeitgefühl verliert, in der man voll und ganz aufgeht, die Welt um sich herum vergißt. Er nannte diesen Zustand Flow, der immer dann eintritt, wenn man ihn nicht erwartet. Meistens jedoch nicht in der Freizeit und im Urlaub, sondern in der Regel in Arbeitssituationen. Und zwar dann, wenn man mit allem, was man hat, von einer Aufgabe gefordert ist. Die Aufgabe darf dabei nicht überfordern, aber es muß eine leichte Überforderung geben, so daß dem jeweiligen Menschen die Möglichkeit gegeben ist, all seine Kraft und sein Können für diese Aufgabe zu

Glücklich ist nicht, wer anderen so vorkommt, sondern wer sich selbst dafür hält.  
Seneca (4 v.Chr.-65 n.Chr.)

mobilisieren, praktisch in ihr aufzugehen. Wenn wir das als Grundlage für die Entstehung von Glück oder eines Glücksgefühls nehmen, dann steckt darin jedoch eine radikale Kritik am Arbeitsbegriff, wie er sich heute herausgebildet und bei Marx seine schlimmste und schärfste Zuspitzung erfahren hat, den die DDR übrigens auch voll so übernommen hat. Der heutige Arbeitsbegriff bezieht sich im wesentlichen auf den Markt, auf die Lohnarbeit, und auch hier wird noch ein Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Tätigkeit gemacht. Durch diese Verkürzung des Arbeitsbegriffs sind alle Tätigkeiten, die außerhalb des Marktes liegen – wie Kindererziehung zum Beispiel –, herausgefallen. Aber das sind gleichfalls Tätigkeiten, die ein Glücksgefühl auslösen können. Damit wird das Glück aus der Arbeit herausdefiniert. Entsprechende Untersuchungen in Westdeutschland belegen das: Fanden in den fünfziger Jahren noch 53 Prozent der Beschäftigten in Lohnarbeitssituationen die Möglichkeit, daß sie Arbeit erfüllt, sind es inzwischen nur noch 35 Prozent.

EDDA SEIFERT: Wenn ich Wolf Wagner richtig interpretiere, hat er eine ziemlich enge Beziehung zwischen Glück und Aufgabe – sprich Arbeit – hergestellt. Dr. Maaz, teilen Sie diese Verknüpfung oder gibt es für Sie andere Bereiche, in denen eher von Glück gesprochen wird?

HANS-JOACHIM MAAZ: In der Frage der Hingabe sehe ich einen Anknüpfungspunkt zu Prof. Wagner. Ich meine jedoch, Glückszustände haben kaum etwas mit äußeren Dingen zu tun. Es sei denn, man bezieht in äußere Dinge die menschlichen Beziehungen mit ein, also den anderen Menschen. Ich betone das so sehr, weil wir in einer Welt leben, die den Marktwert zum Maß aller Dinge erhoben hat und die Menschen immer wieder glauben, sie müßten mehr haben und erleben, sich nach außen orientieren, um glücklicher zu werden. Das, denke ich, ist absolut falsch, daraus kann der Mensch keinen Glückszustand gewinnen. Das ist eher ein innerer Vorgang, der etwas mit Grundbedürfnissen zu tun hat. Grundbedürfnisse können biologischer, psychologischer, sozialer oder spiritueller Natur sein, man kann sie nicht trennen. Und es geht darum, daß es dem Menschen in einer sozialen Welt möglich sein muß, diese Grundbedürfnisse zu leben, wahrzunehmen, zu erfüllen. Das auch tun zu können in der Beziehung zu anderen Menschen. Liebe ist beispielsweise ein Grundbedürfnis, das in zwei Richtungen geht: Ich möchte zum einen als Mensch geliebt werden und zum anderen lieben dürfen. Das heißt, ich brauche Menschen, die sich von mir lieben lassen, und ich brauche Menschen, die mich lieben. Wenn solche Grundbedürfnisse gut und regelmäßig erfüllt werden, werden sehr angenehme Zustände von Wohlgefühl und auch einer leibseeligen Entspannung erreicht, die der Mensch als Glückszustand erfährt.

Ein Bekannter sagte mir, er fühlte sich den gestrigen Tag und den Abend glücklich. Er habe ein solches Glücksgefühl noch nie in seinem Leben gehabt. Dabei war mir aufgefallen, daß er in diesen drei Tagen, wo wir zusammen waren, nicht ein Wort gesagt hatte.

Glück ist meistens nur ein Sammelname für Tüchtigkeit, Klugheit, Fleiß und Beharrlichkeit.  
Charles Kettering, amerikanischer Ingenieur und Erfinder (1876-1958)

Er erklärte es dann: Er habe die Erfahrung machen können, daß er da sein durfte, ohne dafür irgend etwas leisten, ohne dafür irgend etwas bringen zu müssen. Er wurde ausgehalten nur für sein Dasein, und das hätte ihn glücklich gemacht. Ich bringe dieses Beispiel, weil ich aus meiner Arbeit weiß, daß das überhaupt das grundlegendste Bedürfnis ist, das wir Menschen haben: Daß wir, wenn wir schon zum Leben gekommen sind, für nichts leben dürfen. Ich bin da, und es ist gut, daß ich da bin. Ich bin willkommen und werde dafür auch akzeptiert und geliebt, ohne daß ich irgend etwas dafür bringen muß, mich den gesellschaftlichen Normen unterordnen muß: Gehorsam, Unterordnung, Leistung, Perfektionismus. Sondern hier zählt nur die Daseinsberechtigung. Wenn die anerkannt wird, hat der Mensch eine wesentliche Grundlage auch für Glücksfähigkeit.

Diese Glücksfähigkeit kann aber verlorengehen, verschüttet werden. Das passiert vor allem, wenn Menschen in Not sind. Obwohl sie leiden, haben sie vor nichts mehr Angst als vor Liebe und vor Frieden. Dann sind Liebe und Frieden das Schlimmste, was ihnen passieren kann, weil sie sich dadurch in ihrem Inneren, in ihrer tief verletzten Seele getroffen fühlen. Es ist das, was sie immer haben wollten, aber nie bekommen haben, und wenn sie es jetzt plötzlich erleben sollen, können sie es nicht mehr aushalten. Dann fliehen sie davor, machen alles wieder kaputt. Das ist die Tragik, mit der wir Therapeuten es immer wieder zu tun haben. Sie müßten dann erst durch den Schmerz gehen, um am Ende wieder liebes-, lust- und glücksfähig zu sein. Das aber können sie nicht.

WOLF WAGNER: Das wird mir alles zu idyllisch. Es entspricht natürlich unserer Vorstellung, wenn wir geliebt werden und lieben können, wenn Wärme da ist, dann sei das Glück da. Das ist eine ungenaue Definition. Ich erkläre mir die Greuel des Nationalsozialismus nicht aus der mangelnden Wärme, sondern aus dem Harmoniegebot, also aus dem Gegenteil. In Deutschland steht kulturell die Harmonie in der Familie an oberster Stelle, werden Konflikte nicht ausgetragen. Gerade aus diesem Harmoniegebot in der deutschen Familie müssen notwendigerweise auftretende Haßgefühle – die immer auftreten, insbesondere bei einer depressiven Erziehung – auf Gruppen projiziert werden, die außerhalb der Harmonie definiert sind. Das sind dann die Juden, die Schwulen, die Zigeuner usw. Mit Wärme hat das alles nichts zu tun. Im Gegenteil. Gerade die Idyllisierung des Glücksgefühls auf Familie, Wärme und Harmonie ist die Grundlage für das Unheil.

Epikur sagte, das Wichtigste sei, daß man keine Ersatzvorstellung habe von einem lieben Gott, der gleichzeitig ein böser Gott ist, der dann all dies, was man jetzt tue, irgendwann bestraft oder belohnt, sondern das Leben ist als Leben an sich in sich abgeschlossen und dann ist Schluß. Also kann man fragen, was ist der Sinn des Lebens. Der Sinn des Lebens ist, es zu genießen. Was ist bei Epikur Genuß? Es ist nicht Prasserei, sondern es ist das vernünftige Umgehen mit dem Leben. Ein Leben zu führen, wo ich Aufgaben habe, die ich für sinnvoll erachte, die mich fordern, so daß ich Erfolg aber auch Mißerfolg erleben kann. Es ist also eben-

Die einfachsten Wahrheiten sind es gerade, auf die der Mensch immer erst am spätesten kommt.  
Ludwig A. Feuerbach  
(1804-1872)

falls wichtig, den Schmerz zu integrieren. Schmerz ist sehr wichtig, weil ich ohne Schmerz keine Schmerzlosigkeit genießen kann.

EDDA SEIFERT: Immer mehr Menschen sehen in der Arbeit ihren einzigen Lebensinhalt, arbeiten zwölf und mehr Stunden am Tag. Man nennt sie Workaholics. Ist Workaholismus etwas gesundes, normales oder ist es eine Sucht im Sinne von Krankheit?

HANS-JOACHIM MAAZ: Arbeitssucht ist schon nahezu typisch für unsere Gesellschaft. Arbeit wird zu einer Ersatzbefriedigung für den Mangel an Grundbefriedigung. Und im Grunde genommen gibt es keinen Unterschied zwischen einem Alkoholsüchtigen und einem Arbeitssüchtigen. Die Alkoholsüchtigen sterben laut Statistik im Durchschnitt 15 Jahre früher – an Leberversagen, die Arbeitssüchtigen ebenfalls – am Herzinfarkt. Die sozialen Beziehungen sind beim Alkoholkranken wie beim Arbeitssuchtkranken ähnlich zerrüttet.

Aber dennoch gibt es einen großen Unterschied: Der Alkoholkranke wird immer noch sozial diskriminiert, der Arbeitssüchtige wird hochdekoriert. Das heißt, die Gesellschaft befördert in einer gewissen Weise eine Pathologie menschlicher Entwicklung. Darum fällt es mir auch nicht schwer zu sagen: Wir leben in einer suchtstrukturierten Gesellschaft, die Suchtentwicklungen in vielen Bereichen fördert: Alkoholsucht, Arbeitssucht, Drogensucht, Konsumsucht,

Leistungssucht, Bausucht, Vergnügungssucht, Geltungssucht, Politiksucht, Lebenssucht, Forschungssucht, Objektivierungssucht usw. Und vieles davon funktioniert nur, weil tatsächlich die Mehrzahl der Menschen in der frühen Phase ihrer Entwicklung – also in der frühkindlichen – wenig wirklich liebevolle menschliche Beziehungen erlebt und darin auch Erfüllung gefunden haben. Da ist die Gefahr einer Ersatzorientierung groß: Wenn man innerlich diese Entspannung, dieses Wohlgefühl nicht finden kann, sucht man es außerhalb. Und so sind auch viele Kinder erzogen worden. Sie haben sich in frühen Zeiten daran orientieren müssen, was von ihnen erwartet wird, nicht an dem, was sie wirklich brauchten. Der Suchtkranke ist ein Mensch, der ewig sucht, was er äußerlich nicht finden kann, weil er es im Grunde genommen nur innerlich realisieren könnte.

EDDA SEIFERT: Die DDR war – wir haben das hier schon gesagt – eine Arbeitsgesellschaft. Weit über eine Million Menschen haben im Osten Deutschlands seit der Wende ihre Arbeit verloren, sind erwerbslos bzw. wurden in den Vorruhestand abgeschoben. Sie empfinden den Verlust der Arbeit als besonders schmerzlich. Wir haben das gesehen im Film über die Orwo-Frauen in Wolfen, die tagtäglich in Dunkelkammern Filme wickelten. Wie die Maulwürfe kamen sie wieder ans Tageslicht, bekamen schlechte Augen von der Arbeit. In den Gesprächen meinten sie, daß wirklich nicht alles Gold war, trotzdem trauerten sie ihrer Tätigkeit nach. Weil eben in diesen Dunkelkammern mehr als nur gearbeitet wurde: Man redete miteinander, berührte auch mal die Hand der Nachbarin, einfach, um zu spüren, da ist noch jemand. Das heißt, menschliche Beziehungen spielten eine wesentliche Rolle. Heute empfindet jeder zweite Berufstätige das Klima in den Betrieben kälter als früher.

HANS-JOACHIM MAAZ: Das Bild von den Arbeiterinnen in Wolfen ist ein tragisches, aber dennoch ist viel Wahres dran. Wenn ich es positiv sehe, war Arbeit zu DDR-Zeiten viel mehr als heute eine Gelegenheit, wo Menschen noch etwas anderes realisiert und transportiert haben. Heute ist Arbeit Job, Lohnarbeit, Geldverdienst, für manche auch Prestige. Aber zu DDR-Zeiten war sie eben auch beziehungsstiftend, sie hatte einen gemeinschaftlichen Aspekt. Deshalb ist jenen Menschen, die heute arbeitslos sind, viel mehr genommen worden als nur der Job, der Lohnverdienst. Es wurden ihnen menschliche Bezugs- und Erfüllungsmöglichkeiten genommen. Ohne die Sache glorifizieren zu wollen, vieles davon war auch eine Art Notgemeinschaft, aber daß Menschen sich auf diese Weise näher kommen, bleibt für mich ein hoher Wert. Heute sind die Menschen eher auf Distanz, weil sie natürlich jeden Kollegen als potentiellen oder realen Konkurrenten erleben müssen.

WOLF WAGNER: Während die DDR existierte, war ich als Marxist ein heftiger Kritiker der DDR, weil die den Marx so berücksichtigt hat, wie das Frankfurter Würstchen Frankfurt – eigentlich gar nicht. In den Jahren nach der DDR, als ich dort wohnte, mit sehr vielen Menschen geredet habe, die die DDR erlebt haben, kam ich zu dem Ergebnis, daß die DDR sehr viel mehr von Marx erfüllt hatte, als sie wollte. Sie war sozialistischer, aber gegen den Plan. Die Regierung wollte eigentlich nicht das, was Marx als Grundbedingung des Sozialismus nahm, nämlich Geld soweit wie möglich abschaffen. Aber weil die Lieferschwierigkeiten so ausgeprägt waren, hatte das Geld in freien Bereichen keinen Stellenwert als Wert. Es hatte sogar seinen Wert als Zirkulationsmittel verloren. Marx sagte, natürlich muß die Teilung der Arbeit zurückgefahren werden, weil sie die Grundlage der Entfremdung ist. Und natürlich wollte das die DDR-Führung nicht. Trotzdem ist die Arbeitsteilung in freien Bereichen im Verhältnis zum Kapitalismus unvergleichlich zurückgefahren worden. Jedes Kombinat mußte einen Großteil von Lieferungen und Dienstleistungen vorhalten, weil sie einfach gesamtgesellschaftlich nicht liefen. Und so war das auch mit der Arbeit. Weil in der DDR versucht worden ist, die Komplexität zu redu-

zieren, auch in der Gesellschaft, sind Beziehungsmöglichkeiten außerhalb der Arbeit reduziert worden. Es gab ja verhältnismäßig wenig Kreise, Vereine, und die waren sehr stark zentralisiert und kontrolliert. So daß Arbeit tatsächlich zu dem geworden ist, was Marx in seiner »Kritik des Gothaer Programms« geschrieben hat, zum ersten Lebensbedürfnis. Sie wurde nicht zuletzt auch zu einem angenehmen Aufenthaltsort. Aber sie wurde gleichzeitig das, was ich so radikal kritisiere, wovon Marxens Schwiegersohn Lafargue gesagt hat: Wenn die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis wird, was für eine schreckliche Gesellschaft.

HANS-JOACHIM MAAZ: Ich würde den Begriff Arbeit erweitern durch den Begriff Tätigkeit. Denn es ist die Summe von Tätigkeiten, die unser Leben ausmachen. Und es gibt sehr viele Tätigkeiten, die weit außerhalb des traditionell verstandenen Arbeitsbereiches liegen, die Grundlage von Glück sind. Wir leben jedoch in einer Gesellschaft, die Arbeit übermäßig hoch bewertet, Tätigkeit und Tätigsein dagegen gering schätzt. Daraus erwächst eine gravierende gesellschaftliche Fehlentwicklung, die den Menschen zwingt, mehr entfremdete Arbeit zu tun als tätig zu sein im Sinne von auch innerer, sozialer Entwicklung, soziale Beziehungen zu gestalten. Mutter sein, Vater sein, Kinder betreuen, erziehen usw. sind aber für eine Gesellschaft wesentliche Tätigkeiten, die ihren Wert, ihre Kultur entscheidend prägen.

WOLF WAGNER: Ein ehemaliger Freund von mir war Hausbesitzer in einer süddeutschen Universitätsstadt, bezog daraus monatlich 15.000 DM, wovon er wunderschön hätte leben können. Er fuhr über Jahre hinweg Woche für Woche nach Zürich, weil er seinen Freunden gegenüber deutlich machen wollte, er hat dort Arbeit. Natürlich arbeitete er dort nicht. Aber er mußte die Illusion erzeugen, daß er Arbeit hat. Er konnte mit dem Zustand des Nichtstuns, nicht arbeiten zu müssen, sondern tätig sein zu können, nicht leben. Diese Absurdität, da gebe ich Maaz vollkommen recht, ist die eigentliche Krankheit unserer Zeit.

EDDA SEIFERT: Es gibt die These: Der Mensch sei eine Energiesparmaschine, er bewege sich und mache nur soviel, wie nötig, zu überleben und zu gefallen. Stimmt das? Sind Menschen Energiesparmaschinen oder haben sie nicht eher ein Grundbedürfnis sich zu bewegen, tätig zu sein – fortgesetzt dann – zu arbeiten?

HANS JOACHIM MAAZ: Arbeit ist aus meiner Erkenntnis heraus kein Grundbedürfnis. Tätig sein schon. Der Mensch ist auch keine Energiesparmaschine, sondern eher ein Lebewesen, das in Schwingung ist, in Schwingung mit eigenen inneren Bedürfnissen und Kräften, Energien und in Resonanz oder Auseinandersetzung mit äußeren Angeboten von Verhältnissen. Das heißt, zum menschlichen Leben gehört auf jeden Fall die Auseinandersetzung zwischen seiner Existenz und der Existenz anderer Menschen und anderer Bedingungen. Die Analyse hat ursprünglich ebenfalls den Unterschied zwischen Lust- und Realitätsprinzip aufgemacht. Natürlich



strebt der Mensch auch nach einem Höchstmaß an Lusterfüllung, aber das Realitätsprinzip nötigt ihn immer wieder dazu, Unwohl- und Unlustzustände auszuhalten und zu ertragen.

Menschliches Leben, sowohl im Sinne von Gesundsein, Kranksein, als auch im Sinne sozialer, ökologischer Verträglichkeit oder Sinnhaftigkeit, kann man m. E. nur in dieser Schwingung begreifen, die möglichst ausgeglichen sein soll. Wobei es dann Zustände geben kann, in denen der Mensch mal aktiver oder mal passiver sein kann. Aber er muß in dieser Schwingung bleiben oder sie wiederherstellen: in sich, mit anderen Menschen und in einer Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die jedoch nur einen Pol bevorzugt – und in einer solchen leben wir – ist krank. Sie hat keine Überlebenschance.

EDDA SEIFERT: Was machen wir nun mit dieser Gesellschaft?

WOLF WAGNER: Da gibt es ja die Verelendungstheorie, die besagt, je schlechter es den Leuten geht, desto mehr lernen sie. Desto eher merken sie, so geht es nicht weiter, wir müssen etwas ändern. Leider ist dem nicht so. Ich halte es auch für einen Mythos, daß die DDR zusammengebrochen ist, weil es ihr immer schlechter ging. Es war gerade umgekehrt. Es war die Nachricht, daß in der Sowjetunion unter Gorbatschow ein anderes Modell entstanden ist, das zeigt, daß es anders geht. Es war die Hoffnung auf eine andere Lösung, die zu dieser Mobilisierung geführt hat.

Der ewige Prozeß nach unten führt zu Desorientierung, zu Individualisierung, zu Konkurrenz und Resignation. Aber er führt nicht zur Revolution, zu Veränderungen. Die Menschen sind – leider ist das so – unbegrenzt leidensfähig. Der Kapitalismus hat aber keinen Grund, aus sich selber heraus zusammenzubrechen. Er produziert aus sich selbst heraus laufend neue Anfangszustände.

HANS-JOACHIM MAAZ: Es gibt keine einfachen Lösungen, keine Rezepte, die man anwenden könnte, und wir würden dann in harmonischen oder paradiesischen Zuständen leben. Menschliches Leben ist konflikthaft, menschliches Leben ist Glück und Leid. Ich bin Therapeut, und ich würde die Tätigkeit aufgeben, wenn ich nicht mehr daran glauben würde, daß etwas bewegt werden kann. Ich habe Möglichkeiten, Entwicklungsschritte zu gehen, um aus diesen Abhängigkeiten herauszufinden. Für mich ist Therapie ein Weg, für andere Menschen sehe ich diesen auch. Der Versuch zu informieren, aufzuklären, zu provozieren, die Möglichkeit, damit Nachdenken in die Diskussion zu bringen. Therapie ist jedoch nicht der einzige Weg, es muß viele geben, und jeder muß sie für sich finden. Aus der Auseinandersetzung aber, die dann auch immer eine politische Auseinandersetzung ist, kommt kein Mensch heraus. Das ist dann die ethische Frage: Es kann niemand aus der Verantwortung entlassen werden, sich zu engagieren, dort wo er lebt und arbeitet oder nicht arbeitet.

Alle Lebewesen außer dem Menschen wissen, daß der Hauptzweck des Lebens darin besteht, es zu genießen.  
Samuel Butler (1835-1902)

HORST GROSCHOPP

## Keine Kultur ohne Dienstboten

Kulturpolitik gehört gegenwärtig zu den langweiligsten und karriereundienlichsten Beschäftigungen in Deutschland. Das liegt wesentlich daran, daß sich die Debatten über deren finanzielle, strukturelle und legitimatorische Krise auf die Verwaltungsbereiche Kunst, Wissenschaft und Schule beschränken, letzteres sogar in aller Regel ohne das Thema Religionsunterricht. Die Gegenstände des aktuellen Streits haben sich weitgehend von den Diskussionen über Werte und Ziele gesellschaftlichen Handelns gelöst. Als Kulturpolitik vor etwa hundert Jahren entstand, ging es noch um Perspektiven in Staat und Wirtschaft. Vorangetrieben wurde die immer stärkere Einengung auf Bildungs- und Kunstbereiche durch die Entgegensetzung von Kultur und Zivilisation und daran gebundene Weltanschauungskämpfe, aber auch durch bürokratische Arbeitsteilungen.

Zwei einflußreiche politische Konzepte beförderten diesen Vorgang: Da ist *erstens* die in den frühen Achtzigern des vorigen Jahrhunderts durch Heinrich von Treitschke ausgesprochene Warnung zu nennen, daß es »Keine Kultur ohne Dienstboten« geben könne. In seinen Vorlesungen an der Berliner Universität betonte er die Abhängigkeit wissenschaftlicher, künstlerischer und politischer Tätigkeit von dienstbaren Geistern, die alle niederen Arbeiten ausführen, damit die geistigen Eliten ihrem Schöpferum nachgehen können. Eine Demokratisierung der Kultur sei unmöglich – schon aus finanziellen Gründen.

*Zweitens* begann zu etwa der gleichen Zeit die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland und anderswo einen prinzipiellen Abwehrkampf gegen alle kulturellen Programme und Bewegungen zu führen, die mit hedonistischen Ideen des Rechts auf Faulheit im Proletariat Gehör zu finden hofften. Aus nachvollziehbaren Erwägungen huldigte die Arbeiterbewegung statt dessen einem protestantischen Arbeitsethos. Sie verweigerte sich genußsüchtigen und sinnenfreudigen Zumutungen. Paul Lafargue, der 1883 seine satirische Studie »Das Recht auf Faulheit« gegen das proletarische Laster der Arbeitssucht schrieb (deutsche Übersetzung 1891), kritisierte den Eigenwunsch der Arbeiter nach einem »Recht auf Arbeit«. Das sei ein Sich-Fügen in industriellen Zwang und in ungesunde Zeitrhythmen und zerstöre personalen Kontakt. Es sei ein Verhängnis für Arbeiter, den ihnen zugewiesenen sozialen Status zu akzeptieren. Die Sucht nach Arbeit treibe den Proleten in Erniedrigung und Raserei. Er solle lieber ein

Horst Groschopp – Jg. 1948,  
Kulturwissenschaftler,  
Berlin.

Gesetz fordern, »das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten«. Lafargue hielt einen Zustand für Kultur (Zitat), in dem Arbeiter den ganzen Tag »Zigaretten rauchend in der Sonne liegen«, statt um Arbeit zu betteln.

Wenn nun angesichts der hohen Zahl von Arbeitslosen und einer Debatte über das »Ende der Arbeitsgesellschaft« ausgerechnet an Lafargues Freizeitkonzept erinnert wird, scheint dies eine Apologie des gegenwärtigen Zustands zu sein nach dem Motto: Seid doch froh, daß ihr keine Arbeit habt, nutzt doch die freie Zeit für Bildung und Kultur. Doch zynisch hat dies der alte Freidenker nicht gemeint. Er wollte vielmehr mitteilen:

die Verhältnisse zwingen euch Arbeiter sowieso zur Suche nach einer Erwerbstätigkeit, da habt ihr keine andere Chance;

die Aneignung von Bildung und der Kunstgenuß sind an Muse gebunden, die müßt ihr euch erobern;

es sind auch die einfachen Vergnügen zu achten.

Vor allem war zu seiner Zeit noch gar keine Arbeiterfreizeit sichtbar, sie erschien als Utopie und Forderung. Logischerweise gab es auch keine Kulturindustrie, deren Produkte inzwischen ein anderes »Opium des Volkes« weitgehend ersetzt haben. »Amerikanisierungen« in den letzten 150 Jahren brachten das Religiöse in eine Situation, wie Peter Sloterdijk zugespitzt ausdrückt, in der es mehr und mehr »metaphysisches Vitamin, mentale Diät, Anti-depressivum und Herztonikum, Faktor einer umfassenden Selbstmedikation und Selbstmission« geworden ist – und im Rahmen anderer »Erlebnisse« funktioniert, die ebenfalls »Heiliges«, »Erbauendes« usw. bereitstellen: Independence day und Rostock gegen Schalke. Zudem sind heute die christlichen Moralisten keineswegs mehr so selbstverständlich auf der Seite von Thron und Kontor wie im 19. Jahrhundert. Wir leben in einer weitgehend säkularen Welt. Auch kämen die Kapitaleigner wohl nicht auf die Idee, gegen die modernen Opiate (um im Bild zu bleiben) zu wettern und statt dessen asketische Bildungsideale und moralische Erziehungsprogramme anwenden zu wollen: schließlich sollen wir das Zeug kaufen, für das sie Werbepausen brauchen.

Konzepte von Kulturarbeit, wie sie um 1900 in Deutschland vor dieser Entwicklung entstanden und sich in der DDR tradierten, gingen – vereinfacht ausgedrückt – von »volkspädagogischen«, »kollektiven« und »moralisierenden« Grundgedanken aus. Es scheint, das belegen die entsprechenden Debatten, viele Kulturleute der PDS trauern diesem Kulturverständnis nach. Sie sehen in der aktuellen Massengesellschaft Verluste gegenüber früheren höheren und hehren Zielen und trauern nicht dem individuellen Bedürfnis nach »Erlebnissen« und seien es solche – Lafargue einmal abgewandelt – Zigaretten rauchend vor der Glotze sitzen. Da ist selbst die katholische Kirche flotter, die mit »Tellux« eine eigene Produktionsfirma für so etwas besitzt (die übrigens gemeinsam mit der MDR-Tochter »Drefa« das ganze Kulturerbe der DEFA gekauft hat).

Konzepte einer anstrengenden Bildungsbeflissenheit und Erziehung durch Kunst haben sich weitgehend erledigt. Sie waren Teil der Produktion bestimmter Typen arbeitswilliger Proleten, im 19. Jahrhundert, in der sowjetrussischen Kulturrevolution, in der

Faulheit ist die Angewohnheit, sich auszuruhen, bevor man müde wird.

Jules Renard (1864-1910)

frühen DDR und BRD. Vielleicht existieren solche Programme nur in strukturwandelnden Aufbauphasen, wo alle Anstrengungen sich auf massenhaften Wandel arbeitender Subjekte hin zu einem bestimmten Muster »neuer Mensch« konzentrieren. Das war die Funktion von Kulturarbeit, die Verinnerlichung arbeitsethischer Normen zu unterstützen und zu ergänzen: die Unterwerfung des dazu unwilligen Menschen unter das Diktat von Fabrikant und Maschine. Kulturarbeit war deshalb meist eine anstrengende, ernste und erziehende Veranstaltung, egal, ob vom Evangelisch-sozialen Kongreß, von den ethischen Gesellschaften oder den Arbeiterbildungsvereinen betrieben. Sogar die Losung, die »Die Kunst dem Volke«, gehorchte diesem Mechanismus, denn sie bedeutete, wie dann weiland in der DDR, nicht mehr Lohn, Konsum und Demokratie, sondern Kunst als Ersatz dafür. Das ganze Konzept der »Volkskultur«, vom Brigadeausflug bis zum organisierten Theaterbesuch, findet sich deshalb bereits vor der Jahrhundertwende bei Fabrikanten von Abbe bis Krupp.

Treitschke, einem konservativ-elitären Begriff von Kultur folgend, lehnte selbst diese Entwicklung gänzlich ab. Doch ist sein Motiv nebensächlich gegenüber dem Ergebnis. Er meinte, der Staat müsse endlich Kulturpolitik betreiben, und zwar eine solche, die der Demokratisierung gegensteuere. Damit wurde Treitschke zu einem Begründer der Kulturpolitik in Deutschland. Denn bis dahin war Kulturpolitik weitgehend »Kulturpolizei« gewesen. So hieß die Verwaltung der Bildungsmittel. Die bisherige kulturpolizeiliche Praxis wurde durch eine Reihe neuer Entwicklungen gestört:

Da war *erstens* von 1872/73 bis Ende der Achtziger der Kulturkampf des preußischen Staates gegen die katholische Kirche und die damit voranschreitende Säkularisation des Alltagslebens. Die Verweltlichung des Staates, bei allen Halbheiten, schritt voran und gefährdete die religiösen Grundlagen der Sittlichkeit; noch wichtiger aber, sie entmachtete das Kultusministerium, das immerhin die staatsrelevanten religiösen und damit, nach der damaligen Gesellschaftsverfassung, die kulturellen Werte gemeinsam mit den Kirchen verwaltete. »Kultur« wurde in diesem Kontext sozusagen als eine Ersatzleistung für die schwindende Religiosität gesehen.

*Zweitens* bekamen Arbeiter, wenn auch wenig, so aber doch Freizeit, einen sozialen Raum des Lebens ohne Aufsicht und ohne Einfluß durch Fabrikanten, Pfarrer und Beamte – und sie nutzten das weidlich gemäß ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen zwischen Bierabend und Bildungsverein. Das rief Volkserzieher auf den Plan.

*Drittens*: Intellektuelle, noch gering an Zahl, darunter viele Künstler, wandten sich sozialkulturellen Bewegungen zu, die ihnen Lohn und Brot gaben, den Sozialdemokraten, den Freidenkern, später den Lebensreformern, Kunstvereinen und Bildungszirkeln. Als Schriftsteller gingen sie nach 1874 in großer Zahl in die Massenpresse, ja sogar in die Politik. Sie begannen, den verbeamteten »Kulturträgern« und den professionellen Politikern nicht nur Beifall zu spenden, sondern sie mit ihren Fragen und Vorstellungen über die Werte des Lebens und die Ziele des Staates zu belästigen.

Die Tendenz, daß Kreti und Pleti über Heiliges redet, erschien Treitschke unerträglich. Er wollte retten, was er unter Kultur ver-

Die Arbeit ist etwas  
Unnatürliches. Die Faulheit  
allein ist göttlich.  
Anatole France (1844-1924)

stand. Das war in seinen Augen nicht demokratisierbar. Deshalb unterschied er die Realpolitik von der Kulturpolitik. Realpolitik sei keine Veranstaltung der Akademie der Künste, sondern von dazu berufenen Männern, die Geschichte machen. Außerhalb davon sei Kulturpolitik nötig, die aber aufhören müsse, sich in die Staatsziele einzumischen. Sie solle sich um Preußens Glanz kümmern. Die strukturellen Ergebnisse dieser Konzeption sind nicht zuletzt in Berlin zu besichtigen. Fast alle Welt hat inzwischen gelernt, daß »Leuchttürme« Kultur sind. Zwar hat sich in der Folgezeit auch eine volksnahe Kulturarbeit ausgebildet, vor allem aus politisch präventiven Gründen. Sie wurde sogar seit den 1920ern bis in die Achtziger zunehmend kommunal gefördert. Doch beträgt der Anteil der öffentlichen Kulturausgaben für freie Angebote heute noch immer nur zehn Prozent der Kulturetats.

Doch nicht in der Entgegensetzung von Repräsentations- und Volkskultur besteht das Kernproblem des Kulturpolitik-Verständnisses, sondern darin, daß seit Treitschke in den Verhandlungen über Kultur und Kulturpolitik in aller Regel nicht Bedürfnisse, Perspektiven und Lebensideale von Individuen und sozialen Gruppen in ihrer Ganzheitlichkeit verhandelt werden, sondern die Anliegen und Formen des gesonderten kulturellen Bereichs. Das ist so, trotz zweier gegenteiliger Entwicklungen:

*Erstens* waren noch nie so viele Menschen in Deutschland von »wirklicher Arbeit«, wie Marx sagen würde, freigestellt: Schüler,

Studenten, Rentner; Obdachlose, Asylsuchende, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Aussteiger; Soldaten, Pfarrer, Künstler, Wissenschaftler, Politiker. Sie sind ihre eigenen »Dienstboten« (Dienstleister) und raus aus der proletarischen Knochenmühle (wenn auch einige nur vorübergehend). Man braucht in der Abteilung für die Intelligenz auf den Arbeitsämtern nur zuzuhören, wie oft ein »Herr Professor ...« oder »Herr Doktor ...« aufgerufen wird. Was dieser Strukturwandel für die Kultur bringt, dürfte spannend werden, denn erstmals arbeitet eine Minderheit für die Kultur einer Mehrheit.

*Zweitens* zeigt die Existenz inzwischen Tausender Menschen, die in der Jobkultur ihre kulturelle Kompetenz leben und lieber zeitweise Taxi fahren, als der alten Arbeitsauffassung nachzugehen, eine beachtenswerte Entwicklung: Die Boheme hat sich vergrößert, modernisiert und besteht inzwischen aus höchst heterogenen Gruppen von Lebenskünstlern.

Wenn es um einen nach Alternativen suchenden Diskurs geht, müßte »Kultur« als Praxis der Wahrnehmung und Bearbeitung von »Wirklichkeit« behandelt werden. Es ginge »um strategische Argumentationen, um die Definition von Werten, Symbolen, Bedeutungen, die dann ihrerseits zur Legitimation sozialen und politischen Handelns benutzt werden.« Schließlich sind »solche ethischen, ästhetischen wie moralischen Legitimationsmuster ... wandelbar und gestaltbar«. (Wolfgang Kaschuba) »Kultur«, so der Rechtswissenschaftler Dieter Grimm, sei letztlich ein vom Individuum aus gesehenes »überpersonales System von Interpretationen, Werten und Ausdrucksformen«. Es stelle »bestimmte Deutungsmuster und Sinnentwürfe für die Welt und seine eigene Befindlichkeit in ihr zur Verfügung und vermittelt ihm damit zugleich Orientierungsweisen und Vorzugsregeln, auf die er in Kommunikations- und Entscheidungssituationen zurückgreifen kann.« – Aber in diesen Dimensionen ist kein Kulturdiskurs unter Kulturleuten zu entdecken, schon gar nicht unter Kulturpolitikern; höchstens die Kirchen führen ihn. Die Reste der Freidenker erkennen gerade diese Fehlstelle – ihre frühere Domäne. Dabei wird doch in der Regel in den Kulturhaushalt all das eingestellt, was mit dem Tun und Lassen von Kirchen zu tun hat. Da geht es um viel Geld. Doch beraten dies irgendwelche Kulturausschüsse?

Der »Kulturbegriff« bei Kulturpolitikern – und warum sollte dies bei denen der PDS anders sein – ist eingengt auf einen »kulturellen Bereich«. Theodor W. Adorno machte mit einer scheinbar lapidaren Mitteilung darauf aufmerksam, daß sich der Kulturbegriff im 20. Jahrhundert aus einer eher wertenden, normativen Kategorie, die Ideale und Urteile über Zustände ausdrückt, also weltanschaulich angereichert ist, in eine Kategorie wandelte, die stärker strukturelle und institutionelle Tatsachen erfaßt und abbildet: Der Kulturbegriff zeige einen »administrativen Blick« und sei durch Verwaltungsanforderungen und Verwaltungshandeln geprägt. »Die Zusammenfassung von so viel Ungleichnamigem wie Philosophie und Religion, Wissenschaft und Kunst, Formen der Lebensführung und Sitten, schließlich dem objektiven Geist eines Zeitalters unter dem einzigen Wort Kultur verrät vorweg den administrativen Blick, der all das, von oben her, sammelt, einteilt, abwägt, organisiert.« Das komme in der Einrichtung von speziellen Verwaltungsressorts »Kultur« zum Ausdruck. Und darüber spricht man dann immer, anstatt über Kultur zu reden.

Vielleicht provoziert uns in dieser Lage Paul Lafargue genauso wie vor hundert Jahren seinen Schwiegervater, den arbeitszentrierten Staatssozialisten Karl Marx. Lafargue sah die arbeitenden Menschen der Zukunft gerade in den »Zeiten der Krisis eine Verteilung der Produkte und allgemeine Erholung verlangen«, statt mehr arbeiten zu wollen. Den Moralisten, die Fleiß und Enthaltbarkeit

Nichtstun ist die Weisheit  
derjenigen, die den  
Untergang von Narren  
mitemlebt haben.  
George Meredith  
(1828-1909)



predigen, werde man ein Fest vorführen: »An den großen Volksfesten der Kommunisten, wo die Becher kreisen und duftende Kuchen und Braten zum Genuß einladen, werden die Mitglieder der Kultusbehörden, die in Frack und Talar einherwandelnden Pfaffen der ökonomischen (.) katholischen, protestantischen, jüdischen und freidenkerischen Kirche (.) die Propagandisten des Malthusianismus, der christlichen oder philosophischen Moral, in gelbem Kostüm die Kerzen halten ...; bei brechenden Tafeln, die von übermütigen Frauen bedient werden ... bei gefüllten Fässern« siegen die zu Lastern erklärten Bedürfnisse über das Verderbnis ausschweifender Arbeitsamkeit. »O Faulheit, Mutter der Künste und der edlen Tugenden, sei Du der Balsam für die Schmerzen der Menschheit!«

Sicher ist die Sache komplizierter, aber das wäre schon ein Anfang, sich über den Spott des Freidenkers Lafargue zu ärgern und sich die Frage zu stellen: Warum engagieren sich die vielen Erwerbslosen nicht ehrenamtlich für eine neue Kulturarbeit, wenn sie schon keine (bezahlte) Arbeit haben – und warum nicht in der aktiven Politik?

Faulheit ist die Furcht vor  
bevorstehender Arbeit.  
Cicero (106-43 v.Chr.)

ANDRÉ BRIE, FRANK CASTORF,  
GREGOR GYSI, HELENO SAÑA,  
EDDA SEIFERT

## Diskussion III »Leben ohne Arbeit?«

In dem Buch »Die Modernisierungsfalle«, das gegenwärtig die Runde macht, wird darüber geschrieben, daß die Gesellschaft der Zukunft eine Einfünftelgesellschaft sei: 20 Prozent der Weltbevölkerung werden ausreichen, um den gesellschaftlichen Reichtum zu erzeugen, die anderen 80 Prozent müßten mit Tittitainment – das ist eine Zusammensetzung von Entertainment und dem amerikanischen Wort für Busen – bei Laune gehalten werden, also wieder eine Art »Brot und Spiele«.

Leben ohne Arbeit – ist das überhaupt vorstellbar? *André Brie* fragte *Edda Seifert*, kulturpolitische Sprecherin des PDS-Bundesvorstandes, *Frank Castorf*, Intendant der Volksbühne, den in Deutschland lebenden spanischen Politikwissenschaftler und Publizisten *Heleno Saña* sowie *Gregor Gysi*, Chef der PDS-Bundestagsgruppe.

ANDRÉ BRIE: Gehen wir auf eine Gesellschaft zu, der die Arbeit ausgeht? Und wird diese Gesellschaft dann noch überleben können? Maxi Wander meinte einmal, wenn man sich gegenseitig interessant bleiben will, dann muß die Arbeit das Allerwichtigste sein. Jeder muß mächtig mit sich zu tun haben, um aus sich was zu machen. Bebel sagte: Ohne Arbeit kein Genuß. Keine Arbeit ohne Genuß! Wären das die großen Utopien und uneinlösbaren Illusionen der Zukunft?

EDDA SEIFERT: Wir haben auf unserem Kulturforum gehört, daß ein Unterschied zu machen ist zwischen Tätigkeit und Erwerbsarbeit, wie wir sie hier als Definition kennen. Ich denke: Tätigkeit geht nie aus, die gibt es immer und wird auch immer gebraucht. Die Frage ist, wie organisiert sich eine Gesellschaft, wie setzen sich Menschen zueinander in Beziehung? Wie gehen wir mit der notwendigen Arbeit um, die kein Mensch gern macht? Auf welche Art und Weise verteilen wir die Ergebnisse von Arbeit, die unterschiedlichen Möglichkeiten zu arbeiten, tätig zu sein? Das berührt auch das Geschlechterverhältnis. Es gibt sehr interessante Ideen, die mit der Regionalisierung zusammenhängen. Daß man wieder von unten anfängt, Arbeit wirklich neu zu organisieren und nicht nur Arbeit, sondern im Prinzip das ganze Reproduktionsgeschehen von Gesellschaft. Ich denke, so hoffnungslos, wie es dargestellt wird – die Arbeit geht aus –, ist es nicht. Es gibt durchaus Chancen.

ANDRÉ BRIE: Heleno Saña, Sie haben schon 1989 zur Bundesrepublik geschrieben: »Eine Gesellschaft, die auf rücksichtslose Verwertung von Arbeitskraft aus ist und die Millionen Menschen zu Zwangsuntätigkeit, Armut und Demütigung verdammt, eine solche Gesellschaft ist nach humanem und ethischem Ermessen eine gescheiterte Gesellschaft. Mögen ihre Produktionsstatistiken noch so hoch sein.« Sind Sie der Meinung, daß wir auf dem Weg zur gescheiterten Gesellschaft sind?

HELENO SAÑA: Ja, unbedingt. Sie haben vorhin den Begriff Zukunft gebraucht. Ich glaube, die Gesellschaft – ich meine damit nicht nur die Gesellschaft der Bundesrepublik, sondern insgesamt –, die so totalitär ist, hat keine Zukunft im umfassenden Sinn. Und sie hat deshalb auch keine Möglichkeit, das Problem, das uns heute zusammenführt, zu lösen. Es ist eine Banalität, in diesem Zusammenhang zu sagen, daß dieses und die anderen damit zusammenhängenden Probleme nur zu lösen wären, wenn wir es schaffen, ein neues Wertesystem, ein neues Wirtschaftsmodell einzuführen. Fukuyama, dieser illustre Scharlatan, hat vor ein paar Jahren von dem Ende der Geschichte gesprochen. Wenn es uns nicht gelingt, das bestehende System durch ein neues zu ersetzen, werden wir wirklich das Ende der Geschichte erleben.

Ich meine, daß wir potentiell die Möglichkeit haben, das, was er das Ende der Geschichte genannt hat, zum Anfang einer ganz neuen Geschichte zu machen. Potentiell haben wir die Möglichkeit. Ob wir das schaffen, hängt natürlich von Faktoren ab, die sehr problematisch sind.

Was die Arbeit betrifft, diese Krise, die Arbeitslosigkeit – man kann in keiner Gesellschaft, in keiner Zivilisation ohne Arbeit leben. Arbeit ist ein Faktor, der primär zum Leben überhaupt gehört. Auf diesem Forum wurden sinnvolle Alternativen vorgeschlagen. Arbeit gibt es genug in vielen Bereichen. Doch der Punkt ist der, daß das kapitalistische System nicht mehr in der Lage ist, das überhaupt akzeptieren zu können. Wir sind also gezwungen, uns der Frage zu stellen, gehen wir alle zugrunde oder haben wir die Kraft, etwas Neues einzuführen?

ANDRÉ BRIE: Frank Castorf, bei Ihnen hat man oft den Eindruck, daß Leben und Arbeit identisch sind. Können Sie sich ein Leben ohne Arbeit vorstellen?

FRANK CASTORF: Es war schon eine alte Hippiforderung, nicht mehr zu arbeiten, und damit eine Gesellschaft zu schaffen, die im Genuß oder in der totalen Individualität lebt. Wenn ich mir das heute ansehe, dann ist das natürlich etwas, was die Gesellschaft schon irgendwie macht. Ich bewundere in dem Augenblick die Integrationskraft des Kapitalismus und stehe ihm ohnmächtig gegenüber.

Jeder, der heute frei von Arbeit gesetzt wird, wird eigentlich in einen Zustand von Tätigkeit simuliert. Eigentlich ist jeder, der arbeitslos ist, der keine Arbeit hat, aufgefordert, einen Kiosk aufzumachen, einen privaten Fahrdienst oder was auch immer. Und

Alles ist verloren, wenn wir entschlossen sind, auf nichts zu verzichten.  
Carl Friedrich von Weizsäcker (geb. 1912)

darüber wird natürlich der Individualismus oder die Individualitätssucht, die diese Gesellschaft zum politischen Leben braucht, auch gestiftet. Das ist was sehr Unpolitisches, was sehr Unsolidarisches, das da entsteht. Große Zusammenhänge, Verbände von Leuten, die ähnliche Arbeitsinteressen haben und sich darüber definieren können, werden generell angeschlagen. Und dieses Partikulare, daß sich jeder eigentlich in Tätigkeit verliert für kürzeste Zeit, um dann bankrott zu gehen. Wir kennen die psychologischen Folgeerscheinungen. Das halte ich für die umgekehrte Hippiforderung, mit der dieser Kapitalismus wunderbar lebt. Wir kommen eigentlich nicht mehr zueinander, zu einem tatsächlichen politischen, meinetwegen auch gewerkschaftlichen, zu einem tatsächlich verändernden Verhalten in der Gesellschaft, weil wir so wunderbar mit uns selbst beschäftigt sind, den nächsten Tag zu überleben. Es gibt in dieser Gesellschaft kein utopisches Element, es gibt eigentlich nichts. Es gibt keinen pädagogischen Auftrag, keinen kulturellen Auftrag. Es gibt kein Kultusministerium, keine pädagogische Zentralanstalt, wo man in der Lage wäre, über die nächsten Jahre Zielvorstellungen zu formulieren.

Diese Freiheit, die wir haben, der alte Freiheitsbegriff, ist zum Freizeitbegriff degeneriert. Auch darin ist noch ein letzter Rest von Freiheit in diesem Freizeitverhalten in der Gesellschaft. Und da hat natürlich eine Tätigkeit, wie ich sie ausübe, etwas Grenzgängerisches, das sicherlich sowohl Arbeit als auch Leben ist.

Aber ich glaube, daß die Arbeitenden im Arbeitsprozeß von einem Erfolgsbild geprägt sind, das niemand mehr nach seiner Relevanz überprüft. Das ist dann nur noch ein Funktionieren als ein Rädchen in diesem Mechanismus. Das ist ein Terror, den ich als eine ungeheure Form der Unfreiheit empfinde. Tatsächlich ist man auf dem elementaren Gebiet, da wo man Mensch ist, etwas tut, was auch sinnstiftend und sinngebend für eine Gesellschaft ist, extrem unfrei.

ANDRÉ BRIE: Gregor Gysi, Castorf hat gerade gesagt, die Integrationskraft der kapitalistischen Gesellschaft sei so ungeheuer groß. Er hat sie dann aber auch als etwas Unpolitisches, Unsolidarisches und paradoxerweise als etwas charakterisiert, das aus Partikularismus, aus Zersplitterung wiederum seine Integrationskraft gewinnt. Wieviel Integrationskraft hat diese Gesellschaft noch?

GREGOR GYSI: Ich halte sie auch für ziemlich groß, u. a. wegen der Vereinzelung. Es gibt bei denen, die nicht erwerbstätig sind, keine Organisationsform. Wenn man die Arbeitslosenunterstützung halbieren würde, ich weiß nicht, wieviele dagegen auf die Straße gehen würden. Das heißt, die, die nicht erwerbstätig sind, ob sie nun Arbeitslosengeld bekommen, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe empfangen, sind kaum organisierbar. Zumindest nicht in ihrer Eigenschaft als Arbeitslose usw. Sie organisieren sich wie andere

auch in Parteien. Es gibt auch einige, die nach wie vor Gewerkschaftsmitglieder sind. Aber daß sie ihre eigene Stellung als so wichtig empfinden, daß sie einen Organisations- oder Handlungsbedarf sehen, das ist offensichtlich nicht oder kaum der Fall. Es gibt einen Arbeitslosenverband, der hat, glaube, ich ungefähr 10.000 Mitglieder bei über vier Millionen Arbeitslosen. Es gibt ebenfalls einen Sozialhilfeverband, der hat noch weniger Mitglieder bei noch mehr Betroffenen. Ich weiß nicht, ob das nur das psychologische Moment ist, daß man sich dieser Stellung schämt und sich deshalb nicht organisiert oder ob es das materielle Moment ist oder ob es die Tatsache ist, daß sie ja fast nichts in der Hand haben, womit sie Druck ausüben können. Vielleicht ist das letztere das Entscheidende. Die Beschäftigten haben immer noch die Möglichkeit – wie z. B. bei Daimler Benz – keine Überstunden mehr zu fahren. Sie können jemanden ökonomisch treffen. Die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger haben kein Druckmittel außer sich selbst. Sie können zwar auf die Straße gehen, auf ihr Schicksal hinweisen, was aber nur ganz wenige beeindrucken wird.

Eine Partei, die darauf keine Antwort findet, sich nicht wenigstens Organisationsformen ausdenkt, darüber nachdenkt, wie solcher Protest artikuliert werden kann, ist ziemlich hilflos. Deshalb denke ich, daß die PDS mit viel mehr Mitteln der Provokation leben muß, als bisher der Fall war. Man muß Castorf nicht in allem, was er gelegentlich so sagt, zustimmen, aber eines ist Fakt: Er ist einer der wenigen Provokateure dieser Gesellschaft. Die PDS wäre gut beraten, wenn sie das provokative Element in sich als ein höchst nützliches, kulturvolles und ausbaufähiges betrachten würde. Was sie zu wenig tut.

Wahrscheinlich kann diese Gesellschaft, da sie immer mehr Reichtum produziert – wenn sie besonnen genug ist –, auch sechs Millionen Arbeitslose verkraften, weil sie sie noch irgendwie sozial abfedern kann. Ich bin mir bloß nicht sicher, ob sie es tut. Tut sie es nicht, kann natürlich eine Situation eintreten, wo das Faß zum Überlaufen kommt.

Hinzu kommt jedoch der nicht zu unterschätzende europäische Integrationsprozeß. Wenn die Währungsunion kommt, entsteht ein Sozialdruck nach unten, gegen den der von heute noch harmlos ist. Nur dann wird es für Proteste keinen Adressaten mehr geben. Das heißt, die Bundesrepublik wird sich spätestens dann für völlig unschuldig erklären, indem sie sagen wird: Das hat mit den europäischen Strukturen zu tun. Das macht eine Gesellschaft in aller Regel ohnmächtig und krank.

Doch zurück zur Ausgangsfrage: Wir – die hier Sitzenden zumindest – haben ja alle nicht nur den Vorzug, sozial abgesichert zu sein, sondern wir haben auch den Vorzug, eine relativ schöpferische Tätigkeit zu verrichten. Irgendwann wird natürlich der Widerstand derjenigen zunehmen, die immer nur den unschöpferischen Anteil unserer Arbeit zu erledigen haben. Das ist dann die Frage der knechtenden Unterordnung unter die Arbeitsteilung, die Marx beschrieben hat. Dieser Widerspruch steht uns noch bevor.

Bestünde die Möglichkeit, daß ich in meinem Leben mir selbst unterschiedliche Tätigkeiten geben könnte und dennoch eine

Demokratie entsteht, wenn man nach Freiheit und Gleichheit aller Bürger strebt und die Zahl der Bürger, aber nicht ihre Eigenart berücksichtigt.  
Aristoteles (384-322 v.Chr.)

gewisse soziale Absicherung hätte für die Zeit, in der ich Tätigkeiten verrichte, die keine Erwerbsarbeit sind, das wäre für mich der Beginn des Reiches der Freiheit. Deshalb ist der Kampf um eine soziale Grundsicherung für mich einer der ganz wesentlichen Momente, wenn man eine andere Art von Emanzipation in der Gesellschaft erreichen will.

ANDRÉ BRIE: Heleno Saña, Sie haben in Ihrem Buch »Das vierte Reich« geschrieben, daß, gemessen an den wirtschaftlichen Leistungskoeffizienten die Bundesrepublik alles andere als ein Sozialstaat sei. Das ist schon sechs Jahre her. Sie haben darüber geschrieben und mit vielen Zahlen belegt, was Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet, zum Beispiel müßten 40 Prozent der Langzeitarbeitslosen Schulden machen. Sie haben geschrieben, Umverteilungspolitik sei Machtpolitik und eine der schamlosesten Prostitutionsformen des Begriffes »sozial«. In den letzten sechs Jahren hat sich das alles nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verschärft. Doch trotzdem scheint diese Gesellschaft mit großer Stabilität mit diesem Problem fertig zu werden.

HELENO SAÑA: Die Ursachen dafür liegen in der spätkapitalistischen Konsumgesellschaft, die ja nicht nur eine Fülle materieller Güter produziert, sondern auch parallel dazu eine Ideologie. Die lautet – und das ist den Menschen eingehämmert worden –, Konsumgesellschaft auf immer und ewig. Pluralistische Wirtschaft. Die Menschen befinden sich in einem Moment der Konfusion, sie sind gelähmt, mental leben sie noch in diesem ideologischen Zustand, während die Realität inzwischen ganz anders ist. Die Verhältnisse, die ich im genannten Buch beschreibe, haben sich verschärft, vertieft, sind radikaler geworden. Aber: erinnern wir uns an die zwanziger, dreißiger Jahre, Börsenkrach, Massenarbeitslosigkeit. Und trotzdem hat diese Gesellschaft keine neuen qualitativen Alternativen entwickelt. Ich meine: Arbeitslosigkeit, Elend, soziale Ausgrenzung, die ganze Marginalisierung – diese Verelendung – all das reicht nicht, um die Menschen zum Protest zu mobilisieren. Es muß auch ein Selbstbewußtsein wachsen, der Selbstbewußtseinsfaktor. Es muß der politische Faktor ins Spiel kommen. Das alles steckt in den Anfängen, auf sehr bescheidener Basis. Ich bin nicht sehr überzeugt, aber ich hoffe, daß das wächst, die Menschen immer mehr zu der Erkenntnis kommen, daß die ganze Ideologie der Konsumgesellschaft verlogen und überkommen ist und daß sie lernen, Protest als einen selbstverständlichen Akt der Vergesellschaftung, des Überlebens zu betrachten. Es ist möglich. Das sehen wir in anderen Gesellschaften außerhalb der Bundesrepublik, die Proteste werden radikaler, zum Beispiel in Frankreich.

ANDRÉ BRIE: Der DGB-Vorsitzende hatte im Frühjahr 96 angekündigt, daß, wenn die Bundesrepublik so weitermacht, es hier zu Kämpfen kommen werde, gegen die die Streikkämpfe in Frankreich ein müder Auftakt gewesen seien.

HELENO SAÑA: Bis jetzt ist nichts geschehen.



ANDRÉ BRIE: Edda Seifert hat am Anfang gefordert, den Arbeitsbegriff auszudehnen. Gibt es denn eine vorstellbare Alternative, Arbeit so neu zu organisieren, daß sie das bleiben kann, was sie in der Vergangenheit war? Eigentlich kommt die Gesellschaft doch ganz gut ohne Vollbeschäftigung zu Rande.

EDDA SEIFERT: Ich denke, es ist absolut nicht so, daß die Gesellschaft ganz gut ohne Vollbeschäftigung zu Rande kommt. Dr. Maaz bezeichnete sie als eine pathologische Gesellschaft, mit der wir es jetzt zu tun haben.

Ich glaube nicht, daß es darum geht, Arbeit auszuweiten. Es ist eher die Frage, welche Arbeit braucht die Gesellschaft? Sie muß vernünftig sein, nicht nur für die heute Lebenden, sondern auch für die Generationen, die nach uns geboren werden, im Sinne von Umwelt, im Sinne der Gesamtheit der Menschen, die auf der Erde leben. Es muß auch solche Arbeit sein, der wir mit Lust nachgehen können, Tätigkeit, die die Menschen zueinander in Beziehung setzt.

Wir sollten erst einmal überlegen, was ist wünschenswert, auch für den einzelnen. Wie fühlt er sich, wieviel Arbeit will er, wieviel Arbeit braucht er? Wie ist das – wie Dr. Maaz gesagt hat – mit diesem Spannungsverhältnis von einerseits Anstrengung, andererseits Entspannung? Wie ist das mit dem Verhältnis von Lust und Frust, von Fleiß und Müßiggang usw.? Das, womit wir es heute zu tun haben, ist in der Tat eine sehr entfremdete Arbeit, eben ein Job.

Die andere Seite ist sicher die des Widerstandes, die Frage nach dem sozialen Subjekt, das etwas verändern will oder auch nicht. Gysi sprach da von Provokation. Daß die PDS provozieren müsse. Doch so einfach ist das nicht. Wir haben in Vorbereitung auf unseren Landesparteitag in Thüringen Überlegungen dazu angestellt: auf welche Art und Weise ist Widerstand möglich, wo entwickelt er sich, was können wir tun? Und wir haben kühn in die Gliederung für unseren Leit Antrag reingeschrieben, daß wir uns einen Kopf machen wollen um eine andere Widerstandskultur. Wir waren sehr zufrieden damit, daß wir auf diese Fragen gekommen sind. Aber wir konnten sie nicht beantworten. Bei der Erarbeitung des Antrages ist die Sache dann weggefallen. Sie steht nach wie vor als Problem, aber etwas konkretes hineinzuschreiben, haben wir nicht vermocht.

Aber ich denke, manchmal entsteht Provokantes möglicherweise ganz von selbst: In Gotha gab es den Vorschlag, »Gothaler« ins Leben zu rufen, eine Bank, die aber nicht mit Geld funktioniert. Da kann mensch hingehen und sagen, er habe beispielsweise im Interesse der Allgemeinheit fünf Stunden getischlert. Diese Stunden bekommt er von der Bank gutgeschrieben. Das nächste Mal braucht er vielleicht einen Klempner und kann sich dann für seine Tischler-Gutschrift eine andere Arbeitsleistung holen. Das empfinde ich als hochprovokativ. Selbst wenn klar ist, daß das nur funktioniert, weil Geld funktioniert. Ich denke, nach solchen Möglichkeiten müßte man wirklich gucken, müßte auch viel genauer fragen, was sie bieten. Es findet da eine Veränderung statt, auf eine ganz andere Weise, als wir sie vielleicht erwarten und als wir sie auch zu suchen gewohnt sind.

Auch wenn Bürger zittern,  
gibt es Risse in den Grund-  
mauern des Staates.  
Stanislaw Jerzy Lec  
(1906-1966)

ANDRÉ BRIE: Frank Castorf, Zueinanderkommen war eines der wichtigsten Stichworte bei Ihnen. Wir kommen nicht mehr zueinander, haben kein utopisches Element in der Gesellschaft mehr. Sie bezeichneten das sogar als »Element der Unfreiheit«. Zueinanderkommen kann man auf sehr unterschiedliche Weise. Da braucht man nicht gesellschaftliche Arbeit, Reproduktionsarbeit. Wie wichtig sehen Sie denn Arbeit für dieses Zueinanderkommen?

Man erreicht nicht das Mögliche, wenn in der Welt nicht immer wieder nach dem Unmöglichen gegriffen würde.  
Max Weber (1864-1920)

FRANK CASTORF: Wenn wir etwas zusammen zu tun haben, zu arbeiten, aus dem Spaß und Kreativität erwächst, wo der Zufall da ist, wo man Material gestalten kann, wo man sich in einer bestimmten Richtung einigt, etwas formiert, das ist etwas sehr Entscheidendes.

Ich weiß nicht, was fabrizieren wir eigentlich außer Theaterabenden? Die Gesellschaft stellt uns Geld in einer großzügigen Form zur Verfügung, damit wird etwas zur Verfügung gestellt für Leute, damit sie keine Bomben basteln, sondern Poeme. Poeme sind für die Gesellschaft ja sehr viel ertragbarer, weil sie so verrätstelt sind – also folgenlos bleiben. Ich glaube, deshalb leben wir in einem so guten Zustand. Ich rede jetzt nur von einer Gruppe des Überbaues, der künstlerischen Intelligenz. Nun fragt man sich aber, wenn man so gut besoldet ist, so viele Möglichkeiten zum subversiven Denken hat, hat man dann nicht geradezu die Verpflichtung, als Hygieneinstitution Sachen zu sagen, die andere nicht mehr sagen können und wollen?

Wir leben in einer sehr elitären, ja fast feudalistischen Situation. Wir sind die letzten Staatssozialisten. Wir könnten eigentlich alles machen und sagen. Wir tun es nicht! Wir akzeptieren den Auftrag. Wir tun das, worüber wir uns in der DDR immer erregt haben, den Hang zum Operettigen: die, die sozialistischen Produktionsleistungen realisieren, die möchten abends ihre Operette oder ihre Zufriedenheit haben. Dieses Phänomen heute ist fast ähnlich. Die Menschen, die so viel für den Erfolg dieser Gesellschaft getan haben, die wollen am Abend konfliktfrei behandelt werden. Daß das eine ganze Branche akzeptiert, das ist doch eigentlich grauenvoll.

Die Frage ist – wenn wir Brecht zitieren –, was ist eigentlich heute politisches Theater? Wenn man operativ sein, eingreifen will mit einem bestimmten Angebot, mit Abbildern dieser Gesellschaft, der Geschichte, möchte man in etwas eingreifen, von dem man sagen könnte, vielleicht entsteht danach – das ist ein alter bürgerlicher Ansatz – der neue Mensch, der entwickelte, der freie Mensch. Doch man tut zu wenig, um ein anderes widersprüchliches, paradoxes Denken zu entwickeln? Das einzige, was mir Spaß macht im Theater. Provokation selbst ist langweilig, aber sie ist ein Transportunternehmen, ein Technologiesystem. Und wenn man damit das Bewußtsein schaffen könnte, daß es in dieser Welt Widersprüche gibt, daß Widersprüche zum Leben gehören, dann wäre das Toleranz stiftend. Wichtig ist, daß ich das, was außerhalb meines Seins besteht, existiert und auch lebenswert ist, in meine Kalkulation, in mein ideologisches Raster mit einbeziehe.

Ich bin gern in Frankreich, wenn dort gestreikt wird. Diese Streiks haben etwas übergreifendes, sind nicht nur auf eine

bestimmte soziale Schicht, auf bestimmte Positionen beschränkt. Ich erinnere mich an Paris, da waren auch Fuhrunternehmer und Kleinkapitalisten dabei. Alle haben wieder gemerkt, daß zu einer demokratischen Gesellschaft der Ungehorsam gehört. Das revolutionäre Element, die Revolution gehört dazu. Das ist was Wunderbares im Selbstverständnis einer Gesellschaft.

ANDRÉ BRIE: Letzte Frage an Gregor Gysi. Hat die PDS ein Konzept? Weicht die PDS dem Thema Brechung der Profitmaximierung aus?

Es gäbe einen Weg, sämtliche Wirtschaftsprobleme zu lösen, man müßte die Selbstgefälligkeit steuerpflichtig machen.  
Jacques Tati (1908-1982)

GREGOR GYSI: Natürlich hat die PDS nicht die Alternative zu bieten, von der man sagen kann, jetzt geht es nur noch darum, wen finden wir, wer macht mit, setzt um? Und schon haben wir die Gesellschaft, die den Herausforderungen, vor der wir stehen, gewachsen ist. Das wäre vielleicht auch ein bißchen sehr anmaßend, wenn man aus einer Partei kommt, die gerade ein siebzigjähriges Modell völlig in den Sand gesetzt hat. Das heißt, etwas Bescheidenheit! Ich glaube, es ist schon eine beachtliche Leistung, daß die PDS sieben Jahre nach dieser geschichtlichen Zäsur wieder eine solche Akzeptanz in den neuen Bundesländern erreicht hat. Was natürlich nicht allein unser Verdienst ist, sondern Kohl und viele andere haben auf ihre Weise daran mitgewirkt. Castorf hat gesagt, er könne da in seinem Theater und auch sonstwo Dinge sagen, die wir alle gar nicht mehr sagen dürfen. Da ist was dran. Nicht im Sinne eines juristischen Verbots, sondern im Sinne einer gesellschaftlichen Übereinkunft. Die Wirksamkeit dieser Art von Zensur ist gerade in der deutschen Gesellschaft sehr viel höher als anderswo. Ich denke, es kommt darauf an, wenn man Alternativen finden will, auch Formen des Protestes zu finden, die die Herrschenden tatsächlich stören. Da habe ich interessante Erfahrungen gemacht.

Nur ein Beispiel: Die Großdemo der Gewerkschaften im Juni 96 in Bonn hat den Kanzler nicht gestört. Etwas, was in der DDR die ganze Regierung weggefegt hätte, hat ihn nicht beeindruckt. Und zwar schon deshalb, weil er davon ausgegangen ist – nicht ganz unberechtigt –, da kommen 350.000 Leute zusammen, die fahren abends wieder nach Hause, gucken fern und gehen am nächsten Morgen wieder zur Arbeit. Interessant war nun aber, als plötzlich flächendeckend Undiszipliniertheiten übergriffen, das heißt, plötzlich Belegschaften zur Kundgebung vor die Werktoore gingen und danach nicht wieder zurück. Die gingen einfach nach Hause. Unabgemeldet. Vereinbarte Überstunden wurden nicht mehr geleistet. Das hat ihn beeindruckt. Daraufhin brach der sogenannte Koalitionsstreit aus. Und zwar aus einem ganz einfachen Grunde: Das eine ist für ihn ein beherrschbarer, das andere für ihn ein nicht-beherrschbarer Prozeß. Jede Regierung fürchtet sich vor nicht-beherrschbaren Prozessen. Darüber sollten wir nachdenken.

Und was die Frage der Alternativen in der PDS hinsichtlich des Prinzips der Profitmaximierung, Eigentumsfragen und vieles andere betrifft, so wird wohl kaum eine andere Frage in der PDS so viel diskutiert. Wobei es eben darauf ankommt, die Erfahrungen aus beiden Gesellschaftsordnungen zusammenzuführen. Und natürlich machen wir uns Gedanken über die Vollbeschäftigung, wie das

möglich war in der DDR, was ihre Nachteile waren, weshalb sie heute nicht möglich ist, wie sie möglich sein könnte, welche Veränderungen damit verbunden sind.

Eigentlich geht es hier um die Frage der Konzentration von ökonomischer und politischer Macht. Wir sind zum Beispiel verpflichtet, Alternativen dazu anzubieten. Also, wie man Mitbestimmung, wie man Emanzipation über dezentrale Strukturen in Wirtschaft und Politik erreicht. Und mithin dort, wo zentrale ökonomische Strukturen zwingend sind, können sie nicht privat bleiben, weil es dann private Machtkonzentration bedeutet. Dort, wo sie dezentral organisiert werden können, können sie die verschiedensten Eigentumsformen haben. Das können wir alles fortsetzen. Nur ich glaube, eine Zeit werden wir nicht mehr erleben: die Zeit, wo es sozusagen einfache sieben, acht Thesen gibt, die man lernen kann, um eine Alternative im Kopf zu haben. Im Sinne: das ist meine Ideologie, für die sieben/acht Ziele setzte ich mich ein, und dann habe ich die Alternative formuliert. So einfach wird es nicht mehr sein. Es ist aus meiner Sicht als Sozialist ein großer Fehler zu glauben, daß der Kapitalismus letztlich den Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, gewachsen ist. Es ist aber ebenso ein großer Fehler zu glauben, daß er nicht noch eine ganze Zeit damit umgehen kann, eine ganze Menge aus seiner Sicht reparieren kann, daß er durchaus reformfähig ist.

# REINHOLD ANDERT, HEINRICH FINK, CUNO FÜSSEL

## Diskussion IV

### »Heimkehr ins Paradies«

Rückkehr ins Paradies? Unmöglich, meint der katholische Theologe *Cuno Füssel*, Bremen, zur Überschrift, die über der biblischen Diskussion auf dem Kulturforum stand. Und wenn es möglich wäre, müßte man es verbieten. Denn unsere Arbeit sei in die Zukunft gewandt. Um Arbeit ging es auch hier, auch um Gerechtigkeit, Solidarität, um Menschsein. *Dr. Cuno Füssel, Professor Heinrich Fink* von der protestantischen Front und *Reinhold Andert* machten die biblische Botschaft zu einem ganz weltlichen Ansinnen.

REINHOLD ANDERT: Heimkehr ins Paradies? – Warum? Viele kennen wahrscheinlich noch aus der Kinderbibel diese Schöpfungsgeschichte, zumindest die Version des Paradieses. Es gibt ja auch andere. Aber diese Paradies-Version lautet verkürzt ungefähr so: Nach dem Sündenfall wurden Adam und Eva aus dem Paradies vertrieben und mußten nun im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot essen. Also, der Herr ließ Disteln und Dornen wachsen. Und die Arbeit ist die Folge der Sünde. Die Arbeit ist eine Strafe.

Nun wehren sich die Theologen heftig gegen diese billige, einfache Exegese, die Bibelauslegung. Sie meinen, die Bibel hätte viele Varianten, und diese, die ja über Jahrhunderte gepredigt wurde, wäre ein Irrweg. Was sagt der Katholik dazu?

CUNO FÜSSEL: Rückkehr ins Paradies? – eine klare theologische Antwort – ist unmöglich. Wenn es möglich wäre, müßte man sie verbieten. Denn unsere Aufgabe liegt in der Zukunft und nicht in der Vergangenheit. Aber auch die Paradiesgeschichte ist doppelbödig. Die Geschichte bei der Vertreibung ist bekannt, daß vorher schon arbeiten im Paradies an der Tagesordnung war, wird meistens vergessen. Aber für diejenigen, die es nachschlagen möchten: Im 1. Buch Moses, 1. Kap., 15. Vers steht, der Beauftragende – in der Bibel immer der Herr genannt – setzte sie in den Garten mit der Arbeitsanweisung, den Garten zu hegen und zu pflegen. Das sind zwei sehr schöne Tätigkeiten. Es ging also nicht ums Faulenzen. Und man sollte auch nicht – verführt durch eine etwas reduzierte Pädagogik – meinen, das Paradies sei ein Schlaraffenland gewesen, wo den Faulenzern die gebratenen Tauben in den Mund flogen. Es ging also um Arbeit. Marx würde sagen, um »nichtentfremdete Arbeit«, in der der Mensch sich selber schafft, also auch sein Heil schaffen kann.

Die gestörten Beziehungen zu Gott haben dazu geführt, daß

fairerweise auch die Arbeit eine gestörte Beziehung wurde. Die gestörten Verhältnisse zur Natur und die Störung der Menschen untereinander haben dazu geführt, daß Arbeit eine Plage wurde und wir nicht nur unser Brot im Schweiß unseres Angesichts zu essen haben, sondern auch den anderen mit unserer Arbeit auf den Geist gehen. Rückkehr zu ungestörten Verhältnissen ist nicht möglich. Umkehrschluß? Wir sollten uns überlegen, ob wir störungsfreie Verhältnisse zu schaffen in der Lage sind in dieser Welt. Und darin besteht ein Auftrag, der zieht sich durch die lange Geschichte des Judentums und des Christentums und endet nicht bei ein paar lächerlichen Konfessionsspaltungen in Mitteleuropa.

Ein Moment dabei ist wichtig: Arbeit ist zu definieren ohne Zurücknahme der Arbeit, das heißt, der Verwandlung von materiellen Voraussetzungen in Produkte, in neue Formen, wenn wir sie nicht beziehen auf die menschlichen Beziehungen, in denen Arbeit geschieht. Die Störungen der menschlichen Beziehungen haben also eine Störung der Arbeit selber zur Folge. Daher, glaube ich, ist es wichtig, daß wir uns überlegen, wie sieht denn Arbeit jetzt aus als Sozialisierungsfaktor, nicht, wie wird sie bezahlt, verschwindet sie sogar, fehlt sie uns? Sondern warum leiden wir sowohl unter der fehlenden Arbeit als auch unter der real existierenden Arbeit?

Meine Antwort wäre, daß die Arbeit ein Zusammenschluß ist. Wir werden darauf getrimmt in der kapitalistischen Gesellschaft, das als Einzelarbeit mißzuverstehen. Gerade dort, wo sie hochbezahlt ist, ist sie meistens Einzelarbeit. In Wirklichkeit müßten wir zurückkehren zur Zusammenarbeit. Da mangelt es auf allen Ebenen. Wir haben keine Formen einer produktiven, kreativen, einer uns alle befriedigenden Zusammenarbeit. Wir haben dem Spaltungsdrang des Kapitalismus, der Individualisierung, der Atomisierung nachgegeben und wundern uns, daß wir zum Beispiel die Proteste, die die Arbeit betreffen, nicht richtig organisieren können. Unser Verhältnis zueinander ist so tief gestört, daß wir unfähig sind, zu einer kreativen, den Menschen befriedigenden, ihn erst zum Menschen machenden Arbeit zu gelangen. Das ist eine der Grundbotschaften der Bibel

Die Bibel ist immerhin 3000 Jahre alt und stellt ein Dokument dar, das nicht Frömmeleien gesammelt hat, sondern massive Auseinandersetzungen der Menschen mit ihrer Geschichte und ihren Problemen. Deswegen wehre ich mich als Theologe dagegen, daß wir unser Leben einfach so dämlich aufteilen in Arbeitszeit und Freizeit. Wir sollten selber werden, was wir sein wollen, vielleicht sogar auch glücklich, aber zumindest wollen wir sinnvoll leben. Und das hat etwas mit Kultur zu tun. Kultur entsteht dort, wo wir den Dingen und vor allem auch unserer Arbeit Bedeutung verleihen. Wenn wir dazu unfähig sind, brauchen wir uns über die Folgen nicht zu entsetzen.

HEINRICH FINK: In diesem zweiten Schöpfungsbericht wird deutlich gemacht, daß, so wie der entsprechende Berichterstatter sich das vorstellt, Gott die Welt erschaffen hat in sieben Tagen bzw. an sechs Tagen. Am siebenten hat er sich ausgeruht. Er erklärte jeden Tag, daß das, was er geschaffen hat, gut ist, und als er den Men-

Lernen besteht in einem  
Erinnern von Informationen,  
die bereits seit Generationen  
in der Seele der Menschen  
wohnen.  
Sokrates (470-399 v.Chr.)

schen geschaffen hatte, nun glücklich war, nicht mehr allein zu sein. Das ist für mich der Ausgangspunkt, daß Gott den Menschen dann an seiner Schöpfung beteiligt hat, indem er ihm die Verantwortung gab, die Erde zu erhalten. Also Gott braucht den Menschen, um die Erde zu erhalten, der Mensch ist derjenige, der diese Erde weiter zu schaffen hat.

Dieser Schöpfungsbericht gibt eigentlich die Beteiligung des Menschen an dieser Schöpfung bekannt und macht kund, daß die Kreativität eben eine Aufgabe für diesen Menschen ist. Da Gott überzeugt war, daß der Mensch – nämlich Adam, eigentlich heißt das die »Menschheit« – nicht allein sein soll, hatte er ihm eine Gesellin gegeben. In dieser Gesellschaft ist der Mensch eigentlich erst komplett. Durch die Beteiligung an der Schöpfung tat Gott den Menschen kund, daß er *erstens* nicht allein arbeiten soll, *zweitens*, es eine entsprechende Beauftragung gibt, daß Arbeit ein Genuß ist, und daß, indem der Mensch arbeitet, er arbeitet, auch um zu lieben. Also in der Arbeit findet der Mensch seine Emanzipation, seine Verwirklichung, aber auch gleichzeitig seine Rechtfertigung.

Da ist für mich neu zu definieren, daß Arbeit in der Tat nicht nur eine entsprechende Arbeit zum Lohnerwerb ist, sondern für mich aus der biblischen-hebräischen Interpretation die Selbstverwirklichung des Menschen. Ohne Arbeit gibt es im Grunde genommen kein Leben. Thora heißt eigentlich Leben, und aus der Interpretation dieser Thora heraus ist die ständige Selbstverwirklichung des Lebens – zu arbeiten. Es ist interessant, daß es auch einen Rhythmus gibt. Einen Rhythmus von Arbeit und Feier. Der Mensch soll sechs Tage arbeiten und sich am siebenten Tag total ausruhen von dieser Arbeit, ausruhen im Sinne von gar nichts mehr tun. Dieses nennt dann der entsprechende Tradent »Sabbat«. Der Sabbat ist ein – für mich wichtiges – Korrespondendum zur Arbeit. Er ist nach wie vor in der Tradition die »Feier nach der Arbeit«. Wenn die Arbeit die Kreativität des Menschen entwickelt, hat er dann auch die Fähigkeit, mit dieser Kreativität nachzudenken. Von daher gehört für mich eigentlich zur Arbeit das Nachdenken über die Arbeit. Das Nachdenken über die Arbeit hat in der Tradition denn auch Geschichte gebracht. Das heißt, die Erinnerung gebracht. In der jüdischen Tradition ist die Erinnerung überhaupt das Wichtigste, was menschliche Gesellschaft haben kann und eigentlich ist für mich auch die Erinnerung die Kultur. Der Mensch erinnert sich an das, was er getan hat. Indem er sich erinnert, entwickelt er auch ein ganz bestimmtes Selbstbewußtsein. Daraus entsteht seine Emanzipation.

REINHOLD ANDERT: Paradies ist für alle, die nicht syrisch oder altsyrisch können, übersetzt ein »umzäunter Obstgarten«, nicht? Den pflegen und mal Obacht geben, das ist eigentlich eine paradiesische Arbeit. Das ist prima. Aber dann schickt er die raus aus dem Paradies, läßt da Disteln und Dornen wachsen, es wird dann wirklich eine schweißtreibende Angelegenheit, die Arbeit. Ich finde doch, sie ist, wenn man das nimmt, eine Strafe. Und sie diente dann als Rechtfertigung der ganzen protestantischen Arbeitsethik. Im Mittelalter war die Arbeit ja das, was sie wirklich ist, eine Schande, nur Knechte und Mägde mußten sich dieser Schande unterzie-

Ideale sind wie Sterne:  
Man kann sie nicht erreichen,  
aber man kann sich nach ihnen orientieren.  
Carl Schurz, amerikanischer  
Politiker und Publizist  
(1829-1906)



hen. Die Leute, die schlau waren, ließen für sich arbeiten, weil sie eben nicht sündigen wollten. Deshalb die Frage »Heimkehr ins Paradies« – wenn jetzt die Arbeit durch den »segensreichen« Kapitalismus Gott sei Dank verknappt wird, dann ist das doch prima. Dann war die Erbsünde gar nicht so schlimm. Dann ist der Weg ins Paradies frei.

CUNO FÜSSEL: Wenn wir davon ausgehen, daß Arbeit Strafe ist, dann würde ich dem zustimmen. Aber ich glaube schon, daß wir den Arbeitsbegriff auch in dieser Hinsicht differenzieren müssen. Es gibt natürlich Arbeit, die eine üble Plackerei ist. Jeder Mensch ist froh, wenn sie durch Maschinen übernommen wird. Es gibt aber auch eine andere Arbeit, in der ich eben etwas gestalten kann, indem ich etwas Schönes, Nützliches, Hilfreiches produzieren kann. Ich glaube nicht, daß diese Arbeit etwas ist, das wir missen möchten. Nur daß dann, durch die Klassenteilung der Gesellschaft, die Plackerei den einen zugemutet wird und die kreative Arbeit den anderen vorbehalten bleibt, das ist unbestreitbar. Das ist aber ein anderes Problem. Das hat nichts damit zu tun, ob Arbeit als solche verschwindet oder bleibt, sondern es ist die Frage, wie ihre verschiedenen Anteile dann eben in negative Arbeitsteilung gesamtgesellschaftlich verteilt werden. Ich meine, daß auch das Recht auf Arbeit, sich beteiligen dürfen an der Gestaltung von Natur und Umwelt und zwischenmenschlichen Beziehungen, etwas Positives ist.

Heinrich Fink hat eben schon gesagt, daß die Neugewinnung des Bestimmungsverhältnisses von Arbeit und Feier auch auf dem Programm steht. Und erst dann, wenn beides wieder zusammen eine Einheit bildet, können wir die verschiedenen Anteile neu gewichten. Ich glaube, darin liegt eine ganze Menge von Problemen. Dadurch, daß wir sie isoliert betrachten, geraten wir immer neu in Sackgassen und stellen die falschen Fragen, zum Beispiel: Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus? Statt zu fragen: Wie läßt sich die Arbeit so definieren, daß sie nicht nur neu verteilt werden kann und muß, sondern daß sie auch für alle Beteiligten sinnvoll und befriedigend ist?

Aber in diesem Zusammenhang müssen wir, glaube ich, konzeptionell neu ansetzen und dürfen uns keine Fragen aufdrängen lassen, die von vornherein in Sackgassen führen. Eine Neubestimmung nicht nur von Arbeit und Freizeit, von Arbeit und Liebe, von Arbeit und anderen sinnvollen Tätigkeiten erfordert auch eine Neudiskussion der Konzeption unserer Gesellschaft. Ich meine, da sind diejenigen, die unzufrieden sind mit den Verhältnissen, im Moment etwas phantasielos. Die herrschende Klasse ist einfallslos geworden, und wir lassen uns von dieser Einfallslosigkeit anstecken. Das liegt auch teilweise daran, daß wir die Schätze, die unsere große jüdisch-christliche Tradition hat, nicht heben wollen. Wir verschenken einen Schatz der Erinnerung an Befreiungsgeschichten, an Kreativitätsgeschichten, an einen anderen Umgang mit Arbeit, den wir aber heben und den wir auswerten müßten, wenn wir der gegenwärtigen Situation gewachsen sein wollen. Meine Kritik an dem gegenwärtigen Desaster: Der Wille der Be-

Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tun, sondern auch für das, was man nicht tut.  
Laotse (4.-3. Jh.v.Chr.)

teiligten, gemeinsam etwas zu verändern, ist zu gering. Nicht der Mangel an Ideen und nicht die desolante Verfassung unserer Regierung oder die schlechte Verteilung von Arbeit und Einkommen sind die eigentlichen Probleme. Es fehlt an der Lust, darüber nachzudenken, das anders zu machen, und es fehlt an Vertrauen in den guten Ausgang der Geschichte. Das Nörgeln ist sozusagen zur Volkskunst geworden.

HEINRICH FINK: Wir müssen deutlich machen, daß das Paradies ein Ort des Konfliktes ist. Gott hat sich dort auseinandergesetzt mit Adam und Eva. Wir sagen immer, sie haben einen entsprechenden Verlust gehabt. Sie mußten raus aus dem Paradies. Das ist zwar wahr. Aber dadurch, daß sie das Paradies einerseits verlassen haben, aber andererseits nun selbst verantwortlich waren für ihr Leben, ist die Paradiesgeschichte auch eine Abnabelungsgeschichte. Sie sind nicht mehr abhängig von Gott. Gott hat sie befreit, selbständig zu arbeiten, zu leben, sich selbständig weiterzuentwickeln, erwachsen zu werden. Indem aber immer in Form von Belohnung und in Form von Bestrafung gedacht wird, gehen wir von der Botschaft ab. Arbeit ist keine Strafe, sondern Arbeit ist die Möglichkeit der Selbstverwirklichung, ist die Möglichkeit des Erwachsenwerdens, ist die Möglichkeit der Emanzipation. Und das

glaube ich, wird in der Zukunft ein ganz großes Problem werden. Daß wir nicht mehr emanzipierte Männer und Frauen haben, weil sie eigentlich nicht mehr kreativ mit einer Aufgabe umgehen können.

REINHOLD ANDERT: Ich wundere mich, daß ihr euch so viel Mühe gebt mit dem Begriff. Wenn ich an eurer Stelle wäre, ich würde die Bibel aufschlagen und sagen: Was sorgt ihr euch ängstlich, was ihr essen und wie ihr euch kleiden sollt. Schaut die Lilien des Feldes und die Spatzen ... der Herr im Himmel kleidet sie – und so weiter. Das ist das Problem. Wir haben am Anfang des Kulturforums einen wunderbaren Film gesehen »Roger and me«, eine wahnsinnige Hilflosigkeit der amerikanischen Gesellschaft auf das Problem der Arbeitslosigkeit. Auch die Kirche oder die »Theologie« spielen eine Rolle. Ein Prediger wird für zwanzigtausend Dollar in eine Riesenhalle engagiert, und er klopft da unheimliche Sprüche und beruhigt und – »vertraut auf Gott«, »alles wird gut!« Die singen einen Choral und gehen nach Hause.

HEINRICH FINK: Ja, aber er vertröstet auf das Paradies.

REINHOLD ANDERT: Doch jetzt kommen wir zum Leben.

Was für ein Ende soll die  
Ausbeutung der Erde in  
all den künftigen Jahrhun-  
derten noch finden?  
Bis wohin soll unsere  
Habgier noch vordringen?  
Plinius d.Ä. (24-79 n.Chr.)

HEINRICH FINK: Da ist dieser Film »Roger and me« für mich ein ganz wichtiger Film auch in meinem Weiterdenken geworden. Menschen werden aus ihren Häusern vertrieben. Statt nun der Pfarrer – dieser Herr Roger – den betreffenden Beamten, der die Vollstreckung zu führen hat, mal beim Schlafittchen nimmt und sagt: Die bleiben drin. Das wäre nach meiner Meinung die Aufgabe gewesen, die nun in dem Moment – ich sage jetzt nicht Kirche, ich sage Christen – dort zu tun gehabt hätten. Statt dessen hält er ihnen an einem Weihnachtsabend eine Predigt, vertröstet sie auch noch mit Charles Dickens. Also eine Perfidie und eine Persiflage ohnegleichen. Ich glaube, daß die Frage der Realisierung von Botschaft eine Frage der Solidarität ist. An diesem Film ist deutlich geworden, daß die Solidarität bei Herrn Roger alles andere war. Das ist das Ergebnis einer verwehrten Predigt, die diese Botschaft – nämlich, daß es keine Sklaven geben darf, keine Ausgebeuteten und so weiter – vertan hat. Die Kirche ist im Moment, wenn sie so weitermacht, am Ende ihrer Botschaft. Und damit hat sie nichts mehr zu sagen und wird auch nicht mehr gehört. Zur Tatsache, daß Leute aus der Kirche austreten, kann man nur sagen, sie tun recht daran, daß sie das tun. Denn die Kirche gibt ihnen Dinge, die ihnen die Welt auch geben könnte, aber sie vertritt sie jetzt nicht vor dieser Welt.

CUNO FÜSSEL: »Betrachtet die Vögel des Himmels. Sie säen nicht, sie ernten nicht, und Gott der Herr ernährt sie doch.« – 12. Kapitel des Lukasevangeliums. Wenn man den Kontext vergißt, könnte es so klingen, als ob es das Hippievangelium wäre. Davor ist eine Geschichte, die berichtet von einem reichen Mann, der so eine große Ernte hatte, daß er eine neue Scheune bauen mußte, um Getreide zu horten und damit natürlich durch Verknappung die Preise zu erhöhen. Er war schon ein guter Marktwirtschaftler. Doch in dieser Nacht wurde er »abberufen« und mußte sterben. Was nutzte ihm seine Vorratspolitik? Dann kommen die eben zitierten Sätze, aber auch die stehen nicht allein, sondern der Schlußsatz ist der entscheidende: »Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit, und alles andere wird euch hinzugegeben werden.« Was heißt das? Das heißt ganz konkret, die Produkte unserer Arbeit, die Vorratshaltung, die Sorge um unser Leben sind zurückzubinden an eine gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Und genau das ist unser Problem in dieser Zeit. Nicht die Frage, gibt es viel Arbeit, gibt es gute Arbeit, gibt es schlechte Arbeit, sondern wir haben ungerechte Wirtschaftsverhältnisse, wir haben eine in sich gesplattene Gesellschaft und eine den biblischen Gesetzen weit entfernte Gesamtwirtschaftsordnung, die auf Ausbeutung, auf Gewinnmaximalisierung, auf Niederkonkurrieren des anderen ausgerichtet ist. Die Botschaft der Bibel würde sagen, schafft erst einmal gerechte Verhältnisse, sorgt dafür, daß flächendeckend soziale Gerechtigkeit hergestellt ist, dann lassen sich die anderen Probleme nivellieren und möglicherweise sogar lösen.

Das Pferd wird also von hinten aufgezümt, wenn wir über Umverteilung von Arbeit reden und nicht darüber nachdenken, daß wir *erstens* genug Arbeit haben, daß wir mehr als genug Geld haben,

nur daß beides nicht zusammenkommen kann, weil die bestehenden Verhältnisse absolut ungerecht sind. Und wer sich nicht traut, das laut zu sagen, der sollte sich nicht an politischen Debatten beteiligen. Wer nicht in der Lage ist, die Revolution und den Strukturumschwung, den die Liberalen planen, zu konterkarieren durch eine große Alternative, durch ein großes Bündnis auf der anderen Seite, der wird untergehen in dem zynischen Feldzug, der im Moment im Gange ist. Wenn wir nicht die Wirtschaftsordnung, die wir haben, zur Debatte stellen, sondern an ihr herummanipulieren wollen und dann darüber jammern, daß nichts dabei herauskommt, dann werden wir nicht zum Ziel kommen. Die Bibel ist da viel radikaler. Sie sagt, jammert doch nicht über eure Daseinsfürsorge: Die eine Versicherung ist zu hoch, die andere leistet nichts, die Krankenkasse ist gestiegen, – sondern sorgt insgesamt für solidarische, gerechte Verhältnisse, dann werdet ihr die anderen Probleme in den Griff bekommen.

REINHOLD ANDERT: Nun ist es so, das einzige, was Herrn Kohl noch aus der Ruhe bringen könnte, ist ein geharnischter Brief der Fuldaer Bischofskonferenz – warum kommt denn der nicht? Oder eine neue Enzyklika des Papstes?

CUNO FÜSSEL: Ich erwarte keine Korrektur der Wirtschaftsverhältnisse durch ein Wort der Bischöfe, sondern durch eine aktive Politik derjenigen, die in diesem Land betroffen sind und die sich noch zur Kirche bekennen. Auch wenn der Heilige Vater in der Welt herumfliegt und allen möglichen Unsinn anstellt, wird er uns die Chance nicht verderben, daß wir ernst machen mit unserem Glauben und mit dem Leben aus dem Evangelium und aus der jüdisch-christlichen Tradition heraus, auch neue Impulse zum Beispiel für eine neue Wirtschaftsordnung zu formulieren. Und wer also die Neoliberalen, diese selbsternannten Päpste dieser Bewegung und ihre Texte kennt, der weiß, daß sie vor dem Stichwort Gerechtigkeit mehr Angst haben als der Teufel vor dem Weihwasser. Nur keiner von den Linken traut sich, dieses aufs Panier zu schreiben und wirklich zu sagen, es geht um Gerechtigkeit, um nichts anderes. Und alles andere wird euch hinzugegeben werden. Warum tun sie es nicht? Weil sie es wahrscheinlich selber nicht glauben, daß es das Stichwort ist, das Remedur schafft. Und da möchte ich ganz gern ansetzen, da sind alle anderen Dinge nicht sekundär im Sinne von Beliebigkeit, aber sie sind der *zweite* Schritt. Und den ersten sind wir nicht bereit zu tun. Deswegen müssen wir immer über den unterbleibenden zweiten zusammen jammern und werden dann am Ende eine große Trauergemeinde statt eine disziplinierte revolutionierte Gemeinde.

*Frage aus dem Publikum:* Nun haben sie von dem Baum nichts essen dürfen, und nun haben sie keine Erkenntnis. So laufen die Menschen ohne göttliche Erkenntnis aus dem Paradies heraus und sind zum Arbeiten bestimmt.

CUNO FÜSSEL: So ist die Geschichte nicht gelaufen. Zunächst ein-

Einen ewigen Fehler machen diejenigen, die sich unter Glückseligkeit die Erfüllung ihrer Wünsche vorstellen.  
Leo Tolstoi (1828-1910)

mal, die berühmte Geschichte vom Paradies, die wir uns hier durch die Überschrift eingebrockt haben, lief doch ein wenig anders. Die Menschen kamen voll zu der Erkenntnis, nämlich auch zur Erkenntnis ihrer Verantwortung, und daß es auf sie selber ankommt. Damit wurden die Verhältnisse eben so wie sie sind, also schwieriger, als wenn man alles gemacht und vorgesetzt bekommt. Aber der Preis der Mündigkeit ist die Übernahme der Arbeit und der Verantwortung. Beides müssen wir selbst übernehmen und nur so werden wir zu Subjekten. Die Übernahme von Arbeit und Verantwortung ist das Produkt dieser Geschichte, und dabei müssen wir bleiben. Beides können wir nicht abtreten und abschütteln. Aber die Frage, wie man offensiv mit der christlichen Botschaft in diesem Land umgehen sollten ist eine ganz andere Sache. Ich bin der Meinung, daß wir schon noch einen Schritt tun könnten und vielleicht auch im Rahmen von Kulturtagen der PDS oder wie immer das aussehen mag. Aber es kommt darauf an, daß die Subjekte alle selber tätig werden.

Wir haben schon so viele Botschaften im Laufe von ein paar tausend Jahren von uns gegeben, es hat sich nichts geändert. Das liegt nicht nur an der Botschaft, sondern an der Willigkeit derjenigen, die sie gehört haben, sie auch umzusetzen. Da würde ich um große Mitarbeit auf allen Seiten bitten.

Wer keinen Sinn im Leben sieht, ist nicht nur unglücklich, sondern kaum lebensfähig.  
Albert Einstein (1879-1955)

*Frage aus dem Publikum:* Darf man Professor Fink so verstehen, daß die Vertreibung aus dem Paradies eigentlich die Selbstertüchtigung des Menschen darstellt, sich um seine Belange selbst zu kümmern, und nicht nur auf Gott zu vertrauen? Ist diese Selbstbestätigung des Menschen, durch die Befreiung, am Baum der Erkenntnis gekostet zu haben, identisch damit, daß er die Erkenntnis damit auch gewonnen hat? Wir wissen es doch nicht.

HEINRICH FINK: Es sind Berichte, Glaubensberichte, Glaubensüberzeugungen. Es sind keine dogmatischen Festlegungen. Daß er zu unterscheiden gelernt hat zwischen Gut und Böse, das ist für mich eine Botschaft daraus. Dieses Gut und Böse auch anzuwenden versteht. Das ist für mich die Folge daraus. Mensch, dir ist gesagt, was gut und böse ist. Die Erhaltung des Lebens ist gut. Es ist auch in der jüdischen Tradition nichts wichtiger als die Erhaltung des Lebens. Man kann jedes Gesetz, jedes Gebot, alles brechen, wenn es um das Leben geht.

Das andere ist natürlich, daß es eine entsprechende Zusage der Selbständigkeit des Menschen gibt und er auch selbst entscheiden muß über sich und über seine Umgebung und dafür auch eine Verantwortung hat. In dieser Entscheidung muß er keinen fragen, weder Papst noch König noch sonstwen, wenn Leben gefährdet ist und wenn irgend jemand auch psychischen Schaden nimmt, wenn er geschlagen wird. Es heißt zum Beispiel in Psalm 119, Vers 121: Ich habe Recht und Gerechtigkeit geübt – betet einer, der in Not ist, also der Psalmbeter, wahrscheinlich David –, überlaß mich nicht denen, die mir Gewalt antun. Tritt ein für das Wohl deines Knechtes, daß die Frechen mich nicht unterdrücken. Meine Augen schmachten nach deiner Hilfe und nach deiner gerechten Ver-

heißung. Handle an deinem Knecht – und so weiter. Es geht auch darum, daß es keine Knechtschaft gibt, die eine Untertänigkeit hat. Allenfalls gibt es eine entsprechende Autoritätenbeziehung. Aber diese Autoritätenbeziehung ist nicht Untertan sein. Die Reformation war ein Aufschrei, und dieser Aufschrei muß weitergehen. Ich glaube, daß im Augenblick die Frage nach der Gerechtigkeit – das ist nämlich genau die Frage des Hebräers: »Du wolltest Opfer, und ich habe Gerechtigkeit erwartet von dir.« – die soziale Frage ist, die wir gemeinsam stellen können. Ich glaube, daß es demnächst eine linke Ökumene geben muß, wie Adam Schaff sie jetzt schon gefordert hat, die diese Frage der Gerechtigkeit intensiver stellt. Von daher finde ich die Frage hier auf einem Kulturforum wichtig, weil es um zukünftige Kultur geht, um die Frage des Umgangs der Menschen untereinander. Das Augenblickliche hat eben nichts mehr mit Kultur zu tun, das ist die Ausbeutung, um eben Geld zu kriegen, um eben zu leben.

*Zwischenruf aus dem Publikum:* Ich habe nur Bedenken in bezug auf die Glaubwürdigkeit dieser Botschaft im Rückblick auf die Geschichte. Hätte die Kirche sich in der Vergangenheit immer so verhalten, wie diese Botschaft verkündet hat, aber sie hat doch eher immer die Ungerechtigkeit gesegnet und auch die Kanonen und so weiter. Das macht heute die Glaubwürdigkeit so doppelt schwer.

HEINRICH FINK: Der Zwischenruf ist berechtigt. Die Kirche hat nun schon, wenn ich meine Tradition mit Christus anfangen, mit Jesus von Nazareth, also zweitausend Jahre, diese entsprechende Auseinandersetzung mit sich selber. Und die kommunistische Partei oder die kommunistische Fraktion erst siebzig Jahre. Aber was euch trösten könnte, daran, daß daran die Botschaft nicht verloren gegangen ist, trotz Inquisition, trotz Faschismus und so weiter. Und wenn ihr nach siebzig Jahren schon anfangt, an eurer Botschaft zu zweifeln, ob sie richtig ist, dann seid ihr also noch kleingläubiger als wir, und das solltet ihr lieber nicht tun.

*Zwischenruf aus dem Publikum:* Es mag ja naiv sein – die paradiesische Geschichte zu projizieren auf die realen Vorgänge und den paradiesischen Zustand aus dem Zustand der Wildbeuterei, der Jäger und Sammler zu betrachten, die sich der Natur gegenüber eben anders verhielten als die, die den Ackerbau erfunden hatten, Frauen waren es. Und die waren es auch, die nun also auch mit den Disteln zu tun hatten. Damit haben sie ein neues Verhältnis zur Natur in Gang gesetzt, das sie abhängig machte davon, daß sie etwas produzieren, und sie waren von dem Zeitpunkt an nicht nur von dem abhängig, was sie von den für sie günstigen Umständen in der Natur vorfanden. Die biblische Geschichte, die das in verschiedenen Varianten beschreibt, ist für mich eine sehr schöne Interpretation dieses Vorgangs und damit durchaus zu vereinen mit der Tatsache, daß tatsächlich alle menschliche Kultur davon abhängt, daß der Mensch sich mit den Bedingungen seines Lebens produktiv und schöpferisch auseinandersetzt. Das tut er in verschiedenen Formen durch die Gesellschaftsgeschichte hindurch,

Ungehorsam ist für jeden,  
der die Geschichte kennt,  
die recht eigentliche  
Tugend des Menschen.  
Oscar Wilde (1854-1900)



immer mit ganz anderen Risiken. Ich sehe da auch gar keinen Dissens mit den christlichen Vorstellungen, welche Bedeutung die Arbeit im Leben des Menschen hat. Mein Problem ist das der Gerechtigkeit. Da bin ich selbstverständlich vor dem Christen in einem Nachteil. Denn er hat ja eine Instanz, vor der entschieden werden kann, was Gerechtigkeit ist. Sie mögen sagen, nein, das ist ganz anders. Das Problem ist aber, was für den Kulturhistoriker klar ist, daß natürlich der Neoliberale völlig im Recht ist. Er hat eine andere Auffassung von Gerechtigkeit. Ich habe versucht zu sagen, Friedrich Engels hat gesagt, Menschenskind, das ist doch völliger Unsinn, die Arbeit gleich zu verteilen. Das ist eine blödsinnige Vorstellung von Gerechtigkeit, wenn die Arbeit so wenig ergiebig ist. Das ergibt keine Kunst, keine Wissenschaft, keine Staatsmänner, Platon und alles gar nicht möglich. So kann man die Weltgeschichte nicht betrachten. Die Arbeit muß erst ergiebig sein, damit alle Zeit für Muße haben können. So einfach, so simpel war das Modell. Ich vereinfache das. Nun soll eine gerechtere Ordnung geschaffen werden. Aber vor wen ziehen wir, um Gerechtigkeit einzufordern, und wer soll entscheiden, was gerecht ist?

Die Faulheit ist der Humus des Geistes.  
Thaddäus Troll, deutscher Schriftsteller (1914-1980)

CUNO FÜSSEL: Wichtig ist doch, daß wir gemeinsam unser Leben meistern müssen und deswegen auch gemeinsam an der Veränderung der Bedingungen, unter denen wir das tun, arbeiten müssen. Wir reden die ganze Zeit fast immer so, als ob jeder nur für sich allein auf der Welt ist und arbeitet, und dieser Gedanke der Sozialität der Arbeit, daß das in sich schon ein Gemeinschaftsverhältnis ist und nicht nachträglich erst durch Addition entsteht, das scheint uns total abhanden gekommen zu sein. Deswegen ist das auch so schwer zu vermitteln, wo sitzt denn die Gerechtigkeit. Die sitzt nicht in irgendeinem Gerichtshof. Es gibt keine Instanz außerhalb, an die ich appellieren kann. Sie ist ein Produkt der gemeinsamen Arbeit und ein gemeinsames Projekt, das ich in der Geschichte erkämpfen und durchsetzen muß. Und auch nicht der liebe Gott garantiert Gerechtigkeit. Er hat uns nur gesagt, also wenn ihr mich überhaupt verstehen könnt und wollt, dann handelt gerecht miteinander, das heißt, schafft eine Gesellschaft, in der jedem ein Überleben in Würde und Freiheit garantiert ist. Das war zum Beispiel neuerdings die Forderung der Zapatistas. Keiner von den Reportern, die vermutet haben, daß sie gerne schießen möchten, ist auf die Idee gekommen, daß hier ein neues Gesellschaftsprojekt verkündet wurde. Beim Aufstand der Chiapas war das Grundmodell: Wir wollen nicht an die Macht, wir wollen keine Gewehre, wir wollen auch nicht die Regierung stürzen, wir wollen endlich eine gerechte Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der alle Menschen Platz haben. Das haben die Kommentatoren bei uns, die geschult an Hegel und anderen Denkern waren, überhaupt nicht verstanden. Nur die armen Indios hatten es verstanden, weil sie eine Mischung von Marxismus und Bibel gelernt hatten bei Befreiungstheologen, die bei uns nicht an der Tagesordnung ist. Deswegen ist es müßig zu fragen, wo ist die Instanz, von der wir Gerechtigkeit einklagen können? Wir sind es, wir haben ein Geschichtsprojekt zu entfalten, aus dem heraus klar wird, das wird der Weg zu einer gerechten



Gesellschaft sein. Da muß man nicht an Gott glauben, man kann es auch sein lassen. Man kann wie Sartré sagen: Du bist Gott und ich bin frei, also arbeiten wir beide an der Geschichte weiter. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, daß wir immer wieder Instanzen aus uns heraus verlagern, das ist ja das Grundmodell der Entfremdung. Da bin ich der Meinung, wir müssen das selber sehen, wie sieht so eine Gemeinschaft aus, die wir gemeinsam konstruieren? Das Modell der Gerechtigkeit ist relativ einfach.

*Frage aus dem Publikum:* Was gerecht ist?

HEINRICH FINK: Gerecht ist, was Leben ermöglicht und dem anderen das Leben gönnt.

Es gibt kaum etwas auf dieser Welt, das nicht irgend jemand ein wenig schlechter machen und etwas billiger verkaufen könnte. Und die Menschen, die sich nur am Preis orientieren, werden die gerechte Beute solcher Machenschaften.  
John Ruskin, englischer Schriftsteller (1819-1900)

### Programm des Kulturforums der PDS am 7./8. Dezember 1996

#### Samstag, 7. Dezember

10.00 Uhr: Musik der Gruppe »Bravo« (russische Straßenmusiker)

10.15 Uhr: Begrüßung durch *Sabine Andert*.

Vorstellung des Programms und der Ausstellung.

Objekte von *Henrik Telemann/Virserum* (Schweden);

Fotoausstellung von *Ulrich Burchert, Christina Kurby*

Film: *Roger and me*, Regie: *Michael Moore*

12.15 Uhr: Was heißt hier Arbeit? Mit *Dietrich Mühlberg*

14.00 Uhr: Herr und Knecht. Mit *Horst Groschopp*

16.00 Uhr: *Hans Mayer* spricht zu Brecht und BE

16.30 Uhr: Markt ist männlich. Mit *Birke Bull, Ilsegrat Fink, Uta Meier, Kerstin Kaiser*

18.45 Uhr: »Der Anteil der Wissenschaft an der Menschwerdung des Affen«. Mit *Edgar Külow*

19.00 Uhr: »Strategien im Reich der Wünsche«. Das Menschenbild der Medien. Mit *Lothar Bisky, Lutz Herden, Michael Jäger, Julius Mende, Wolfgang Menge*. Moderation *Lutz Bertram*

#### Sonntag, 8. Dezember

10.00 Uhr: Nebensache. Einmannstück von *Jakob Mendell/Gitte Kath*

10.00 Uhr: Film: Arbeitslos von *Peter Voigt*, Studio H&S

11.00 Uhr: Hans im Glück. Alternative Lebensweisen. Mit *Karl Birkhölzer, Rainer Land, Annette Flade, Matthias Pril, Milana Müller, Judith Dellheim*

13.30 Uhr: Arbeit und Psyche. Mit *Hans-Joachim Maaz, Wolf Wagner* und *Edda Seifert*

14.30 Uhr: Heimkehr ins Paradies. Glaube, Liebe, Hoffnung? Mit *Cuno Füssel, Heinrich Fink* und *Reinhold Andert*

16.00 Uhr: Leben ohne Arbeit? Mit *Edda Seifert, Gregor Gysi, Frank Castorf, Heleno Sana* und *André Brie*

18.00 Uhr: Bausparen und Hausbesetzen. Ein Grundkurs mit *Freke Over*. Jugend, Arbeit und Erholung

20.00 Uhr: Ausklang in der Kantine und Filme auf der Probebühne. Musik *Jean PACELET*

## ARNOLD SCHÖLZEL

### »Crossover«-Tagung in Hannover

Rund 100 Teilnehmer verzeichnete die Arbeitstagung des Crossover-Prozesses, zu der die Zeitschriften »Andere Zeiten«, »spw« und »Utopie kreativ« für den 13. April 1997 nach Hannover eingeladen hatten. In einer problemorientierten, konzentrierten Debatte erörterten die Anwesenden zwei Themen, zu denen Experten einleitend ihre Standpunkte äußerten: »Zukunft der Arbeit – Politik für Vollbeschäftigung« und »Ökologischer Umbau – Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung«. Unter der Überschrift »Massenarbeitslosigkeit bekämpfen – eine andere Politik möglich machen« diskutierten in einem dritten Tagesordnungspunkt *Eckhard Spoo* (Journalist, Hannover) und *Edelbert Richter* (Theologe, MdB/SPD, Weimar) über die von ihnen mitgetragene »Erfurter Erklärung«.

Arnold Schölzel – Jg. 1947,  
Philosophiehistoriker, Berlin.

Zum ersten Thema erklärte *Horst Dietzel* (PDS, Berlin) einleitend, nach seiner Auffassung gelte es, in der gesellschaftlichen Debatte um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zunächst die wichtigsten Schwerpunkte zu benennen. Derzeit beherrsche das Stichwort »Lohnnebenkosten« die Diskussion. Der DGB-Vorsitzende Schulte habe fünf Punkte aufgezählt, die vorrangig bewältigt werden müßten: Vorantreiben von Forschung und Entwicklung, Lohnnebenkosten, Arbeitszeitpolitik, Flächentarifverträge, öffentlich geförderte Beschäftigung. Crossover habe sich auf drei entscheidende Punkte geeinigt, um zu einer Vollbeschäftigung zurückzukehren. Dieses Ziel tauche in der gesellschaftlichen Diskussion kaum noch auf, offenbar, weil man vor dem damit verbundenen Strukturwandel zurückschrecke. Bei diesen drei Punkten handele es sich um: *Erstens*: Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitpolitik. Arbeitszeitverkürzung sei ein wichtiger Ausgangspunkt für eine Reformalternative und zwar als Verkürzung von Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit. Heute sei dabei nicht mehr die Frage, ob die Arbeitszeit flexibilisiert werde, sondern wie das geschehe. Daher sei Arbeitszeitpolitik nicht nur der Tarifpartner, sondern auch der Parteien nötig, die lenkend eingreife, so daß die Flexibilisierung beschäftigungssichernd und -fördernd wirke. Außerdem gehe es um Gesundheitsschutz, Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf oder größere individuelle Arbeitszeitsouveränität. Entscheidend sei die Schaffung von »Zeitsouveränität«, d. h. die arbeitsfreie Zeit nicht in mehr individuellen Konsum münden zu lassen, sondern Zeitstrukturen zu schaffen, die nicht nur den Interessen des Kapitals untergeord-

net sind. *Zweitens*: Umverteilung der Arbeit zwischen Frauen und Männern. Sie könne vorangebracht werden, wenn es zu einer Umverteilung der Erwerbsarbeit komme – vorrangige Schaffung und Erhalt von Frauenarbeitsplätzen, neue Arbeitszeitmodelle, Beseitigung der Lohndiskriminierung von Frauen u. a. *Drittens*: Schaffung eines neuen gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektors wie in der Crossover-Erklärung vom Februar 1996 gefordert. *Dietzel* betonte, daß es dabei nicht um eine »getarnte Form des Staatseigentums« gehe, sondern um das Zusammenwirken verschiedener Formen des Eigentums.

*Michael Jäger* (Redakteur des »Freitag«, Berlin) knüpfte an diese Forderungen an und erklärte, nach seiner Auffassung liege die politische Zuspitzung in der Forderung nach einer Verkürzung der Jahresarbeitszeit. Er warnte aber vor einer Reduktion des ökologischen New Deal auf das Problem von Umverteilung und Arbeitszeitverkürzung. Derzeit schein die Forderung nach dem ökologischen New Deal darauf hinauszulaufen, daß die Mittelschichten die Mittel dafür aufbringen. Das sei zu pauschal. Das Thema sei das Verhältnis von privatem kapitalistischen Eigentum und staatlichen Einrichtungen. Es dürfe nicht nur darum gehen, mit Hilfe der Gemeinwirtschaft staatliche Nachfrage zu schaffen, das habe Margaret Thatcher auch gemacht. *Jäger* fragte, ob erst Vollbeschäftigung das Ziel sei und dann der ökologische Umbau? Die Konzentration nur auf Arbeit sei ökonomistisch, tatsächlich gehe es aber um eine kulturevolutionäre Lösung.

Als dritte Rednerin des Expertenforums fragte *Alexandra Wagner* (Institut für Arbeit und Technik, Düsseldorf), ob nicht entscheidend sei, mit der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu beginnen. Die neoliberale Politik habe eine soziale Abwärtsspirale zur Folge, die stetig mehr Arbeitslosigkeit hervorbringe. Nötig sei daher eine direkte Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Instrumente dafür seien eine europäische Beschäftigungspolitik, öffentliche Investitionspolitik und ökologische Innovation. Größte Priorität habe die Bekämpfung der Verhärtung und Ausgrenzung von Arbeitslosigkeit, der Langzeitarbeitslosigkeit. Das gerade in Kraft getretene Arbeitsförderungsgesetz grenze Langzeitarbeitslose aus. *Wagner* äußerte generell Skepsis gegen die Möglichkeit, derzeit eine linke Reformperspektive aufzubauen. Sie machte zum Thema »Umbau der Arbeit« darauf aufmerksam, daß z.B. lange Arbeitszeiten und eine hohe Frauenquote unter den Beschäftigten eine Vielzahl privater Dienstleistungen nach sich ziehe. Eine Reformperspektive sehe sie daher zuerst in einem kulturellen Projekt.

*Frieder Otto Wolf* (Mitglied des Europa-Parlaments/ B 90-Die Grünen, Berlin) sah in dieser Differenz eine zentrale Frage der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Entscheidend sei, nicht aus dem Auge zu verlieren, daß es nicht um Produktivismus gehe, sondern um Befreiung von warenförmiger Arbeit und Arbeit überhaupt. Auch in der folgenden Debatte war die Differenz zwischen jenen, die über Förderung der Erwerbsarbeit diskutierten, und jenen, die übergreifende Aspekte des Arbeitsbegriffs beachtet wissen wollten, deutlich.

So legte *Rosemarie Hein* (MdL/PDS, Magdeburg) dar, welche

Probleme aus ihrer Sicht die von Gewerkschaften und von Crossover diskutierten Wege zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit aufwerfen. Es gehe, wie ihr *Ralph Krämer* (spw, Dortmund) beipflichtete, zuerst um Erwerbsarbeit. Mit den Arbeitszeitkonten werde, so *Hein*, z. B. kein neuer Arbeitsplatz geschaffen, das Thema Teilzeit und Überstunden sei global überhaupt nicht zu diskutieren. Es gebe nur sehr widersprüchliche Lösungen.

*Uwe Kremer* (spw, Dortmund), *Mohssen Massarat* (Universität Osnabrück) und *Dieter Dehm* (SPD, Frankfurt/Main) legten den Akzent darauf, daß es bei allen angestrebten Veränderungen um soziale Interessen gehe, um ein »Klassenproblem« (Kremer) bzw. um eine »machtpolitische Frage« (Massarat). Das Projekt einer Gemeinwirtschaft, so *Massarat*, sei letztlich auch mit einem anderen Gesellschaftsmodell verbunden. Polemisch fragte *Dieter Dehm*, was die Mittelschichten vom ökologischen New Deal außer einer neuen Kultur zu erwarten hätten? Er plädierte dafür, sich auf den nächsten Schritt und auf den Hauptgegner zu konzentrieren, da soziale Kämpfe gegen die wirklichen Machthaber, gegen das Großkapital absehbar seien.

*Willi Brüggem* (B 90/Die Grünen, Berlin) sah ein Hauptproblem darin, die Diskussion um Vollbeschäftigung mit der Diskussion um soziale Gerechtigkeit und Solidarität zu verbinden. Zentral sei dabei die Arbeitszeitverkürzung, wobei die gerechtere Verteilung der Arbeit aus öffentlichen Mitteln mitfinanziert werden müsse. Das sei aber eine politische Frage, wie der Streik der Steinkohle-Bergarbeiter gezeigt habe.

Zum zweiten Themenschwerpunkt ergriffen eingangs *Willi Brüggem*, *Hermann Bömer* (Universität Dortmund) und *Mohssen Massarat* das Wort.

*Brüggem* ging davon aus, daß für einen ökologischen Umbau der Gesellschaft ein ganzheitlicher Entwicklungsweg notwendig sei und man daher von einer ökonomistisch verkürzten Debatte wegkommen müsse. Kern der gegenwärtigen Krise sei, daß die Bedürfnisse für fordistische Güter langsamer wüchsen als die Produktivität. Güter in neuen gesellschaftlichen Sektoren würden nicht angeboten. Es existiere ein struktureller Konservatismus der Konsumgütermärkte, der überwunden werden müsse. Daher müßten die Wahl- und Handlungsmöglichkeiten der Verbraucher gestärkt werden. Nötig sei ein politischer Mechanismus, der moderne Verbraucherbedürfnisse in Politik umsetze. Sein institutioneller Vorschlag sieht die Einrichtung von regelmäßigen »Verbraucherwahlen« vor, bei denen verschiedene Entwicklungs- und Konversionsszenarien zur Wahl stehen. Für besonders problematische Branchen oder Produkte sollten Quoten festgelegt werden, auf deren Grundlage frei handelbare Produktions- und Importzertifikate ausgegeben würden. Die Stahlquotenpolitik der EU sei dafür ein Beispiel, das auch auf die Automobilindustrie angewandt werden könne. Mit Ökosteuern allein könne technologisch schon bereitliegenden Sparpotentialen nicht zum Durchbruch verholfen werden. Sie bremsten nur das Schlechte aus, ohne das bessere Neue zu schaffen. Hier sei das Feld für den dritten Beschäftigungssektor: Er könne z.B. bisher unerledigte, aber dringend

nötige ökologische Reparatur-, Konversions- und Renaturalisierungsarbeiten übernehmen und neue soziokulturelle Dienstleistungen erbringen. Durch öffentliche Aufträge, die durch Ökosteuern finanziert werden, könnten neue Märkte für ökologische und soziokulturelle Güter geschaffen werden. Das gelte vor allem für den kommunal- und stadtwirtschaftlichen Bereich. Das laufe nicht auf neuen Staatsdirigismus hinaus, sondern auf eine politische Entscheidung über zu fördernde Aufgaben. Die Produktion selbst bleibe den Marktkräften überlassen und werde von privaten, genossenschaftlichen oder öffentlichen Unternehmen übernommen, die miteinander konkurrieren. Das stoße die Entstehung eines neuen Mittelstandes an. Nötig sei daher *erstens* ein ökologisches Konversionsprogramm, *zweitens* die Schaffung eines neuen, zwischen Staat und Privatwirtschaft angesiedelten »dritten Sektors« und *drittens* ein Ökosteuerprogramm, das neue Finanzierungsquellen für ökologische Investitionsprogramme erschließt.

*Massarat* schloß sich diesem Konzept eines neuen Verhältnisses von Gesellschaft und Politik an. Er forderte dazu auf, klar die Defizite des gegenwärtigen Gesellschaftsmodells zu benennen und nannte vor allem die Dominanz des Finanzkapitals, das dazu tendiere, möglichst viele Kosten aus dem System zu externalisieren. Darin seien politische Defizite angelegt. Es gebe eine Verquickung von Markt und Macht, die keine Konsumentensouveränität ermögliche. Einzige Möglichkeit sei die politische Veränderung der Angebotsstruktur. Diese Funktion erfüllten Ökosteuern nicht. Er plädierte ähnlich wie *Brüggen* für Kontingentierungen z. B. bei der Auto-Zulassung pro Jahr. Das sei zweifellos Dirigismus. Er stelle aber Chancengleichheit her. Die Regulierung von Angebotsmengen bei ökologisch relevanten Gütern sei analog zur Geldkontingentierung durch die Zentralbank zu gestalten. Klar sei, daß dieses Problem durch die gegenwärtige Gesellschaft nicht gelöst werden könne.

Auch *Bömer* setzte sich für eine ähnliche Strategie ein. Der Begriff »ökologischer Umbau« müsse erhalten bleiben, um damit konkrete Forderungen zu verbinden. So erschließe man z. B. konkret durch eine Verordnung zur Kraft-Wärme-Kopplung, d. h. durch staatliche Regulierung, ein enormes, genau berechenbares Einsparpotential im Energiesektor. Nötig seien öffentliche Regierungsinstitutionen, die solche Maßnahmen kontrollierten, d. h. eine wirklich effiziente Bürokratie.

Diesem Ansatz folgten auch die Diskussionsredner weitgehend. So setzte sich *Dieter Dehm* dafür ein, einen »wählbaren Dirigismus« anzustreben. *Thomas Westphal* (spw, Hannover) hob hervor, daß es um Wirtschaftsdemokratie gehe und nicht um eine Staatsdebatte.

Resümierend stellte *Brüggen* fest, daß die Diskussion in einer zentralen Kontroverse zu einem überraschend einmütig akzeptierten Resultat geführt habe: Ökosteuern allein reichen für Schritte zum ökologischen Umbau nicht aus. Das sei ein wichtiger Schritt. Die Frage bleibe, wie weit man über traditionelle staatliche Institutionen hinweggehen könne oder nicht. In der Bevölkerung gebe es eine relative Mehrheit für ökologische Umbauschritte. Die

etablierte Politik habe bei der Aufnahme dieser Tendenzen völlig versagt. Wenn die Politik durch das Nadelöhr von Partei- und Wahltaktik müsse, sei kein Umbau-Konzept möglich.

Das abschließende Forum mit *Eckhard Spoo* und *Edelbert Richter* leitete *Susi Möbbeck* (spw, Bremen) mit der Bemerkung ein, die »Erfurter Erklärung« könne als »große Schwester von Crossover« bezeichnet werden. *Edelbert Richter* ging darauf ein und erklärte, er könne sich in politischen Aktionen, um die es jetzt gehe, eine Arbeitsteilung mit »Crossover« vorstellen. Aus seiner Sicht sei die »Erfurter Erklärung« ein Zeichen dafür, daß die »Revolution von 1989 – wenn es denn eine war – noch nicht zu Ende« sei. Seine Aufgabe sehe er darin, die Absichten der Erklärung jetzt unter die Leute zu bringen. Die Resonanz in seinem Wirkungsbereich in Ostdeutschland sei enorm. *Eckhard Spoo* glossierte die Reaktionen der Tagespresse auf die »Erfurter Erklärung« und stellte fest, daß sie am Kern der Erklärung ebenso vorbeigingen wie die Äußerungen von Politikern zu ihr. In der Diskussion setzte sich *Mohssen Massarat* dafür ein, für die Herstellung eines Bündnisses nicht zuerst auf die Parteien zu schießen, sondern an die Erfahrung der Friedensbewegung mit einer kulturellen Gegenoffensive anzuknüpfen. Konkret solle eine Massendemonstration in Bonn oder Berlin ein Ziel sein.

In einer Erklärung bekräftigten die Teilnehmer ihren Willen, mit Hilfe von »Crossover« zur Herausbildung von Reformalternativen in der Bundesrepublik beizutragen. Jene Reformkräfte, die am Ziel der Vollbeschäftigung festhalten wollten, stünden vor einer neuen Integrationsaufgabe. Es gehe um einen Entwicklungsweg, »der eine konkrete und gesellschaftlich mehrheitsfähige Alternative zur herrschenden neoliberalen Entwicklungslogik bietet.« »Crossover« sehe seinen Beitrag dafür einerseits darin, in SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS für das Aufbrechen von Politikblockaden zu werben, andererseits darin, ein Forum für den politischen Dialog unterschiedlicher politischer Kräfte der Linken zu bieten.

Im Dezember 1997 wird der nächste reformpolitische Kongreß von »Crossover« voraussichtlich in Dortmund stattfinden.



WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Vermutlich wird während unseres Berichtszeitraumes so mancher einstige DDR-Gesellschaftswissenschaftler neidvoll sein Fäustchen in der – selbstverständlich linken – Hosentasche geballt haben, denn J.K., vielschreibendes Universalgenie aus Berlin-Weißensee, hat im Gegensatz zu vielen seiner ehemaligen Kollegen inzwischen wieder eine beachtliche Presse – und scheint wohlgenut wie eh und je. Ein beneidenswertes Naturell. Der »Berliner Zeitung« gab er ganzseitig und sehr anekdotisch Auskunft. Unsereins, seit Jahrzehnten ein stiller Verehrer des Mannes, kannte natürlich die meisten Anekdoten schon. Und unsereins wußte auch schon vor der Lektüre einigermaßen genau zu ahnen, auf welche Vorgänge in seinem langen Leben der Wirtschaftshistoriker in dem langen Interview nicht zu sprechen kommen würde. Ich will hier nicht auf den wissenschaftlichen Dissenz eingehen, in dem sich nicht wenige seiner Kollegen zu ihm befanden und weiterhin befinden mögen. Das sollen die, die bis Ende '89 über den Sieg des Sozialismus in den Zeitungen schrieben – wie beispielsweise der Ökonom Harry Nick – und J.K., der bis zum gleichen Zeitpunkt den Untergang des Kapitalismus vorhersagte, unter sich ausmachen. Da mögen sich dann beide Seiten nicht allzuviel vorzuwerfen haben. Aber was mich an besagtem langmetrage Interview ausgesprochen perplex machte, war die Gelassenheit, mit der J.K. mitteilte, *Ende 1989* gemerkt zu haben, daß es mit dem Sozialismus nicht geht. Die bitteren Zäsuren 1936, 1948, 1956, 1968 – hat der nicht gemerkt? Hat er nicht. Sagt er. Im übrigen beklagte er im Interview die feudal-absolutistischen Strukturen in der DDR. Doch zum Absolutismus gehören nicht nur



Herrscherhäuser und Monarchen, sondern auch die gehorsamen und mitunter kratzenden Untertanen. Gelegentlich auch kratzende Ober-Untertanen... Es ist manchmal schwer, ein Verehrer zu bleiben.

Auch die Jungen hatten in den letzten Wochen eine Presse und machten von sich reden. In der CDU heißen sie »Junge Wilde«, in der SPD »Jungsozialisten« und in der PDS schlicht, bescheiden und spröde »AG Jung Genossen«.

Die CDU-Wilden Altmaier, Röttgen und von Klaeden, sämtlich M.d.B., attackierten Innenminister Kanther wegen seiner Ablehnung einer doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Ausländerkinder. Helle Empörung bei Pfarrer Hintze. Bei der CSU sowieso.

In Berlin tagte die Girlie-Truppe der SPD und versuchte sich als Anti-Schröder-Wahlverein. Obergirlie Andrea Nahles war in allen Zeitungen und auf allen Sendern. Und ihre jugendliche Couragiertheit ging sogar so weit, daß sie sich nicht einmal scheute, dem »Neuen Deutschland« als Sonnabend-Kolumnistin auf der Titelseite zur Verfügung zu stehen. Erst als sich bei der Wahl zum Bundesvorsitz unerwartet ein Gegenkandidat outete und der dann bei der Abstimmung auch noch einen beträchtlichen Stimmenanteil einfuhr, legte sie kurzzeitig ein leichter Schleier auf das Gesicht der bis dato ungebrochene Heiterkeit ausstrahlenden Frau Nahles. Ich gestehe, die Berichte vom Bundeskongreß der Jungsozialisten mit Sympathie verfolgt zu haben. Dennoch war ich fast nie in Gefahr, ein Dissident zu werden. Denn immer, wenn in diesen Kongreßtagen Andrea Nahles mit ihren kämpferischen Reden via Bildschirm in meiner Wohnung erschien, mußte ich doch regelmäßig daran denken, daß auch Gerhard Schröder einmal Chef der Jungsozialisten gewesen war. Will sagen: Der Widerspenstigen Zähmung hat noch allemal funktioniert.

Womit wir umweglos bei der PDS wären. Deren Nachwüchslertagten in Magdeburg. Und sie klagten, na worüber schon, über die Alten. Und sie wollen, na was schon, die »innerparteiliche Lethargie aufbrechen«. Wir werden sehen.

Im »Freitag« – um noch einmal kurz auf die SPD zurückzukommen – schrieb Mitherausgeber Günter Gaus: »Oskar Lafontaine hat erkennbar mehr Verstand als Gerhard Schröder. Aber Schröder kann die Leute vergessen machen, daß er ein Sozialdemokrat ist. Kann es eine glücklichere Voraussetzung für einen Kanzlerkandidaten der SPD geben?« Wo er Recht hat, hat er Recht. Auch wenn er Günter Gaus heißt.

Ernst Lohoff:  
 Der dritte Weg in den Bürgerkrieg –  
 Jugoslawien und das Ende der  
 nachholenden Modernisierung,  
 Horlemann-Verlag 1996,  
 190 S. (24,00 DM)

Pulverqualm und Todesschreie auf dem jüngsten europäischen Kriegsschauplatz scheinen sich momentan verzogen zu haben. Allgemeines Verdrängen ist angesagt. Nur noch gelegentlich wird in Nachrichtensendungen auf die kaum abgeklungenen Kriegsgruel Bezug genommen. Meist feiern dann ins Lager der Bellizisten übergelaufene Ex-Linke triumphierend die Verurteilung vorgeblicher oder tatsächlicher Kriegsverbrecher oder üben sich in Spekulationen, wann sich das verbliebene Restjugoslawien endlich des verhaßten Milošević-Regimes entledigt. Oder aber es ertönt von linker Seite ein Triumphgeschrei, weil mal wieder ein von der bosnischen/kroatischen Seite verbreitetes Greuelmärchen nun endgültig als Propagandaente enttarnt wurde (als ob es denn darauf ankäme...).

Verlegenes Schweigen herrscht jedoch meist zu der Frage, wie es kommen konnte, daß sich das Vorzeigemodell eines nicht-stalinistischen Sozialismus aus heiterem Himmel in einem Wirrwarr marodierender Warlords und verfeindeter Zwergstaaten aufgelöst hat. Bisher dazu erschienene Publikationen verfielen zumeist in ihre gewohnten politizistischen Erklärungsmuster und litten unter den peinlichen Bemühungen, die dazu nicht passenden Fakten zurechtbiegen zu müssen. Daß es sich bei dem Zusammenbruch des Titostaates auf dem Balkan weder um das Ergebnis einer imperialistischen Verschwörung noch um eine antisozialistische Volkserhebung gehandelt hat, scheint nur wenigen Leuten bisher aufgegangen zu sein. Ebenso, daß die Renaissance eines völkischen Lokalpatriotismus bei den Balkanvölkern lediglich ein Resultat, keineswegs die Ursache der dortigen Entwicklungen ist. Und solange diese Ursache nicht erkannt ist, wird die Linke immer wieder verwirrt vor den Scherbenhaufen enttäuschter Hoffnungen stehen.

Ernst Lohoff hat sich schon ernsthaft mit dem jüngsten Balkankrieg beschäftigt, als

dort das (vorläufige) Ende des Bürgerkrieges noch gar nicht abzusehen war. In der vierzehnten Ausgabe der Theoriezeitschrift »Krisis« (zu deren Herausgebern er zählt) erschien 1994 ein längerer Artikel dazu. Bei dem jetzt vorliegenden Buch handelt es sich um eine überarbeitete und um wesentliche Teile erweiterte Fassung dieses Artikels.

Ungewöhnlich ist an dem Buch, daß es sich bei der Untersuchung der Ursachen eines primär politischen Phänomens – des jugoslawischen Bürgerkrieges – ausschließlich der Methodik einer ökonomischen Analyse bedient.

Lohoff holt mit seiner Untersuchung sehr weit aus. Die ersten Weichenstellungen für das jüngste Bürgerkriegsgemetzel sind nach seiner Meinung bereits in der Entstehung des ersten jugoslawischen Staates als Folge des Ersten Weltkrieges zu suchen. Dieser entstand quasi als eine erweiterte Fortsetzung des ursprünglichen serbischen Königreiches und eindeutig unter Vorherrschaft von dessen politischer Klasse. Die Versuche dieses serbojugoslawischen Staates, die Wirtschaft der sehr unterschiedlich entwickelten Landesteile auf ein einheitliches Maß zu nivellieren, wurden demzufolge von den ökonomisch höherentwickelten Landesteilen, die aus der Erbmasse des zerfallenen Habsburgerreiches dem serbischen Siegerstaat zugeschlagen worden waren, bald als unerträgliche Diktatur empfunden. Die einzige Möglichkeit, aus den verschiedenen Regionalwirtschaften eine »gesamtjugoslawische« Wirtschaft zu schaffen, wäre ein alle Landesteile umfassender Modernisierungsschub gewesen. Dieser jedoch trat nicht ein. In Zagreb und Ljubljana verstärkte sich die Ablehnung gegen das vermeintlich »gesamtjugoslawische« Räuberregime in dem Maße, wie die nördlichen Regionen Jugoslawiens ökonomisch gegenüber den west- und mitteleuropäischen Staaten immer mehr an Boden verloren, während die gesamtjugoslawische Wirtschaft auf niedrigem Niveau stagnierte. Fast kampfflos wurde das von separatistischen Tendenzen zerrissene Land daher 1941 von den Hitlertruppen überrannt.

Mit deutlicher Sympathie berichtet Lohoff weiter von dem Widerstandskampf der kommunistischen Partisanenarmee unter Tito, die sich als einzige nichtnationalistische Kraft im

besetzten Jugoslawien profiliert hatte und daher nicht nur militärisch, sondern auch politisch aus dem Zweiten Weltkrieg als Sieger hervorging.

Wieder primär vom ökonomischen Standpunkt aus untersucht Lohoff die jugoslawische Nachkriegsgeschichte. Als Folge des Desasters des ersten jugoslawischen Staates habe Tito die Notwendigkeit eines Modernisierungsschubes für die Herausbildung einer gesamtjugoslawischen Wirtschaft erkannt und daher die Industrialisierung des Landes mit Brachialgewalt vorangetrieben. Dadurch geriet er zwangsläufig in Widerspruch zu den Vorstellungen Stalins, der in dem Moskauer Imperium dem Titostaat die Rolle eines agrar-exportierenden Vasallen zudedacht hatte. Der politische Bruch zwischen Tito und Stalin war die logische Folge.

Sehr heftig geht Lohoff mit zwei derzeit weit verbreiteten Legenden ins Gericht: *Erstens* hat die sozialistische Umgestaltung Jugoslawiens nach dem Zweiten Weltkrieg nicht einem prosperierenden Modernisierungsprojekt das Genick gebrochen, sondern diesen Modernisierungsversuch (unter hohen Opfern) überhaupt erst ins Leben gerufen. Und *zweitens* hat es im zweiten jugoslawischen Staat während der Herrschaft des Kroaten Tito keine wesentliche Dominanz des serbischen Bevölkerungsteiles über die anderen Bevölkerungsgruppen gegeben. Der neue großserbische Nationalismus blühte erst nach der Ära Tito – als das gesamtjugoslawische Projekt bereits gescheitert war.

Die rätesozialistischen Vorstellungen im politischen System Nachkriegsjugoslawiens waren – nach Lohoff – nicht Ursache, sondern Folge des Bruches mit Stalin. Ursprünglich waren Titos politische und ökonomische Vorstellungen durchaus mit denen Stalins kompatibel – ihr Konflikt lag lediglich in den unterschiedlichen Interessen der Moskauer Zentrale und der jugoslawischen Peripherie begründet. Die regierende kommunistische Partei bedurfte nach dem Abschied aus dem sozialistischen Lager einer neuen Legitimationsideologie – die dann gegen den Widerstand „stalinistischer“ Abweichler auch durchgesetzt wurde. Das sich nach und nach herausbildende System von „Arbeiter selbstverwaltung“ wurde im wesentlichen »von

oben« angewiesen und durchorganisiert. Es erwies sich bald als ein »System mit eingebauten Sprengsätzen«.

Lohoffs Kritik an dem – in linken Kreisen ansonsten vielgelobten – jugoslawischen Wirtschaftsmodell ist rabiat: Da trotz „sozialistischer Umgestaltung“ kein Bruch in der Ware-Geld-Logik stattgefunden hat, wurden die in die Selbstverwaltung entlassenen Betriebe zwangsläufig zu Konkurrenten – anstelle einer Selbstverwaltungsgesellschaft war das Ergebnis ein »Schlachtfeld von Geldsubjekten«. Der Föderalismus der jugoslawischen Teilrepubliken – ein weiterer vielgelobter Vorzug des jugoslawischen Wirtschaftsmodells – hatte dagegen zur Folge, daß die nivellierende Funktion des Zentralstaates auf ein Minimum schrumpfte und die Masse der produzierten Gewinne in den jeweiligen Regionen verblieben. Die Folge war ein wieder zunehmendes Wirtschaftsgefälle zwischen den traditionell entwickelteren nördlichen Teilregionen und dem am Tropf der Zentralregierung hängenden Süden – eine Entwicklung, die mit der wirtschaftlichen Öffnung nach Westen noch befördert wurde. Sowohl die territoriale Nähe zu Österreich und Italien als auch das Touristenparadies Adriaküste erwiesen sich für die nördlichen Republiken als Standortvorteil.

Nach einem aus dem Titoschen Modernisierungsschub resultierenden wirtschaftlichen Aufschwung zeigten sich im jugoslawischen Wirtschaftsmodell in den sechziger Jahren erste Krisenerscheinungen. Die Produktivitätskennziffern der meisten Betriebe hinkten noch hoffnungslos hinter dem internationalen Standard hinterher. Mit der Öffnung nach Westen waren die Betriebe jedoch zunehmend der Konkurrenz des Weltmarktes ausgesetzt. Auch unterblieben mit zunehmender Orientierung auf marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen die notwendigen Investitionen in die in den fünfziger Jahren aus dem Boden gestampfte Grundstoffindustrie. Um einen Zusammenbruch größerer Teile der Wirtschaft zu verhindern, mußten immer wieder staatliche Eingriffe in die Wirtschaft in Kauf genommen werden.

Nach Lohoff krankte die jugoslawische Volkswirtschaft an einem unauflöselichen Dilemma: Einerseits hätte nach Öffnung zum

Weltmarkt ein Wegfallen der staatlich-administrativen Regulierung eine logische Folge sein müssen – was ein sofortiges Ende des jugoslawischen Modernisierungsversuches bedeutet hätte. Das gezwungenermaßen Weiterbestehen staatlicher Regulationsmechanismen verhinderte aber gerade die Herausbildung eines weltmarktbeständigen Produktivkraftniveaus der Betriebe. An diesem Dilemma ist Jugoslawien letztendlich zugrundegegangen. Inflation, zunehmende Arbeitslosigkeit, galoppierende Staatsverschuldung und das Auseinanderdriften der Wirtschaftsregionen waren die Totengräber.

Hochverschuldet stand die Belgrader Regierung 1989 vor dem Staatsbankrott und mußte sich dem Diktat des IWF beugen. Die nördlichen Einzelrepubliken waren auf wirtschaftlichem Gebiet bereits quasi-unabhängig und wickelten innerjugoslawische Geschäfte nur noch auf Devisenbasis ab. Der Dinar war zu einer Scheinwährung verkommen. Seit Titos Tod im Jahre 1980 war die Integrationsfigur des Staatsgründers dahin... So blieben nach dem Scheitern des Wirtschaftsmodells »Selbstverwaltungssozialismus« sowie dem hoffnungslosen Desaster marktwirtschaftlich orientierter Reformversuche nur noch nationalistische Wahnvorstellungen als Ersatzideologie übrig: In den zentrifugalen Tendenzen der einzelnen Teilrepubliken und der Macht- und Hilflosigkeit der Belgrader Zentrale fanden sie ihren Nährboden.

Relativ kurz geht Lohoff auf die Phase vom offiziellen Auseinanderbrechen des jugoslawischen Staates bis zur jüngsten Waffenruhe ein. Diese bürgerkriegsähnlichen Kämpfe hätten seiner Meinung nach jedoch nichts mit Auseinandersetzungen zwischen sich neu herausbildenden Nationalstaaten zu tun. Die Wirtschaft Jugoslawiens ist zerstört – nicht in erster Linie durch Krieg und Embargo, sondern durch die gnadenlose Logik des Weltmarktes. Es handelte sich also bei den Auseinandersetzungen auf dem Balkan nicht um Eroberungskriege, sondern um – bei Lohoff als »Plünderungsökonomie« bezeichneten – nackten Raub.

Funktionslos gewordene Teile des alten Staatsapparates, verquickt mit mafiosen Gruppierungen, fledderten die Konkursmasse des zusammengebrochenen Systems und plünderten Bevölkerungsgruppen, die – unter

dem Vorwand, einer anderen Ethnie anzugehören – jeweils als »feindlich« und damit als außerhalb der Gesetze und moralischen Normen stehend erklärt wurden. »Hilfsgüter« der UNO wurden zum bevorzugten Handelsobjekt für bewaffnete Banden, die den (oftmals als Kleinstaat proklamierten) örtlichen Markt kontrollierten und somit die Preise diktieren konnten.

Dieser Art »poststaatlicher Kriegführung« gilt ein theoretischer Exkurs am Ende des Buches. Sollten Lohoff und die Krisis-Gruppe recht behalten, so dürften dieser »Scheidung auf jugoslawisch« noch weitere blutige Operettenkriege folgen...

GERD BEDSZENT

Jürgen Kuczynski:  
Vom Zickzack der Geschichte.  
Letzte Gedanken zu Wirtschaft  
und Kultur seit der Antike,  
PapyRossa Verlag Köln 1996,  
181 S. (28,00)

Auf der letzten Umschlagseite wird dem Leser des vorliegenden Buches nicht weniger als »ein lehrreicher, fesselnder und genußvoller Rundgang durch zweitausend Jahre Wirtschafts-, Kunst-, Literatur- und Philosophiegeschichte« versprochen. Und das alles auf nur 181 Seiten – phänomenal, wenn man bedenkt, welch dicke Folianten geschrieben wurden, die nur einen Bruchteil der Zeit »seit der Antike« und auch nur Ausschnitte der Wirtschafts- und/oder Kulturgeschichte erfassen. Aber – das sei gleich vorweggenommen – das Erstaunen des »rundgehenden« Lesers währt nicht allzu lange.

Der versprochene Rundgang erweist sich schnell als arg verkürzt und in eigenartigen Kreisen verlaufend. Dem Wanderer durch Zeit und Raum wird nicht nur eine große Anzahl von links oder rechts liegenden Ausstellungsräumen einfach vorenthalten, er wird auch immer wieder an den altbekannten Exponaten vorbeigeführt. Das beginnt im ersten Teil des Buches – »Wirtschaft, Kultur, Technik« – mit »Streifzügen in die Vergangenheit«, die nicht nur einen Eindruck davon

vermitteln, in welcher dramatischer Weise sich der Fortschritt in der Produktivkraftentwicklung über die Jahrtausende menschlicher Existenz beschleunigt hat. Beim Herumstreifen zwischen den Werken der eigenen Vergangenheit ist der Autor offenbar auch auf diverse ältere Schriften gestoßen, aus denen er so gleich ausgiebig zitiert. Entlang des altbekannten, durch und durch eurozentristischen Formationsmodells – Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus – wird das Nebeneinander von wirtschaftlich-technischer und kultureller Entwicklung für Europa gedrängt nachvollzogen und endet schließlich mit dem bemerkenswerten Eingeständnis, daß die in mancher Hinsicht herausragenden Entwicklungspole jener Zeitalter, die nämlich außerhalb Europas – insbesondere in China – lagen, infolge »detaillierter Unkenntnis ... des Autors« (S. 44) gar keine Berücksichtigung finden konnten. Nachdem also die asiatische, die afrikanische und die amerikanische Abteilung beim Rundgang ausgelassen wurden, wird der Leser nun flugs in den Ausstellungsraum ›Frühkapitalismus‹ manövriert, wo ihm der Autor gleich eingangs eine gewichtige Mitteilung zu machen hat – »niemand vor mir hat diese Meinung geäußert, daß die Renaissance in ganz Europa ein Produkt des Kapitalismus ist« (S. 45). Aber nicht nur das; bemerkenswert ist hier darüber hinaus die Feststellung von Kuczynski, daß sich geistige Errungenschaften der Menschheitsentwicklung nach ihrer Entstehung faktisch unabhängig vom Entwicklungsstand der jeweiligen materiellen Verhältnisse verbreiten können, während dies auf die Technik selbst nicht zutrifft (vgl. S. 54). Um aber erfolgreich ›Technologietransfer‹ zum Import von ›Fortschritt‹ nutzen zu können, bedarf es offenbar einer adäquat entwickelten ökonomischen Struktur und Kultur der importierenden Gesellschaft. Daß die Versuche, mit kapitalistisch-effizienten Technologien auf der Grundlage nichtkapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse Beschleunigung von ›Entwicklung‹ bewirken zu wollen, weitgehend fehlgeschlagen sind, zeigt ein Blick in die neuere (Wirtschafts)Geschichte sowohl des realsozialistischen Ostens als auch der sogenannten »Dritten Welt«.

Mit der Renaissance ist dann für den Autor auch der Glanzpunkt kapitalistischer Kultur-

entfaltung erreicht und überschritten – Höhepunkte der Kultur zur wirtschaftlichen Glanzzeit zu erreichen, »(das) war ... dem Kapitalismus verwehrt« (S. 71) –, weshalb Kuczynski wohl der Meinung ist, daß in den folgenden Betrachtungen die ursprünglich versuchte Zusammenschau von Ökonomie und Kultur auch nicht mehr durchgehalten werden muß.

Die folgenden zwei Kapitel sind der Produktions- und Produktivitätsentwicklung im Kapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts gewidmet. Der Leser als Rundgänger, der bis hierher gelangt ist, hat alle wesentlichen Exponate, die ihm gezeigt werden sollen, besichtigt. Die folgenden ca. 80 Seiten sind vor allem gefüllt mit der Wiederholung bereits bekannter Sätze, insbesondere Zitate, so z.B. der Lieblingsstellen des Autors aus dem Kommunistischen Manifest. Im Kapitel 5 – »Auf dem Weg in die Barbarei« – darf sich der Leser an einem Wiedersehen mit Nachdrucken altbekannter Aufsätze von Adam Schaff und J.K. laben (oder auch ermüden). Neben einigen durchaus skurril anmutenden Gedanken – wie z.B. dem, daß der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Angestellten nicht etwa in der jeweils spezifischen Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses liegt, sondern daran festgemacht werden sollte, ob mit Computern oder mechanischen Maschinen gearbeitet bzw. ob Dialekt oder Hochdeutsch gesprochen wird (vgl. S. 114) – begegnen dem Leser hier nun die »Barbarei« bzw. ihre Anfänge in geballter Form – als »erste Schritte .... auf die ›vollendete Barbarei‹ zu« (S. 119). Den Abschluß des ersten Teils bilden ein Essay über Kultur und Politik sowie »an- und abschließende Bemerkungen«.

Im zweiten Teil, der schon nicht mehr zum eigentlichen ›Rundgang‹ gehört, unterzieht Kuczynski die Konjunkturprognostik – eine seiner jahrzehntelangen Lieblingsbeschäftigungen – einer harschen Kritik. Während er früher an die »Möglichkeit und daher wissenschaftliche Berechtigung solcher Prognosen (glaubte)« (S. 150), teilt er heute diese Sicht nicht mehr. Den dritten, abschließenden Teil des Buches bildet ein Vortrag mit dem Titel »Der 8. Mai 1945 und 1995«.

Das wirklich Bemerkenswerte an diesem Buch ist wahrscheinlich, daß es sich nun



tatsächlich um die »letzten Gedanken« handeln soll, die von Jürgen Kuczynski zu Wirtschaft und Kultur, zu Konjunkturprognosen, zu bleibenden methodischen Errungenschaften (vgl. S. 7) und zu manch anderem in Buchform erschienen sind. Mit seiner originellen und spannenden, oft unkonventionellen Art schreibend zu erzählen wird er vielen – begeisterten und kritischen – Lesern mit Sicherheit fehlen.

ARNDT HOPFMANN

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf:  
Grenzen der Globalisierung.  
Ökonomie, Ökologie und Politik  
in der Weltgesellschaft,  
Westfälisches Dampfboot Münster  
1996, 636 S. (58,00 DM)

Mit dem Scheitern des Staatssozialismus in Europa und der nahezu vollständigen kapitalistischen Durchdringung von Raum und Zeit scheint das Interesse für große theoretisch gestützte Alternativentwürfe vorbei zu sein. Das expandierende parasitäre und umweltzerstörende Finanzkapital dominiert die Weltentwicklung und den Alltag, erzeugt sozialen und ökologischen Streß, spaltet die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Selbst gestandene Linke haben zumindest zeitweise die Orientierung verloren und können sich die Zukunft nur noch als Verlängerung der Gegenwart vorstellen.

Die Berliner Wissenschaftler Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf setzen gegen den Zeitgeist vom »Ende der Geschichte« eine beeindruckenden Analyse der Weltentwicklung und treten dafür ein, ein neuartiges Verständnis von wissenschaftlichem wie politischem Handeln zu entwickeln: »Was not tut, ist ... eine Diagnose der Zeit und eine Aktivierung all jener sozialen Kräfte, die aus dieser Diagnose politische Konsequenzen zu ziehen in der Lage und bereit sind. Theoretische Arbeit wird also als politisches Projekt konzipiert und umgekehrt. Wer politisch aktiv sein will, muß sich theoretisch anstrengen« (S. 575).

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen während der Entstehung des Buches, das aus Diskussionen mit Studierenden, Gewerk-

schaftlern, in politischen und kirchlichen Akademien, aus Debatten in neuen sozialen Bewegungen und Parteien der Linken hervorgegangen ist, plädieren die Autoren für Diskurse an Stelle fertiger Programme. »Diese prinzipielle Offenheit der zukünftigen Entwicklung durch politische Gestaltung ist der Grund dafür, daß wir nicht von einer alternativen Entwicklungsbahn im Singular, sondern von möglichen Entwicklungsbahnen im Plural sprechen« (S. 575).

Vieles spricht dafür, daß das Ende eines langen politischen Zyklus erreicht wurde und die Herausbildung einer neuen Regulationsweise gesellschaftlicher Verhältnisse auf der Tagesordnung steht. Auch wenn eine endgültige Bewertung der derzeitigen Umbruchsphase späteren Generationen vorbehalten bleiben muß, sind doch erste Wegmarken sichtbar. *Erstens* wendet sich nach weitgehendem Abschluß der räumlich-territorialen Expansion die kapitalistische Wachstumsdynamik jetzt nach innen. »Es werden die Lebensräume kolonisiert also jene Refugien in den Prozeß der Globalisierung einbezogen, die für die individuelle und soziale Identität so wichtig sind« (S. 577). Die *zweite* Konsequenz der Grenzen der Globalisierung ist dramatischer. Wenn das Wachstum keine Möglichkeit der räumlichen Ausdehnung mehr findet, realisiert es sich als Beschleunigung in der Zeit. Notwendig wird die Beschleunigung des Handelns durch den Kostendruck der globalen Märkte und die Diktatur des Geldkapitals. Moderene Techniken der Kommunikation, der Produktion und des Transports und die fatale Deregulierung der internationalen Finanzmärkte machen die Beschleunigung möglich. Der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß wird in allen seinen Segmenten beschleunigt. Auf der Strecke bleiben Solidarität, linke Emanzipationsprojekte, politische Regularien, soziale Besitzstände und ökologische Behutsamkeiten, der gesellschaftliche Umgang wird brutaler. Wird dazu noch die nach wie vor vorhandene Attraktivität des kapitalistischen Entwicklungsmodells (vor allem aufgrund des Wohlstandsniveaus in der OECD-Welt) in Rechnung gestellt, sind dies keine guten Voraussetzungen für einen kurzfristig erfolgreichen Diskurs über gesellschaftliche Alternativen.

Angesichts der kapitalistischen Globalisierungsdynamik sind nach Meinung der Autoren auch die Ergebnisse der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 unzureichend. »Die Nutzung der globalen Ressourcen gemäß der individuellen Rationalität von transnationalen Konzernen oder einzelner Nationalstaaten hat bereits zu einer kurzfristig überhaupt nicht mehr reparablen Übernutzung geführt. Der Treibhauseffekt ist nicht mehr Drohung, er ist bereits eingetreten. Die schützende Ozonschicht ist nicht in der Zukunft bedroht, wenn wir »so weitermachen wie bisher«, sie ist bereits sehr weitgehend zerstört« (S. 579). Nicht auszuschließen ist angesichts der noch offenen Fragen beim Zusammenwirken der ökologischen Kreisläufe, daß der galoppierende Artenschwund die größte Katastrophe ist.

Der erste Teil des vorliegenden Buches befaßt sich mit den Grenzen der Weltgesellschaft. Der dynamische Prozeß der Globalisierung dürfe nicht mit dem Ziel der Globalität verwechselt werden, also einer stabilen Weltgesellschaft, die nur über einen globalen Gesellschaftsvertrag erreicht werden kann. Die Autoren arbeiten die neue Qualität der Globalisierung heraus, die vor allem in der Kombination von Geldmarkt-Diktat und modernen Informations- und Kommunikationstechnologien besteht. Diese bringt selbst große Länder in abhängige und verwundbare Positionen, untergräbt die lokale Identität der entferntesten Regionen. Neben den ökologischen Zerstörungen ist es die soziale Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Globalisierung, die ihren Erfolg begrenzt. Von Fragmentierung und Entkoppelung – Marginalisierung – sind vor allem Räume betroffen, die nicht den komplexen Anforderungen der Globalisierung genügen. Die Fraktionierung sorgt dafür, daß auch in scheinbar prosperierenden Ländern ganze Regionen und soziale Schichten ausgegrenzt werden. Da die industrielle, wissenschaftlich-technische und infrastrukturelle Basis der meisten Entwicklungsländer vorerst schwach bleibt, und das Auslandskapital vorrangig in unproduktive Bereiche fließt, reicht – so Altwater/Mahnkopf – eine politische Krise oder eine Zinserhöhung o.ä. aus, um das spekulative Kapital zum Abfluß zu bewegen.

Gegen diese Auffassung stehen jüngere Einschätzungen, wonach sich bereits in naher Zukunft die Standortvoraussetzungen des Südens aufgrund niedriger Löhne, erleichtertem Transfer von Informationen und Gütern, geringeren Sozialleistungen, besser funktionierenden privaten Sozialsystemen und jüngerer Bevölkerung verbessern würden. Zumindest ist es wahrscheinlich, daß sich in einigen asiatischen Staaten aufgrund der insgesamt stimmigen verschiedenen Standortfaktoren die Wettbewerbspositionen noch in den neunziger Jahren günstiger gestalten werden.

Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit dem entfesselten Weltmarkt und seinen Auswirkungen wie Entterritorialisierung des Raumes, Übergewicht der Gegenwartsinteressen, Dominanz des Geldes über gesellschaftliche und natürliche Zeitrhythmen. Der ungehinderte Zugriff auf fossile Energieträger, das Geldmarktdiktat und die Raum und Zeit vernichtenden neuen Technologien sind die wesentlichen Elemente eines Entbettungsmechanismus (Herauslösung der Wirtschaft aus der Gesellschaft), der die Krise der Evolution (Artensterben, Bodenerosion, Monokulturen, einseitige Ernährung, Verlust an Erfahrungswissen) sozialen und räumlichen Identitätsverlust, Existenzunsicherheit, Massenarbeitslosigkeit und institutionelle Verantwortungslosigkeit sowie Verschuldung und gesellschaftliche Marginalisierung von Nicht-Geld-Besitzern bewirkt. Die Dominanz des Geldmarktes hat zur Folge, daß über die national verfügbaren Arbeitsplätze durch abgehobene nicht beeinflussbare Prozesse auf globaler Ebene entschieden wird. Versuche, der Massenarbeitslosigkeit durch bloße Umverteilung von Arbeit (Arbeitszeitverkürzung) und Einkommen (Lohnverzicht) beizukommen, bringen nicht viel, es sei denn, Teilarbeitsmärkte sind wie im öffentlichen Dienst nur indirekt von den Finanz- und Gütermärkten abhängig (vgl. S. 135). Der Kern der kapitalistischen Globalisierung ist der Abbau gesellschaftlicher Regulationsmöglichkeiten ökonomischer Prozesse auf nationalstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene, »ohne das auf der »weltgesellschaftlichen« Ebene erneut regulierende Institutionen mit angemessenen Mitteln entstanden wären« (S. 144) – zwar existiert der Weltmarkt, die Weltgesellschaft

gibt es jedoch nicht. Ein weiteres Indiz für die fortschreitende Fragmentierung gesellschaftlicher Prozesse ist die Loslösung der monetären von der realen Akkumulation. Die globalen Finanztransaktionen haben nur noch wenig mit dem Welthandel zu tun. Geld fungiert etwa zu einem Prozent als Zirkulationsmittel und zu 99 Prozent als Zahlungsmittel, selbst bei Direktinvestitionen läßt sich eine zunehmende Lösung von materiellen Prozessen feststellen. Die politisch-moralischen Auswirkungen sind nach Ansicht der Autoren fatal. »Wenn die Vergesellschaftung über das Geld und nicht mehr durch ›vita activa«, durch Arbeit und kommunikatives Handeln hergestellt wird, löst sich die Gesellschaft als eine Solidargemeinschaft tendenziell in ›verclubte communities« und exkludierte Ghettos auf. Die Vermeidung der Beteiligung an den Kosten des Gemeinwesens ist dann nicht mehr asozialer oder gar krimineller Akt, sondern normale Reaktionsweise. Daher sind moralische Skrupel oder gar Schuldgefühle bei Steuervermeidung nicht zu erwarten, und selbst in der Öffentlichkeit werden Delikte dieser Art weniger kritisch behandelt als ein kleiner Ladendiebstahl, dem immer etwas Armseliges und nicht das Großartige des großen Geldes anhängt« (S. 164).

Die Auslandsverschuldung ist – wie die Autoren eindrucksvoll zeigen – vor allem eine Entwicklungsblockade für die Länder der »Dritten Welt«, die im Gegensatz zum weltweit größten Schuldner, die USA, ihre Verbindlichkeiten nicht in Landeswährung, sondern in US-Dollar begleichen müssen. Um also in den Besitz von Devisen zu gelangen, sind sie auf steigende Exporte angewiesen, und setzen so mehrheitlich auf die von der neoliberalen Wirtschaftstheorie immer wieder verheißenen Versprechungen des »freien Handels«. Die Förderung des Freihandels und die damit einhergehende Lohndrückerei sind eng mit den niedrigen Energie- und Transportkosten verbunden, welche zugleich den ökologischen Schaden des freien Wettbewerbs verstärken.

An verschiedenen Stellen des Buches befassen sich die Autoren mit den versprochenen Effekten des Übergangs zur ›Informations- und Dienstleistungswirtschaft«, der allerdings

bisher ein weitgehend metropolitanes Projekt geblieben ist. Selbst wenn die Welt tatsächlich verkabelt würde bliebe die Spaltung in Zentren und Peripherien erhalten. Das vermeintliche Hauptmerkmal der Dienstleistungsgesellschaft, die Zunahme personengebundener Dienstleistungen könnte sich zudem als ein »kommerzielles Zwischenstadium« auf dem Weg zu einer erneuten ›Industrialisierungsrunde« (S. 284) erweisen. Daß damit eine Stärkung von Demokratie, eine Vergrößerung der Partizipation und eine Erweiterung des Bewußtseins verbunden sein soll, könnte sich leicht als trügerische Hoffnung herausstellen. Vor dem Hintergrund globaler Segmentierung, Entsolidarisierung und Entwurzelung ist zumindest kurzfristig nicht zu erwarten, daß die elektronische Massenkommunikation das öffentliche Bewußtsein kosmopolitisch erweitert, eher sind Desorientierung und Zersplitterung zu erwarten. »Die Befunde neuerer industriesoziologischer Untersuchungen ... vermitteln wenig Hoffnung, daß technikzentrierte Produktion durch menschenzentrierte ersetzt werden könnte« (S. 362). Mit der beträchtlich gesteigerten Ökonomie der Zeit – so wird ein führender ABB-Manager zitiert – »fressen im globalen Wettbewerb nicht die Großen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen« (S. 362). Schließlich sind die Frauen in der versprochenen Dienstleistungsgesellschaft oft die Opfer des Zusammenwirkens von Globalisierung, Tertiarisierung und Informalisierung (vgl. S. 302-318).

Der dritte Teil befaßt sich mit den Konsequenzen der Globalisierung für die transnationalen Unternehmensstrukturen. Die von den Regierungen im Standortwettbewerb hofierten und oft subventionierten transnationalen Konzerne sind sicherlich ein wichtiger Träger von Innovationen und Initiator von weitreichenden Strukturveränderungen – »eines sind die transnationalen Unternehmen (aber) mit Sicherheit nicht: Motoren eines weltweiten Beschäftigungswachstums« (S. 262). Auch rührt die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nach Altvater und Mahnkopf keineswegs aus der Billiglohnkonkurrenz anderer Standorte. Der Anteil dieser Länder liegt unter 5 Prozent des gesamten bundesdeutschen Außenhandelsumsatzes. Neben der raschen



Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Produktion, die zur Vernichtung industrieller Arbeitsplätze führt, sind es vor allem die finanziellen Dimensionen der Globalisierung – die Spaltung der Gesellschaft in Arbeits- und Geldgesellschaft –, die negative Wirkungen auf die Beschäftigung haben.

Im vierten Teil des Buches steht die abnehmende Bedeutung des Nationalstaates im Zentrum der Untersuchung. Die ökonomische Inwertsetzung von Räumen vollzieht sich heute in einem komplexen globalen System, in dem die Nationalstaaten im wachsendem Maße eine randständige Position einnehmen. Dadurch sinkt die nationalstaatliche Beeinflussbarkeit der wichtigen strategischen Variablen des Wirtschaftsprozesses, der Staat wird bestenfalls zum Mobilisator von Standortfaktoren zur Herstellung systemischer Konkurrenzfähigkeit – er wird zum »Wettbewerbsstaat«. Genau an dieser Transformation sind die realsozialistischen Staaten in viel größerem Maße gescheitert als an der bornierten Beschränkung individueller Freiheiten (vgl. 402).

Zur Milderung der Wirkungen der globalen Finanzmärkte und zum Schutz gegen das selektive Vorgehen der dominierenden Industriemächte bleibt die länderübergreifende Regionalisierung oft die einzig erfolgversprechende Option, zumal durch die Einführung besonderer regionaler Handelsregime – durch Kompensations- und Tauschgeschäfte – der chronische Devisenmangel partiell gemildert werden kann.

Im fünften und abschließenden Teil geht es um die ökologischen Grenzen der Globalisierung, die am entschiedensten verhindern, daß aus der Globalisierungstendenz der Zustand der Globalität wird. Auch wenn die Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen – vor allem durch Substitution – noch hinausgeschoben werden können, sind die Grenzen der Tragfähigkeit der Senken dramatisch näher gerückt. Ein Zusammenbruch der Evolution ist nicht mehr ausgeschlossen, noch bevor der letzte Barrel Öl aus der Erde geholt wurde. Die Autoren werfen daher die Frage nach einem zukunftsfähigen Zeit- und Raumregime und vor allem nach einen entsprechenden Energiesystem auf. Das fordistische System der Industriegesellschaft erfüllt diese Anfor-

derungen nicht und muß nach Meinung der Autoren durch eine postindustrielle solare Gesellschaft in einer wahrhaft »prometheischen Revolution« abgelöst werden. Damit wären auch alle Hoffnungen der »Dritten Welt« auf eine nachholende Industrialisierung nach herkömmlichen Muster zum Scheitern verurteilt. Die Energiegrundlage einer künftigen zukunftsfähigen Gesellschaft, die die Grenzen der Ökosysteme zu respektieren hat, wird eine radikale Veränderung der Lebensweise mit sich bringen. Ökologische Produktivität hat Vorrang vor der Arbeitsproduktivität, der Surplus nimmt nicht mehr vorrangig die Form des Mehrwertes an, statt immer weiter fortschreitender Monetarisierung wird mit der Einschränkung der Marktbeziehungen die Reziprozität stark an Gewicht gewinnen, regionale Kreisläufe ersetzen zum Teil globale Kreisläufe und das Raum- und Zeitregime ist simultan, naturnah, statt fragmentiert, unnatürlich und abstrakt (vgl. S. 518). In Anspielung auf vermeintlich unpolitische und öko-romantische Reformvorschläge stellen die Autoren fest: »Aus den bisherigen prometheischen Revolutionen der Menschheitsgeschichte ist zu lernen, daß eine Effizienzrevolution ohne tiefgreifende soziale Umgestaltung, ohne eine radikale Veränderung der energetischen Basis, ohne schrittweise Etablierung einer neuen Handlungslogik, ohne radikale Veränderung der gesellschaftlichen Klassenbasis nicht dazu geeignet ist, die ökologischen Probleme zu lösen« (S. 536).

Altwater und Mahnkopf begrüßen alle kleinen Schritte der Effizienzsteigerung und der Abkehr vom »Wegwerfprinzip«, zumal einige dieser Schritte auch mit dem Abbau von Arbeitslosigkeit verbunden sein können. Skepsis klingt jedoch an, ob damit ein genereller Paradigmenwechsel erreicht werden kann. Vielleicht unterschätzen die Autoren aber auch das Veränderungspotential neuer technischer und sozialer Innovationen, das von Lovins, Scheer, Winter, Schmidt-Bleek, Popp, Capra, Laszlo u.a. gesehen wird. Natürlich muß eingeräumt werden, daß die Erforschung der natürlichen Kreisläufe noch nicht sehr weit vorangekommen ist, Aber bereits heute liegen erste spektakuläre Erfolge bei der Heilung von chronischen Krankheiten mit Hilfe natürlicher typgerechter Ernährung vor

und lassen auf weiteres hoffen. Zur Zeit überwiegt jedoch der Eindruck, daß auch viele Linke eine fragwürdige Gläubigkeit in jenen Wissenschafts- und Techniktyp hegen, der durch das industrielle System des Kapitalismus und nicht zuletzt unter männlicher Dominanz entstanden ist.

Da die kapitalistische Globalisierung viele Verlierer hervorbringt und infolge lokalen Widerstands eher in eine Globalisierung führt, gibt es nach Ansicht von Altvater und Mahnkopf (noch) realistische Perspektiven alternativer Entwicklung. Jedoch wird es ohne politische Grundsatzentscheidungen im Rahmen eines global-kollektiven Regelwerks kaum zu einer globalen sozio-ökologischen Wende kommen. Von den eher ohnmächtigen Nationalstaaten und den Netzwerken der global operierenden ökonomischen Akteure kann der profit- und machtschmälernde Paradigmenwechsel nicht erwartet werden. Politischen Druck erhoffen die Autoren insbesondere von den Nichtregierungsorganisationen in einer globalen Zivilgesellschaft, die vor Ort und in internationalen Netzwerken agieren sollen. Experimente sind gefragt, Irrtümer sind in dieser präzedenzlosen Zeit Teil der Lehrprozesse.

REINHARD GRIENIG

**Sylvia Pintarits:**  
**Macht, Demokratie und Regionen in Europa: Analysen und Szenarien der Integration und Desintegration,**  
 Metropolis-Verlag Marburg 1996,  
 426 S. (58,00 DM)

Seit Mitte der achtziger Jahre kursiert der Begriff »Europa der Regionen«, teils als Gegenentwurf zum Europa der Nationen verstanden, teils als Antwort auf die Globalisierung der Welt. Inzwischen ist dieser Begriff mehr als ein Schlagwort geworden. Mit der Realisierung der Maastrichter Beschlüsse nimmt er mehr und mehr konkrete Gestalt an. Trotzdem verbinden sich mit diesem Begriff nach wie vor recht unterschiedliche Vorstellungen und Programme.

Das vorliegende Buch basiert auf einer Studie, die im Auftrage des Bundeskanzleramtes der Republik Österreich durchgeführt wurde.

Ziel der Arbeit ist es, »die oft verwirrenden Geschehnisse in der Europäischen Union, insbesondere, wenn die ›Region‹ ins Spiel gebracht wird«, etwas aufzuhellen. »Im besten Fall«, so steht es im Vorwort, wird »die Lektüre den Leser und die Leserin zu einem positiven Beitrag zur Entwicklung der res publica europeiensis bewegen« (S. 19f.). Vorausgesetzt, er/sie bewältigt die 400 Seiten, denn eine leichte Lektüre ist dieses Buch keinesfalls. Die Autorin untersucht den politischen und ökonomischen Integrationsprozeß Europas in seiner ganzen Komplexität. Im Mittelpunkt steht dabei der Bedeutungsverlust des Nationalstaates und die sich vollziehende Veränderung der regionalen Dimension. Machtverschiebungen im Politischen wie im Ökonomischen werden aufgezeigt, Konsequenzen für die Demokratieentwicklung abgeleitet.

Das Buch ist sehr übersichtlich gestaltet. Analytische Kapitel wechseln mit zusammenfassenden Literaturwiedergaben. Karten und Tabellen erleichtern die Übersicht und lockern den Text etwas auf. Der *erste* Teil ist in der Hauptsache ein kategorisierender Überblick, langatmig und wenig interessant geschrieben. Der *zweite* Teil hat die politisch-institutionelle Stellung der Regionen zum Gegenstand. Hier wird es interessanter, vor allem auch deshalb, weil die Autorin den Stand der Entwicklung sehr kritisch einschätzt: »Rund die Hälfte der Regionen der EU verfügt über keine oder nur schwache regionale demokratische Strukturen...« (S. 78). Die kritische Sicht verstärkt sich noch, wenn die Konsequenzen von Maastricht berücksichtigt werden: Die im Zusammenhang mit der Währungsunion eingegangenen Verpflichtungen der EU-Länder »dämpfen das Wachstum und verringern die Chancen der ›armen‹ Mitgliedsländer ..., den Entwicklungsabstand zu den ökonomisch starken Ländern aufzuholen« (S. 125). Zum Ausgleich dafür wurde 1992 der sogenannte »Kohäsionsfonds« eingeführt, dessen Wirkung jedoch, auf Grund der sinkenden Bereitschaft der Nettozahler in der EU, eher gering ist. Diese Fragen gewinnen angesichts des Wettlaufs um die Erfüllung der Maastricht-Kriterien täglich an Bedeutung. Sie zeugen von den Spannungen, die innerhalb der EU existieren und für die Maastricht eine »Bewegungsform« schaffen muß. Ansonsten droht die ganze

Konstruktion politisch und ökonomisch zu platzen.

Die zentralen Kapitel des Bandes finden sich im *dritten* Teil, welcher die wirtschaftliche Integration behandelt. Den Ausgangspunkt bilden regionale Disparitäten, gemessen am Bruttoinlandsprodukt und am Beschäftigungsniveau. Pintarits zeigt, daß »trotz relativ hoher Transferzahlungen an die ärmsten Staaten und Regionen ... die Disparitäten in der Wirtschaftskraft der Regionen in den vergangenen 15 Jahren kaum verringert werden konnten« (S. 168). Sie macht auch deutlich, daß die nationalen Disparitäten geringer sind als die regionalen, eine Erfahrung, die gegenwärtig auch in Ostdeutschland und Osteuropa gemacht wird. Es bleibt allerdings offen, welche Konsequenzen sich aus dieser Problemverschiebung von nationalen zu regionalen Unterschieden im Kontext mit der europäischen Integration ableiten. In bezug auf die zu erwartenden Wirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion ist die Autorin skeptisch. Bisher deutet sich »eine Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung insgesamt, und damit besonders der benachteiligten Regionen« (S. 210) an. Endgültige Ergebnisse sind aber noch nicht auszumachen. Klar dürfte jedoch sein, daß die Problemregionen nicht zu den Gewinnern zu rechnen sein werden. Für ein »Europa der Regionen« heißt das, daß sich, gegenüber der jetzigen Situation, vor allem die regionalen Unterschiede vergrößern werden. Damit aber bahnen sich neue Konflikte an. Dieser Teil ist auch geeignet, verschiedene Varianten einer europäischen Entwicklungsperspektive vorzustellen und zu diskutieren. Die Autorin tut dies, indem sie einige Konzepte »transnationaler Großregionen« vorstellt, insgesamt drei (vgl. S. 232ff.). Als Frage wirft sich dabei auf, inwieweit die neuen Wachstumsregionen im Osten (Tschechien, Polen) das Bild verändern können?

Die bisherigen Überlegungen stützen sich ausschließlich auf Westeuropa bzw. auf das Europa der EU. Die Länder Mittel- und Osteuropas existieren in diesen Konzepten bestenfalls als Absatzmärkte. Aber möglicherweise erweist sich dies schon bald als ein fataler Irrtum, der ein völliges Umdenken erforderlich macht. In dem vorliegenden Buch wird dieses Problem nur am Rande thematisiert (vgl. S. 321ff.), aber immerhin: Die Fra-

gen werden gestellt. Auf notwendige Differenzierungen unter den Transformationsländern wird hingewiesen und mögliche Wechselwirkungen in bezug auf den europäischen Integrationsprozeß werden aufgezeigt. Ob dies heute noch ausreicht, wo zumindestens fünf der sechsundzwanzig Transformationsländer ante portas stehen, bleibt zu bezweifeln. Aber letztlich spiegelt sich hierin nur die Schwerfälligkeit der EU wider, sich auf neue weltpolitische Konstellationen einzustellen und ihre Konzepte entsprechend zu modifizieren.

Der vierte Teil (von Sonja Punscher Riekman verfaßt) steht unter der Überschrift »Integration und Desintegration in Europa«. Ausgehend von verschiedenen Integrationstheorien wird hier versucht, die möglichen Perspektiven des europäischen Integrationsprozesses aufzuzeigen. Die Verfasserin bedient sich dabei der Methode der Gegenüberstellung verschiedener Szenarien (»Kerneuropa«, »Business as usual« und »Stagnation«, vgl. S. 332ff.). So lassen sich einerseits Problem- und Konfliktsituationen und andererseits positiv verlaufende Prozesse der europäischen Integration modellhaft darstellen. Als Rahmenbedingungen setzt die Autorin eine Reihe von Annahmen, die allesamt als positiv zu charakterisieren sind. Katastrophen, kriegerische Handlungen, dramatische Krisen der globalen Wirtschaftsentwicklung u.ä. werden ausgeschlossen. Die Staaten Mittel- und Osteuropas bleiben ebenfalls außen vor, das heißt ihre Integrationsaussichten werden als gering beurteilt. Die Hauptergebnisse der Szenarien werden dann in Tabellen zusammengefaßt (vgl. S. 358ff.). Dabei wird deutlich, daß es sowohl Integrations- als auch Desintegrationstendenzen gibt und daß neben den ökonomischen Entwicklungsverläufen auch politische Prozesse für das Ergebnis von großem Gewicht sein können. Bei der Auswahl der möglichen Entwicklungsverläufe und der Beurteilung der Szenarien darf die österreichische Sicht der Verfasserinnen nicht außer Acht gelassen werden. So interessant diese Überlegungen sind, es bleibt doch der Eindruck des Konstruierten, des Unwirklichen.

Der Wert des Buches wird nicht zuletzt durch den umfangreichen Anhang bestimmt – 33 Seiten Literaturquellen und zahlreiche Tabellen.

ULRICH BUSCH

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

## Impressum

### Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,  
MARION KUNZE, ULLA PLENER,  
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)  
Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.  
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER  
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Geschäftsführerin: RUTH KAMPA  
Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK  
Satz: MARION KUNZE

### Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,  
10178 Berlin (Tel.: 030 – 2 40 09-561)  
Druck: Druckerei am Bärenzwinger GmbH,  
Rungestraße 3-6, 10179 Berlin  
Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,  
12414 Berlin (Tel.: 030 – 68 83 43 62)  
Einzelverkaufspreis: DM 7,50  
Jahresabonnement (incl. Versand):  
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00